

POLITISCHE STUDIEN 457

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

65. Jahrgang | September-Oktober 2014 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

/// IM FOKUS

DIE ERDGASVERSORGUNG IN DEUTSCHLAND UND DER EU

Mit Beiträgen von

Hubertus Bardt | Steffen Bukold | Frank Umbach



/// HANNES ADOMEIT Politische-Studien-Zeitgespräch zur Lage in der Ukraine

/// FLORENS MAYER Europawahl 2014 in Bayern

/// MARKUS VOGT Wie werden Werte geschaffen?

www.hss.de



„Die USA sind als Weltordnungsmacht Nr. 1 immer **„ON DUTY“**“

OHNMÄCHTIGE SUPERMACHT?

Macht, so eine verkürzte Form von Max Webers vielzitierte Definition, kennzeichnet das Durchsetzungsvermögen im Rahmen einer Willenskongkurrenz. Letztere ist charakteristisch für viele Konstellationen der Weltpolitik der Gegenwart. Während nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes vor einem knappen Vierteljahrhundert die Hoffnung keimte, die konfliktive Weltordnung des bipolaren Zeitalters könnte ersetzt werden durch ein von Kooperation geprägtes Konzert der Mächte, scheint die internationale Politik heute mehr denn je seit dem Ende des Kalten Krieges durch Krisen und Konfrontation gekennzeichnet zu sein. Die USA, die als einzige militärische „Supermacht“ der postsowjetischen Weltordnung per definitionem an mehreren Brennpunkten der Weltpolitik gleichzeitig konfliktentscheidend einzugreifen in der Lage sein sollten, wurden in jüngerer Zeit in der internationalen Medienlandschaft heftig dafür kritisiert, dass sie Krisen gegenüber nahezu ohnmächtig gegenüberstünden. Im Konflikt zwischen Israel und der Hamas, im Streit mit Moskau um die Situation in der Ukraine, in der Syrien- und der Irak-Krise sowie im Ringen um ein Atomabkommen mit Teheran hätte Washington Führungsqualitäten vermissen lassen und an Autorität verloren, so der Tenor der Anwürfe.

Allerdings übersehen die Kritiker, was während der Eskalation der Irak-Krise im Zuge der Einkesselung zehntausender Jesiden durch Kämpfer der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) deutlich wurde: Die USA sind als Weltordnungsmacht Nr. 1 immer „on duty“ und erst durch ihr militärisches Eingreifen konnte der Vormarsch der IS-Terroristen und das Morden an der Zivilbevölkerung vorerst gestoppt werden. Die Unterstützung und die Hilfe für die Flüchtlinge im Irak, die aus Europa kommt, ist notwendig und wichtig, ein genuines „Durchsetzungsvermögen“ gegen die Terroristen haben bislang aber lediglich die USA unter Beweis gestellt.

Reinhard Meier-Walser

**Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
ist Chefredakteur der Politischen Studien und Leiter der Akademie für
Politik und Zeitgeschehen der Hans-Seidel-Stiftung, München.**



INHALT

83

06

IM FOKUS

20 WELCHE ROLLE SPIELT ERDGAS FÜR UNS?

Einführung
SILKE FRANKE

22 DEUTSCHLANDS ENERGIE-IMPORTABHÄNGIGKEIT

Russisches Gas und die Ukraine
HUBERTUS BARDT

28 GASVERSORGUNGSSICHERHEIT IN DEUTSCHLAND UND IN DER EU

Bedeutung, Herausforderungen und strategische Perspektiven
FRANK UMBACH

41 OPTIONEN DER DEUTSCHEN GASPOLITIK

Neue Instrumente für neue Rahmenbedingungen
STEFFEN BUKOLD

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

06 WAS WILL PUTIN?

Zur Lage in der Ukraine
HANNES ADOMEIT

ANALYSEN

50 EUROPAWAHL 2014 IN BAYERN

Nur ein Sturm im Wasserglas
FLORENS MAYER

58 WIE WERDEN WERTE GESCHAFFEN?

Wertekommunikation
MARKUS VOGT

71 30 JAHRE MARIANNE-STRAUß-STIFTUNG

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“
ISABEL KUBENZ

ANSICHTEN

78 WO ENDET DAS LEBEN EINES KONSERVATIVEN?

Zum Tod von Frank Schirrmacher
CLAUDIA SCHLEMBACH

REZENSIONSESSAY

83 EIN BEWERBUNGSSCHREIBEN MIT 900 SEITEN

Hillary Clinton positioniert sich
REINHARD MEIER-WALSER

AKTUELLES BUCH

90 DIE QUAL DER WAHL

Bürger und Parteien
JÜRGEN P. LANG

RUBRIKEN

03 EDITORIAL

93 REZENSIONEN

108 ANKÜNDIGUNGEN

110 IMPRESSUM



22



71

/// Zur Lage in der Ukraine

WAS WILL PUTIN?

HANNES ADOMEIT /// geboren 1942 in Memel, Ostpreußen (jetzt: Klaipeda, Litauen), war bis 2013 Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Warschau, davor langjähriger Mitarbeiter und Leiter der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Ebenhausen und Berlin. Er studierte am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität in Berlin und am Russian Institute der Columbia University in New York. In seiner akademischen Laufbahn war er unter anderem als Professor für Internationale Politik und Direktor des Forschungsprogramms für Russland und Ostmitteleuropa an der Fletcher School of Law and Diplomacy in Boston und Fellow am Russian Research Center der Harvard Universität in Cambridge, Mass., tätig.

Politische Studien: Was ist eigentlich im Kreml los? Was treibt Putin an? Gibt es einen Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen russischen Innen- und Außenpolitik einschließlich der Krise in und um die Ukraine?

Hannes Adomeit: Ja, gibt es. Er ist in dem Aufsatz zu finden, den Putin am 3. Oktober 2011 in der russischen Tageszeitung „Iswestija“ veröffentlicht hat. Dort stellte er „ein neues Integrationsprojekt für Eurasien“ vor. Eine suprannationale Vereinigung sollte gebildet werden, die fähig sei, einen der Pole der heutigen Welt zu bilden. Auf der Basis der Russland, Belarus und Kasachstan umfassenden Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums sollten Wirtschafts- und Währungspolitik eng koor-

diniert und eine vollwertige Wirtschaftsunion hergestellt werden. Zudem sollte das Integrationsprojekt nicht auf rein wirtschaftliche Fragen begrenzt werden, sondern analog zur Entwicklung der Europäischen Union auch eine politische Dimension haben und in eine Eurasische Union münden. Zum Zeitpunkt der Integrationsinitiative standen ja Parlamentswahlen im Dezember 2011 und Präsidentschaftswahlen im März 2012 an. Das Projekt war also eigentlich nichts weniger als das, was Putin in seiner dritten Amtszeit machen wollte. So ist es dann auch gekommen. Im Gegensatz zu praktisch allen anderen vorangegangenen Integrationsprozessen und Strukturen im postsowjetischen Raum hat sich herausgestellt, dass die Eurasische Wirt-

Was denkt Putin, was plant er? Was steckt hinter den Vorgängen auf der Krim und in der Ostukraine?

schaftsunion tatsächlich keine, wie Putin bei der Vorstellung des Projekts sagte, „von höchster Stelle verordnete bürokratische Spielerei“, sondern ein reales Projekt ist. Das kommt beispielsweise in der schon Anfang 2012 gegründeten Eurasischen Wirtschaftskommission (EWK) zum Ausdruck, die bereits mehr als 1.000 Bedienstete hat. Am 29. Mai 2014 schließlich unterzeichneten die Präsidenten Russlands, Weißrusslands (Alexander Lukaschenko) und Kasachstans (Nursultan Nasarbajew) in Astana formell einen Vertrag zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion, der am 1. Januar 2015 in Kraft treten soll.

Politische Studien: Welche Bedeutung aber hat dieses Integrationsprojekt für die gegenwärtige Krisensituation?

Hannes Adomeit: Die Verbindungen sind in der Entschlossenheit Putins zu finden, Russland als Großmacht wieder aufleben zu lassen. Eines der Mittel dazu ist sein Bemühen, Moskaus Einfluss und Kontrolle in dem Raum wiederherzustellen, den früher die Sowjetunion einnahm. Dies vollzieht sich aufgrund der oft zitierten Aussagen, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion „eine nationale Tragödie riesigen Ausmaßes“ und „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ ge-



Quelle: Sascha Mordovets/Getty Images



Putin ist entschlossen, Russland als **GROßMACHT** wieder aufleben zu lassen.

wesen sei. Weniger bekannt, aber ebenso aussagekräftig ist sein Ausspruch: „Die Sowjetunion – das ist Russland, nur unter einem anderen Namen.“ Angesichts des Weges, den das Land unter seiner Führung genommen hat, ist man fast versucht zu sagen: „Russland – das ist die Sowjetunion, nur unter einem anderen Namen.“

Natürlich ist es nach dem Wegfall der marxistisch-leninistischen Ideologie, dem Aufstieg nationaler Eliten in den ehemaligen Sowjetrepubliken und der Integration der Baltischen Staaten in die EU und die NATO unmöglich, die UdSSR staatsrechtlich wiederherzustellen. Um Einfluss und Kontrolle ausüben zu können, ist aber die Eingliederung unabhängiger Staaten in die Russische Föderation analog zur Annexion der Krim nicht zwingend notwendig. Es gibt andere Mittel, um den Anspruch Moskaus auf den postsowjetischen Raum als russische Einflussphäre durchzusetzen. Eines davon ist eben das Integrationsprojekt Eurasische Union.

Politische Studien: Gibt es eine Verbindung zwischen diesem Projekt, der Annexion der Krim und den gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine?

Hannes Adomeit: Diese Verbindung gibt es und sie ist eng, denn ohne die Ukraine wäre das Projekt nur Makulatur. Die Eurasische Union wäre dann eigentlich nur eine Asiatische Union mit Belarus als europäischem Anhängsel und einem einzigen weiteren Kandidaten in der ge-

meinsamen EU-Russland Nachbarschaft: Armenien. Nicht nur wegen seiner großen Bevölkerungszahl ist die Ukraine für das Putinsche Projekt von zentraler Bedeutung. Das Land befindet sich in strategisch wichtiger Lage zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. Es ist Transitgebiet für russisches Erdgas nach Europa. Es verfügt über große Bodenschätze, fruchtbare Böden für die landwirtschaftliche Produktion und umfangreiche, wenn auch veraltete Industrieanlagen, einschließlich in der Rüstungsindustrie, die im Ostteil des Landes konzentriert und in den russischen militärisch-industriellen Komplex eingebunden ist. Das große Industriepotenzial unterscheidet die Ukraine auch von Kasachstan und anderen möglichen asiatischen EWU-Kandidaten, deren Wirtschaft wie die Russlands auf Rohstoffen basiert. Der Ostteil und der Süden des Landes sind russlandfreundlich. Es gibt viele kulturelle und andere historisch gewachsene Gemeinsamkeiten.

Aus diesen und anderen Gründen war für es Russland inakzeptabel, dass die EU und die Ukraine am 19. Oktober 2011 ein Assoziierungsabkommen mit der Errichtung eines „tief greifenden und umfassenden Freihandelsgebiets“ fertig stellten, dieses Abkommen am 30. März 2012 paraphierten und für die Gipfelkonferenz der Länder der Östlichen Partnerschaft der EU in Vilnius am 25./26. November 2013 unterschriftsreif machten. Moskau führte praktisch einen Handelskrieg gegen die Ukraine und drohte mit Konsequenzen, die dem Berater Putins in Fragen der eurasischen Integration, Sergej Glasjew, zufolge „un-

weigerlich“ zum Staatsbankrott des Landes führen würden. Der massive Druck Moskaus trug dazu bei, dass der damalige ukrainische Präsident, Viktor Janukowitsch, einknickte, das Assoziierungsabkommen nicht unterschrieb und Kurs auf die weitere Abhängigkeit von Russland nahm. Am 17. Dezember 2013 reiste er nach Moskau und unterschrieb eine ganze Reihe von Abkommen. Diese sahen unter anderem einen Kredit von 15 Milliarden US-Dollar für Kiew vor und einen Vorzugspreis für Erdgaslieferungen an die Ukraine von 268,5 US-Dollar für 1.000 Kubikmeter anstatt wie bis dahin 400 US-Dollar. Janukowitsch behauptete zwar, dass es keine geheimen Absprachen gegeben habe. Verdächtig ist allerdings, dass die ukrainische Regierung schon am 16. Januar 2014 ein umfangreiches Programm für die Zusammenarbeit mit der Zollunion bis 2020 verabschieden konnte. Putins eurasisches Integrationsprojekt unter Einschluss der Ukraine, so schien es, war nun unter Dach und Fach. Entsprechend war die Stimmung in Moskau nach den Vereinbarungen vom 17. Dezember 2013. „Jetzt gehört die Ukraine uns“, war der Grundton.

Politische Studien: Aber dann kippte die Stimmung um?

Hannes Adomeit: So ist es. Moskau musste erkennen, dass Janukowitsch nicht willens oder nicht fähig war, die

Vereinbarungen durchzusetzen und die Maidan-Protestbewegung unter Kontrolle zu bringen. Der Wendepunkt für den Kreml war der 22. Februar 2014. Das am Vortag unter Vermittlung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens zustande gekommenen Abkommen zwischen Janukowitsch und der Opposition über die Beilegung der Krise wurde auf dem Maidan abgelehnt. Das Parlament setzte Janukowitsch ab und er selbst ergriff die Flucht.

Politische Studien: Und wie hat Moskau darauf reagiert?

Hannes Adomeit: Mit zwei Bündeln von Maßnahmen. Das erste war die Rückkehr zu wirtschaftlichem Druck auf die nunmehr als Putschisten und faschistische Junta bezeichnete neue Regierung in Kiew. Nachdem der Kreml Kiew Ende Dezember 2013 einen ersten Teilbetrag des 15-Milliardenkredits in Höhe von 3 Milliarden US-Dollar überwiesen hatte, legte er eine zweite Tranche in Höhe von 2 Milliarden US-Dollar auf Eis. Auch der Gaspreis wurde revidiert: Nach Ablauf des ersten Quartals 2014 erhöhte Gazprom den von der Ukraine geforderten Preis erst auf 385,5 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter und dann auf 485 US-Dollar. Im Jahr 2013 hatte die Ukraine nur 27 Milliarden Kubikmeter



Die Ukraine ist für Putins Projekt **EURASISCHE UNION** von zentraler Bedeutung.

Erdgas von Gazprom bezogen. Janukowitsch hatte aber in Moskau zugestimmt /oder zustimmen müssen, dass die Ukraine im darauffolgenden Jahr 46 Milliarden Kubikmeter Erdgas von Gazprom einführen müsse und dass diesen Liefermengen die „take-or-pay“-Klausel zugrundegelegt würde. Konkret bedeutete dies, dass die Ukraine bei einem Preis von 485 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter astronomische Summen für russisches Erdgas aufbringen müsste – Geld, das es nicht hat, und Gas, das es wegen sinkender Wirtschaftsleistung nicht benötigt.

Politische Studien: Und das zweite Bündel?

Hannes Adomeit: Das zweite betraf die Krim. Im September 2013 hatte ein weitsichtiger ukrainischer Journalist namens Petro Schuklinow die Inszenierung eines politischen, gesellschaftlichen und militärischen Konflikts in der Ukraine als eines der möglichen Szenarien vorgezeichnet, wie der Kreml doch noch das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen zu Fall bringen könnte. Auf der Karte des Landes, so Schuklinow, gebe es einen Punkt, wo man ein derartiges Szenario verwirklichen könnte – die Krim. Als die Ukraine unabhängig wurde, hatte Russland immer die Auto-

nomie mit finanziellen Mitteln unterstützt, indem sie pro-russische Bewegungen finanzierte. Unter dem Vorwand der Förderung der ukrainisch-russischen Freundschaft seien Millionen von Geldern in zahlreiche Kulturprogramme gepumpt worden, die weder mit Freundschaft noch mit Kultur zu tun hatten. Als Ergebnis hätte die Ukraine den Kampf um die öffentliche Meinung auf der Krim verloren. Die meisten Krimbewohner zählten sich zu Russland. Die Situation auf der Halbinsel ins Wanken zu bringen, könnte man in wenigen Tagen bewerkstelligen, und dafür würde jeder beliebige Vorwand erhalten.

Der Ablauf der Ereignisse folgte diesem Szenario. Am 21. und 24. Februar tagte der russische Sicherheitsrat unter Putins Vorsitz, der sich „hauptsächlich mit der Situation in der Ukraine“ befasste. In den darauffolgenden Tagen nahmen pro-russische Demonstrationen sprunghaft zu. Am Morgen des 27. Februar stürmten von den Ukrainern sarkastisch „grüne Männchen“ genannte Spezialkräfte des russischen militärischen Geheimdienstes und Mitglieder örtlicher Milizen den Sitz des Parlaments in der Regionalhauptstadt Simferopol und hissten auf dem Gebäude die russische Flagge. Auch der Sitz der Regionalregierung wurde gestürmt.

Politische Studien: Wieso „grüne Männchen“?

”

Da die meisten Krimbewohner sich zu Russland zählen, war es **LEICHT**, die Situation dort ins Wanken zu bringen.

”

Im Gegensatz zur Krim fehlte in der Ostukraine der Überraschungseffekt, da sich **HIER** Kiew militärisch organisieren konnte.

Hannes Adomeit: Nun ja. Die Spezialkräfte agierten in grünen Uniformen, jedoch ohne Hoheitszeichen. Putin hatte behauptet, russisches Militär sei nicht an der Besetzung der Gebäude und anderer strategisch wichtiger Einrichtungen sowie der Entwaffnung der ukrainischen Armee auf der Krim beteiligt. Dann aber wurden Teilnehmer an der Operation mit Orden ausgezeichnet. Die darauffolgenden Ereignisse sind ja bekannt: Als Ablenkung der Aufmerksamkeit von der Krim und Abschreckung möglicher ukrainischer Gegenwehr wurden umfangreiche Militärmäner an der ukrainischen Ostgrenze abgehalten. Auf der Halbinsel selbst wurde ein Referendum zum Anschluss an die Russische Föderation durchgeführt. Und mit der Unterschrift Putins unter die Annexion der Krim wurde diese Operation formell am 21. März abgeschlossen.

Politische Studien: Das war aber nicht, wie wir wissen, das Ende der Ukraine-Operation. Das Krim-Szenario wurde ja in der Ostukraine wiederholt. Auch dort wurden Verwaltungsgebäude besetzt, Volksabstimmungen inszeniert, „Volksrepubliken“ (in Donezk und Lugansk) ausgerufen und Rufe nach Anschluss an Russland laut. Zu einer Annexion ist es aber nicht gekommen. Die Entwicklung in der Ostukraine ist anders verlaufen als auf der Krim. Wie kommt das?

Hannes Adomeit: Dafür gibt es viele Gründe.

Ein erster ist der fehlende Überraschungseffekt. Die ukrainische Regierung – und nicht nur die – war von der russischen Besetzung der Krim völlig überrascht. Kiew hatte offensichtlich keine Pläne in irgendwelchen Schubladen, die man herausziehen konnte, um der russischen Herausforderung auf der Halbinsel zu begegnen. Es herrschte völlige Unsicherheit darüber, auf welche militärischen Einheiten und Kommandeure man sich verlassen konnte und auf welche nicht. Beispielhaft dafür ist die Ernennung von Admiral Denis Beresowskij zum Oberkommandierenden der ukrainischen Schwarzmeerflotte inmitten der Krise, der dann am darauffolgenden Tag die Seiten wechselte und daraufhin von Moskau mit dem Posten des Vizekommandeurs der russischen Schwarzmeerflotte belohnt wurde. In der Ostukraine gab es dagegen keinen Überraschungseffekt. Kiew konnte sich, wenn auch nicht gerade schnell und wirksam, militärisch organisieren und gegen die Separatisten vorgehen.

Ein zweiter Grund ist die westliche Reaktion auf die Annexion der Krim. Im Gegensatz zur militärischen Intervention Russlands in Georgien, wo Prä-



Die Mehrheit der Bürger in der Ostukraine will trotz Sympathien für Russland bei der **UKRAINE** bleiben.

sident Micheil Saakaschwili mit seinem Angriff auf Zinchwali dem Kreml eine Steilvorlage für militärisches Eingreifen geliefert hatte und der Westen ziemlich schnell zu business as usual zurückkehrte, war und ist es dieses Mal anders. Der Westen hat mit Sanktionen reagiert, die zwar für sich genommen nicht besonders wirksam sind, aber ein Klima geschaffen haben, das Russland erheblich schadet.

Politische Studien: Wie zum Beispiel?

Hannes Adomeit: Zum Beispiel dadurch, dass potenzielle in- und ausländische Investoren kalte Füße bekommen haben und sich mit neuen Vorhaben zurückhalten. Russische Unternehmen und Banken haben riesige Summen ins Ausland transferiert. Im ersten Halbjahr 2014 waren es nach offiziellen Angaben 74,6 Milliarden US-Dollar. Für das ganze Jahr wird ein Kapitalabfluss von mindestens 120 Milliarden US-Dollar erwartet. Der Wert des Rubels und russischer Aktien ist gesunken. Nachdem der Handel Russlands mit der EU seit der Wirtschafts- und Finanzkrise erhebliche Steigerungsraten aufgewiesen hatte, fiel sein Volumen im ersten Halbjahr 2014 im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr um rund 10 %. Das Wirtschaftswachstum ist ebenfalls zurückgegangen – und zwar drastisch: Während es in den ersten zwei Amtszeiten Putins im Durchschnitt zwischen 7 und 8 % betrug, lag es in den ersten zwei Quartalen 2014 im negativen Bereich, so dass sich das Land nunmehr

„technisch“ in einer Rezession befindet. Natürlich sind nicht alle diese Entwicklungen ein Ergebnis der Krise in und um die Ukraine. Westliche Sanktionen und Sanktionsandrohungen haben aber dazu einen erheblichen Beitrag geleistet.

Zurück zu den Unterschieden zwischen der Krim und der Ostukraine. Der dritte und wichtigste liegt in der Zielsetzung des Kremls. Während der Kurs auf der Krim von Anfang an auf Annexion gerichtet war, verhält es sich mit der Ostukraine anders. Umfragen vor und während der gegenwärtigen Krise haben gezeigt, dass die Mehrheit der dortigen Bürger – trotz aller Sympathien für Russland – bei der Ukraine bleiben will. Wirtschaftlich betrachtet, kann Moskau die Krim mit seinen rund 2 Millionen Einwohnern durchaus verkraften. Die russische Schwarzmeerflotte war ohnehin größter Arbeitgeber in der Region. Die Gebiete Donezk und Lugansk dagegen haben ungefähr 7 Millionen Einwohner. Die Wirtschaft der beiden Gebiete ist ein Freilichtmuseum schwer- und rüstungsindustrieller Dinosaurier. Die Eingliederung der Gebiete – dazu noch gegen den Widerstand Kiews und mangelnder völkerrechtlicher Anerkennung – würde Unsummen verschlingen. Moskau hat infolgedessen meiner Ansicht nach von Anfang an auf ein transnistrisches Szenario hingearbeitet.

Politische Studien: Was meinen Sie damit?

Hannes Adomeit: Die von keinem Staat der Welt, auch nicht von Russland, völkerrechtlich anerkannte Moldauische

Republik Transnistrien, wie die dortigen Machthaber diesen Separatistenhort nennen, ist zwar staats- und völkerrechtlich Teil der Republik Moldau, die Hauptstadt Chişinău hat aber die Kontrolle über die abtrünnige Republik verloren. Das ist schon seit dem Bürgerkrieg im Jahre 1992 der Fall, in den die russische 14. Armee unter General Lebed zugunsten der Separatisten eingriff. Übrigens bin ich mit den Verhältnissen dort gut vertraut, denn meine Frau, die ich in Moskau kennengelernt habe, kommt aus Transnistrien. Sie hat im Bürgerkrieg mitgeholfen, Tote und Verwundete zu bergen, egal, auf welcher Seite diese gekämpft haben. Ihre Mutter lebt immer noch dort, in Tiraspol. Was da jetzt in der Ostukraine passiert, erinnert sie sehr an diese Zeit.

Politische Studien: In Russland untersagt das Strafgesetzbuch Separatismus, aber in der Ostukraine, in den Gebieten Donezk und Lugansk, zeigt der Kreml nicht nur Verständnis für diesen Schritt der Regierungsgegner, sondern unterstützt diese mit „Freiwilligen“, eigenen Spezialkräften und Waffen. Was sind denn die russischen Beweggründe? Was will Moskau mit seiner Unterstützung bezwecken?

Hannes Adomeit: Übergeordnetes Ziel Moskaus ist und bleibt die Verhinderung einer Westorientierung der Ukraine, der Ausschluss nicht nur einer Mit-

gliedschaft des Landes in der NATO, sondern auch einer Entwicklung, die zur Mitgliedschaft in der EU führen könnte. Umgekehrt beinhaltet dieses Ziel die Integration der Ukraine in die Eurasische Wirtschaftsunion. Putin scheint davon überzeugt zu sein, dass Russland in der Ukraine die besseren Karten hat als die EU. Sein Amtskollege Alexander Lukaschenko hat das auf der von mir zuvor erwähnten Gipfelkonferenz künftiger Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion in Astana so ausgedrückt: „Ich bin mir sicher, dass die ukrainische Führung früher oder später begreifen wird, wo ihr Glück liegt.“

Politische Studien: Schließen sich denn die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion und das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen gegenseitig aus? Ist das russische Argument einfach von der Hand zu weisen, dass die Anbindung der Ukraine an die EU für Russland erhebliche Nachteile bringt und es sich mit Protektionsmaßnahmen zur Wehr setzen muss?

Hannes Adomeit: In seiner eurasischen Integrationsinitiative hatte Putin noch behauptet, es sei „verlogen“ zu behaupten, dass „Teilnahme an fortgeschritte-



Medwedjew schloss eine Integration der Ukraine in die EU und **GLEICHZEITIG** eine Eingliederung in eine eurasische Wirtschafts- und Zollunion aus.

nen Integrationsprojekten im postsowjetischen Raum“ und eine „europäische Wahl“ miteinander unvereinbar seien. Regierungschef Sergej Medwedjew hat danach aber schnell derartigen Lügen zur Wahrheit verholfen. „Wenn die Ukraine den Weg der europäischen Integration geht“, warnte er, „wird es für das Land schwieriger, sich in den Gemeinsamen Wirtschaftsraum und die Zollunion zu integrieren. Man kann nicht gleichzeitig auf zwei Stühlen sitzen.“ Putins Berater in Fragen der eurasischen Integration, der eingangs erwähnte Sergej Glasjew, hat die gegenseitige Ausschließlichkeit der beiden Organisationen ebenfalls mit Blick auf die Ukraine so postuliert: „Die Zollgrenze – das ist eine Linie von Barrikaden.“

Das Argument des Kremls, Waren der EU würden den ukrainischen Markt überschwemmen und – aufgrund von bestehenden Freihandelsvereinbarungen – zollfrei nach Russland weitergeleitet, ist natürlich Unsinn. Das Herkunftsland der Produkte zählt. Durch einen Import von EU-Waren werden diese nicht plötzlich zu Produkten der Ukraine.

Politische Studien: Ist eine wirtschaftlich dynamische, reformierte und wachstumsorientierte Ukraine nicht im Interesse beider Seiten? Warum wendet sich Moskau denn so kategorisch gegen das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen? Gibt es dafür innenpolitische Gründe?

Hannes Adomeit: Die gibt es. Mit der Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen mit seinen politischen und wirtschaftlichen Teilen auf über 1.000 Seiten hat sich Kiew nach Schätzungen von Fachleuten verpflichtet, rund 70 % des *acquis communautaire* der EU, also der Gesamtheit der in dieser Organisati-

on geltenden Gesetze, Regeln, Richtlinien und Prozeduren, zu übernehmen. Mit der Ausführung der übernommenen Verpflichtungen würde sich die Ukraine auf den Weg zu einem demokratischen, pluralistischen und rechtstaatlich verfassten Land begeben, einer Marktwirtschaft mit fairem Wettbewerb und einer Zivilgesellschaft mit aktiven Nichtregierungsorganisationen. Dieser Weg ist dem autoritären „System Putin“ diametral entgegengesetzt. Ein Abweichen der Ukraine vom autoritären, korrupten „Modell“ Russland – von den Strukturmerkmalen des „Systems Putin“ – hätte erhebliche Auswirkungen auf die russische Innenpolitik. Reformresistenz und illiberale, undemokratische und anti-westliche Rhetorik würden in Frage gestellt.

Politische Studien: Auf der Suche nach einer Staatsideologie scheint der Kreml beim Konservatismus fündig geworden zu sein. Worin besteht das Spezifische dieses Konservatismus russischer Prägung, und welche Auswirkungen hat er auf die Außenpolitik Moskaus einschließlich auf die Haltung gegenüber der Ukraine?

Hannes Adomeit: Michael Thumann von der „Zeit“ hat den Konservatismus Putinscher Prägung treffend als ein Mischmasch aus Nationalismus und Eurasiertum, russischen Tönen und Vielvölkergesängen sowie orthodoxer Frömmigkeit und atheistischer Geheimdienstmacht beschrieben. Der russische Präsident tritt auf als Dirigent einer großen Symphonie der Wiederauferstehung Russlands. In dieser Symphonie überwiegen anti-westliche, anti-demokratische, anti-pluralistische, illiberale, autoritäre und etatistische Töne.

Das war nicht immer so. In den ersten beiden Amtszeiten Putins war die

”

Ein Abweichen der Ukraine vom autoritären, korrupten „Modell“ Russland hätte erhebliche **AUSWIRKUNGEN** auf die russische Innenpolitik.

Tonlage eher verhalten. Auf die westliche Kritik an der inneren Entwicklung Russlands reagierte der Kreml eher defensiv. Interimspräsident Dmitri Medwedjew stimmte sogar Klagelieder an: In Russland herrsche „Rechtsnihilismus“, der in Europa seinesgleichen suche. Das Land weise eine „halbsowjetische“ Sozialstruktur auf. Korruption sei weit verbreitet, die Wirtschaft ineffizient, die Abhängigkeit des Landes von Rohstoffen „erniedrigend“. Eine umfassende Modernisierung sei dringend geboten. Medwedjew machte deutlich, dass dies nur mit westlicher Hilfe möglich sei.

Seit dem Amtsantritt Putins im Mai 2012 ist von alledem nicht mehr die Rede. Klagelieder und an den Westen gerichtete Schalmeienklänge sind triumphalistischen Trompeten- und Posauenstößen gewichen. Russland wird zum Hort traditioneller christlicher Werte erklärt, zum Fels in der Brandung, standfest gegen die „euroatlantischen Länder, die moralische Prinzipien und alle traditionellen Identitäten verleugnen“ und „Familie mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften [...] und den Glauben an Gott mit dem Glauben an Satan gleichsetzen“. So Putin am 19. September 2013 in Valdaj. Verbündete sind im Inneren die Orthodoxe Kirche und in Europa die extreme Rechte. Die westlichen Geheimdienste werden für alle Übel dieser Welt verantwortlich gemacht. Das Internet, so Putin, sei ein

„Spezialprojekt der CIA“ gewesen und werde als solches weiter entwickelt. Kritiker der Politik des Kremls werden als „ausländische Agenten“ diffamiert.

Die Auswirkungen auf die russische Ukraine-Politik sind erheblich. Eine erste ist das Bemühen des Kremls, „Farbrevolutionen“ in seiner selbst erklärten Einflussphäre zu verhindern. Zudem will er ausschließen, dass diese womöglich auf Russland übergreifen. Eine besondere Rolle spielen ihm zufolge in- und ausländische NGOs. Diese seien keineswegs unabhängig, sondern würden von westlichen Regierungen finanziert und mit Hilfe ihrer Geheimdienste instrumentalisiert, um – wie Putin gegenüber seinen eigenen Geheimdienstlern erklärte – „unsere Integrationsarbeit zu behindern“. Nicht anders sei es bei den Massenprotesten auf dem Maidan gewesen. Die vom Ausland finanzierten NGOs waren ihm zufolge „die Schock-Truppen militanter nationalistischer und neo-Nazi Gruppen eines verfassungswidrigen Staatsstrechs“.

Politische Studien: Und welche anderen Verbindungen gibt es zwischen der russischen Innenpolitik und der Haltung und Politik des Kremls in der Ukraine?

Hannes Adomeit: Eine andere Verbindung besteht zwischen den Demokratie-

defiziten, der ausgebliebenen gesellschaftlichen und politischen Modernisierung und der wirtschaftlichen Stagnation einerseits und dem Anfachen nationaler und nationalistischer Emotionen im Dienste einer anti-westlichen Außenpolitik. Es war schon immer eines der Instrumente aus dem Werkzeugkasten autoritärer Herrschaft, „Feindesum“ für Schwierigkeiten im Inneren verantwortlich zu machen und Kräfte im Ausland zu beschuldigen, dem eigenen Land einen „Platz an der Sonne“ verwehren zu wollen und dann das Volk dazu aufzurufen, sich unter die Nationalflagge zu scharen. Schon vor einem Jahrzehnt hat Putin nach dem Terrorangriff in Beslan behauptet, Kräfte im Ausland wollten mit Hilfe von Terroristen „ein ‚saftiges Stück‘ aus unserem Fleisch herausreißen“. Offensichtlich meinte er dabei den Nordkaukasus. Auch die Krim sieht er als ein Stück an, das vom russischen Körper amputiert wurde. Die von Faschisten beherrschte Clique von Putschisten, so Putin in seiner Rede im Kreml am 18. März 2014, hätten bereits Erklärungen über einen Beitritt der Ukraine zur NATO abgegeben. Diese Perspektive würde „für die Krim und Sewastopol bedeuten, dass in einer Stadt der russischen militärischen Ehre die NATO-Flagge weht und dass es eine Be-

drohung für den gesamten Süden Russlands gäbe“.

Politische Studien: Zurück zur Ostukraine. Irgendwann muss es ja mal ein Ende von der Krise und Krieg geben. Könnte ein Mehr an Autonomie für die beiden Regionen nicht einen wichtigen Beitrag zu einer friedlichen Lösung des Konflikts leisten? Voraussetzung wäre natürlich erst einmal ein Waffenstillstand.

Hannes Adomeit: Ja. Aber genau da liegt ein Problem. Einen Waffenstillstand zu einem Zeitpunkt zu vereinbaren, zu dem die Separatisten zusammen mit Spezialkräften aus Russland die Kontrolle ausüben, birgt die Gefahr einer schleichenden Anerkennung der Separatisten. Diese Gefahr könnte zu einer vollendeten Tatsache werden, wenn Kiew mit ihnen Verhandlungen aufnimmt und sich darauf einlassen sollte, was die Aufständischen und ihre russischen Protektoren als „Föderalisierung“ bezeichnen. Wie wiederum das Beispiel Transnistrien zeigt, bedeutet Föderalisierung nicht Dezentralisierung oder größere Autonomie im westlichen Sinne, die Kiew durchaus bereit ist zu gewähren, sondern die Herstellung einer Art Konföderation, mehr noch: eine Konstruktion, die den abtrünnigen Republiken maximalen Einfluss in der ukrainischen Hauptstadt sichert, Kiew aber umgekehrt in Donezk und Lugansk jeglichen Einfluss verwehrt.

”

Ein derzeitiger Waffenstillstand birgt die Gefahr einer schleichenden **ANERKENNUNG** der Separatisten.

Diese beiden Gebiete einfach abzuschreiben, was manchmal in Lemberg und anderen Städten der Westukraine zu hören ist, wäre auch keine Lösung. Warum? Zusammen mit den Appellen an russischen Patriotismus und Nationalstolz sowie den Erinnerungen an die glorreiche Geschichte Russlands hat Putin einen Begriff aus der zaristischen Vergangenheit in die politischen Auseinandersetzungen gebracht, mit dem im Westen bis dato nur einige Historiker etwas anfangen konnten: Noworossija – Neurussland auf Deutsch.

Diese Provinz wurde nach dem Zurückdrängen der Osmanen und Krimtataren im Jahr 1765 geschaffen. Zu ihr gehörten – nach heutigen geographischen Begriffsbestimmungen – in Russland Teile der Verwaltungsgebiete Krasnodar, Stawropol und Rostow am Don. In der Ukraine umfasst es ein Gebiet, das von Donezk und Lugansk über Dnjepetrowsk, Saporoschje, Mykolajew, Cherson, die Krim und Odessa bis nach Transnistrien reicht. Die Wiedererweckung dieses Begriffs und seiner geographischen Reichweite ist überhaupt nicht lustig. Sie ist praktisch Programm der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk, die sich entsprechend Ende Mai unter diesem Namen vereinigt haben.

Politische Studien: Wie groß ist eigentlich der Einfluss Moskaus auf die Separatisten und was sind gegebenenfalls deren eigene Ziele?

Hannes Adomeit: Das Ziel der Separatisten ist offensichtlich analog zur Krim die Eingliederung ihrer „Volksrepubliken“ in die Russische Föderation. Dazu ist Moskau allerdings aus den erwähnten Gründen nicht bereit. Zumindest derzeit nicht. Was den Einfluss Moskaus anbelangt, ist er überwältigend. In

allen politischen Fragen hat der Kreml, davon bin ich überzeugt, das letzte Wort. Anfang Mai schien das Gegenteil der Fall zu sein, als Putin den Separatisten anriet, ihre geplanten Volksabstimmungen zu verschieben. Es kann ja sein, dass dieser „Rat“ nicht mit ihnen koordiniert war, ich glaube es allerdings nicht. Wenn Putin tatsächlich eine Verschiebung gewollt hätte, dann hätte er das den Separatisten hinter den Kulissen klar gemacht, ihnen zum Beispiel gesagt, sie könnten militärische Hilfe vergessen, wenn sie nicht parierten.

Im militärischen Bereich ist die Sache nicht so eindeutig. Moskau versucht zwar, über den bis zu seiner Ablösung im August militärischen Geheimdienst und den de facto Oberbefehlshaber der militärischen Operationen in der Ostukraine, Oberst Igor Strelkow, die Kontrolle auszuüben, aber nicht alles, was passiert, ist geplant. Bestes Beispiel dafür ist der Abschuss des zivilen Flugzeugs der malaysischen Fluglinie über dem von den Separatisten kontrollierten Gebiet.

Politische Studien: Politische Macht und ökonomischer Erfolg gehen auch in der Ukraine Hand in Hand. Oligarchen prägen das Bild. Mit Petro Poroschenko steht nun ein solcher Großunternehmer an der Spitze des Staates, und als Gouverneur setzte er in Dnjepetrowsk den milliardenschweren Oligarchen Igor Kolomojskij ein. Wie realistisch ist unter diesen Vorzeichen die Hinwendung der Ukraine zu einer demokratischen und antimonopolistischen Marktwirtschaft mit Chancen für kleine und mittlere Unternehmen?

Hannes Adomeit: Schwierig zu beurteilen. Der Weg ist zumindest vorgezeichnet. Das Assoziierungsabkommen ist jetzt sowohl in seinen politischen als auch wirtschaftlichen Teilen unter-

schrrieben. Jetzt kommt es darauf an, ob die ukrainische Regierung tatsächlich willens ist, das Abkommen auch umzusetzen. Dies wird allerdings nicht ohne massive Hilfe der EU und ihrer Mitgliedstaaten gehen.

Politische Studien: Poroschenko beklagt den Personalmangel in der ukrainischen Armee. Gleichzeitig verfügen Milliardäre wie Igor Kolomojskij, Sergej Taruta und Rinat Achmetow über eigene Ordnungstruppen. Diese Sicherheitskräfte zum Kampf gegen die Separatisten im Osten des Landes werden von den Oligarchen finanziert. Wie groß ist die Gefahr einer verselbständigten Entwicklung, die Poroschenko nicht mehr kontrollieren kann? Vorstellbar wäre die Eskalation der Lage aufgrund des Übertritts der ukrainisch-russischen Grenze durch derartige Kampfgruppen.

Hannes Adomeit: So weit wird es wohl nicht kommen. Richtig ist, dass mehrere der ukrainischen Milliardäre, die es früher vorgezogen hatten, im Hintergrund zu bleiben und über von ihnen „finanzierte“ Regierungsbeamte und Parlamentarier Einfluss auf die Politik zu nehmen, nun selbst Verantwortung für die politische Entwicklung und die innere Sicherheit übernommen haben. Poroschenko war allerdings schon früher in wichtigen nationalen öffentlichen

Funktionen tätig. Unter anderem war er Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, Direktor der Nationalbank sowie Außen- und Wirtschaftsminister sowohl unter der pro-westlichen Regierung des Präsidenten Juschtschenko und der Ministerpräsidentin Timoschenko als auch unter dem „pro-russischen“ Präsidenten Janukowitsch.

Achmetow, der bei weitem reichste der ukrainischen „Oligarchen“, hat es mit Hilfe „seiner“ Berg- und Stahlarbeiter in Mariupol im Verwaltungsgebiet Donezk geschafft, die Besetzung öffentlicher Gebäude zu verhindern oder rückgängig zu machen und Barrikaden pro-russischer Separatisten abzubauen. Dem Ziel, pro-russische Kräfte zurückzudrängen und Sicherheit zu gewährleisten, hat sich auch das „Bataillon Donbass“ gewidmet. In diesem Verband waren bei seiner Gründung nach eigenen Angaben 800 Freiwillige zusammengeschlossen. Formell sind diese dem Innenministerium der Ukraine unterstellt. Diese Kräfte operieren aber, so weit man das beurteilen kann, weitgehend unabhängig.

Ähnlich verhält es sich mit dem „Bataillon Dnjepr“, das mit finanzieller Unterstützung des Gouverneurs Kolomojskij im Verwaltungsgebiet Dnjepropetrowsk agiert, aber auch im Donbass eingesetzt war – also jenseits seines Ursprungsgebiets. Die Einheit umfasste bei ihrer Gründung nur rund 500 Mann und auch

”

Die von den **OLIGARCHEN** finanzierten „Truppen“ sind Ordnungskräfte und keine schlagkräftigen militärischen Einheiten.

diese geringe Anzahl ist, wie auch die von „Donbass“, in den laufenden Kampfhandlungen erheblich reduziert worden. Befürchtungen, dass sich „Donbass“ und „Dnjepr“ zusammenschließen und in eine regionale Privatarmee verwandeln könnten, halte ich für übertrieben. Die ukrainische Armee mag, wie die kürzlich von Poroschenko verfügte Teilmobilisierung unterstreicht, Rekrutierungsprobleme haben. Nur sie verfügt aber über die schweren Waffen – Panzer, Artillerie, Mehrfachraketenwerfer und Flugzeuge –, die für den Kampf gegen die gut ausgerüsteten Separatisten von „Neurussland“ und eingeschleuste russische Truppenteile erforderlich sind.

Politische Studien: Zum Schluss: Waren Sie eigentlich schon einmal in der Ostukraine?

Hannes Adomeit: Ja. Aber nur kurz. Das war in Charkow im August 1969 zusammen mit einem Kommilitonen an der Freien Universität Berlin. Eigentlich wollten wir per Volkswagen ins Kaukasusgebirge. Wir kamen aber nur bis zum Campingplatz in Charkow. Dort wurde uns vom regionalen KGB eröffnet, wir hätten auf dem Territorium der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik anti-sowjetische Propaganda betrieben und die Sowjetunion innerhalb von 24 Stunden zu verlassen. Anlass war offensichtlich, dass wir die These von agents provocateurs zurückgewiesen hatten,

die Intervention des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei im Vorjahr sei nötig gewesen, weil die Bundeswehr drauf und dran war, dieses Land zu besetzen.

Politische Studien: Na, vielleicht wären Sie ja jetzt in „Neurussland“ willkommen. Herzlichen Dank für dieses interessante Gespräch.

Die Fragen stellte Dr. Markus Ehm, Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung. ///



/// PROF. DR. HANNES ADOMEIT

war langjähriger Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Warschau (bis 2013). Er lebt heute in Berlin.

”

Jetzt kommt es darauf an, ob die ukrainische Regierung tatsächlich das Abkommen mit der EU UMSETZEN WILL.

/// Einführung

WELCHE ROLLE SPIELT ERDGAS FÜR UNS?

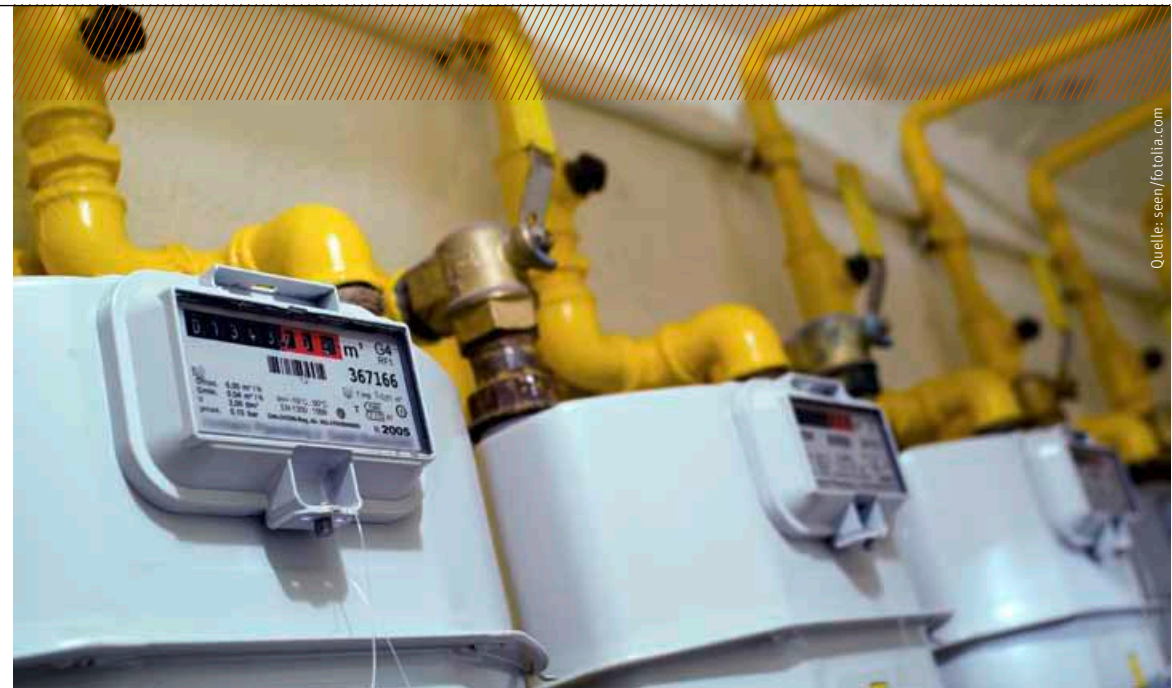
SILKE FRANKE /// Erdgas spielt beim Übergang vom heutigen Energiemix hin zu mehr erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle. Die Versorgung Deutschlands mit Erdgas wird zu einem Großteil aus Importen gedeckt. Neu entdeckte Gasreserven und technologische Fortschritte verändern die Energiemärkte. So haben sich die USA zum weltweit größten Erdgasproduzenten entwickelt. Eine besondere Aktualität erhält das Thema jedoch durch die Krim-Krise, die die Importabhängigkeit von russischem Erdgas deutlich macht.

Mit dieser Situation setzten sich Experten auf Einladung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen in einem zweitägigen Workshop im Juni 2014 in Wildbad Kreuth auseinander. Insgesamt, so waren sich die Fachleute einig, hat sich die Energielandschaft in den letzten fünf Jahren völlig geändert. Für Öl galt lange Zeit das Szenario der Verknappung und Verteuerung. Gas wurde als Brückentechnologie gehandelt, hier rechnete man ebenfalls mit steigenden Preisen. Durch den Boom mit Schieferöl und Schiefergas bleibt Öl zwar teuer, aber auf stabilem Niveau und der Gaspreis ist gesunken. Kohle – aus Klimaschutzgründen eigentlich ein Auslaufmodell – erlebt in Europa einen Nachfrageboom, der Preis ist noch stärker gefallen. Damit haben sich traditionelle Kräfteverhältnisse verschoben. Auf den Energiemärkten herrscht derzeit eine „beispiellose Ungewissheit“. Zu den Unbekannten gehören

auch die Entwicklung der Nachfrageseite, die lokalen Rahmenbedingungen und Investitionsentscheidungen von Wirtschaft und Staat sowie ökonomische und geopolitische Strategien.

Rein aus geologischer Sicht ist die Versorgung mit Erdgas noch über viele Jahrzehnte gewährleistet, berichtete Dirk Meßner von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover. 24 % der weltweiten Reserven liegen in Russland. Von dort erhält Deutschland, das 87 % Prozent seines Erdgasbedarfes importiert, auch die größten Liefermengen. Ein besonderer Schwerpunkt des Expertenworkshops lag daher auf der Rolle, die das russische Gas spielt. Auch die nachfolgenden Bei-

Die traditionellen Kräfteverhältnisse und der Energiemarkt haben sich in den letzten fünf Jahren VERÄNDERT.



Erdgas spielt bei der Energieversorgung nach wie vor eine große Rolle. Die Versorgung Deutschlands wird größtenteils aus Importen gedeckt, u. a. auch aus Russland. Wird die derzeitige Krim-Krise die Versorgung gefährden?

träge setzen sich aus verschiedenen Blickwinkeln damit auseinander. Hubertus Bardt (Institut für Deutsche Wirtschaft) geht auf die Risiken ein, die von Marktdominanz und politisch instabilen Förderländern ausgehen, verbunden mit der Frage, ob es tatsächlich nur eine einseitige Abhängigkeit der Importländer von den Exportländern gibt. Frank Umbach (European Centre for Energy and Resource Security) analysiert vertieft die Konsequenzen, die eine außen- und wirtschaftspolitische Einflussnahme Russlands bei der Energieversorgung für die Europäische Union haben könnte und setzt dies in Relation zu den Entwicklungen am globalen Gasmarkt. Steffen Bukold (EnergyComment) geht auf die – für die deutsche Industrie relevante – Entwicklung der internationalen Gaspreise ein und zeigt Optionen für das Krisenmanagement und die Angebots- und Nachfragepolitik auf.

Die Energieversorgungssicherheit wird auch weiterhin ein Thema bleiben. Die Experten im Workshop wollen sich in einem nächsten Treffen mit Fragen der Energie-Governance und der Energie-Außenpolitik beschäftigen. ///



/// **SILKE FRANKE,**
DIPL.-GEOGRAPHIN

ist Referentin für Umwelt und Klima, Ländlicher Raum, Ernährung und Verbraucherschutz der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hans-Seidel-Stiftung, München.

/// Russisches Gas und die Ukraine

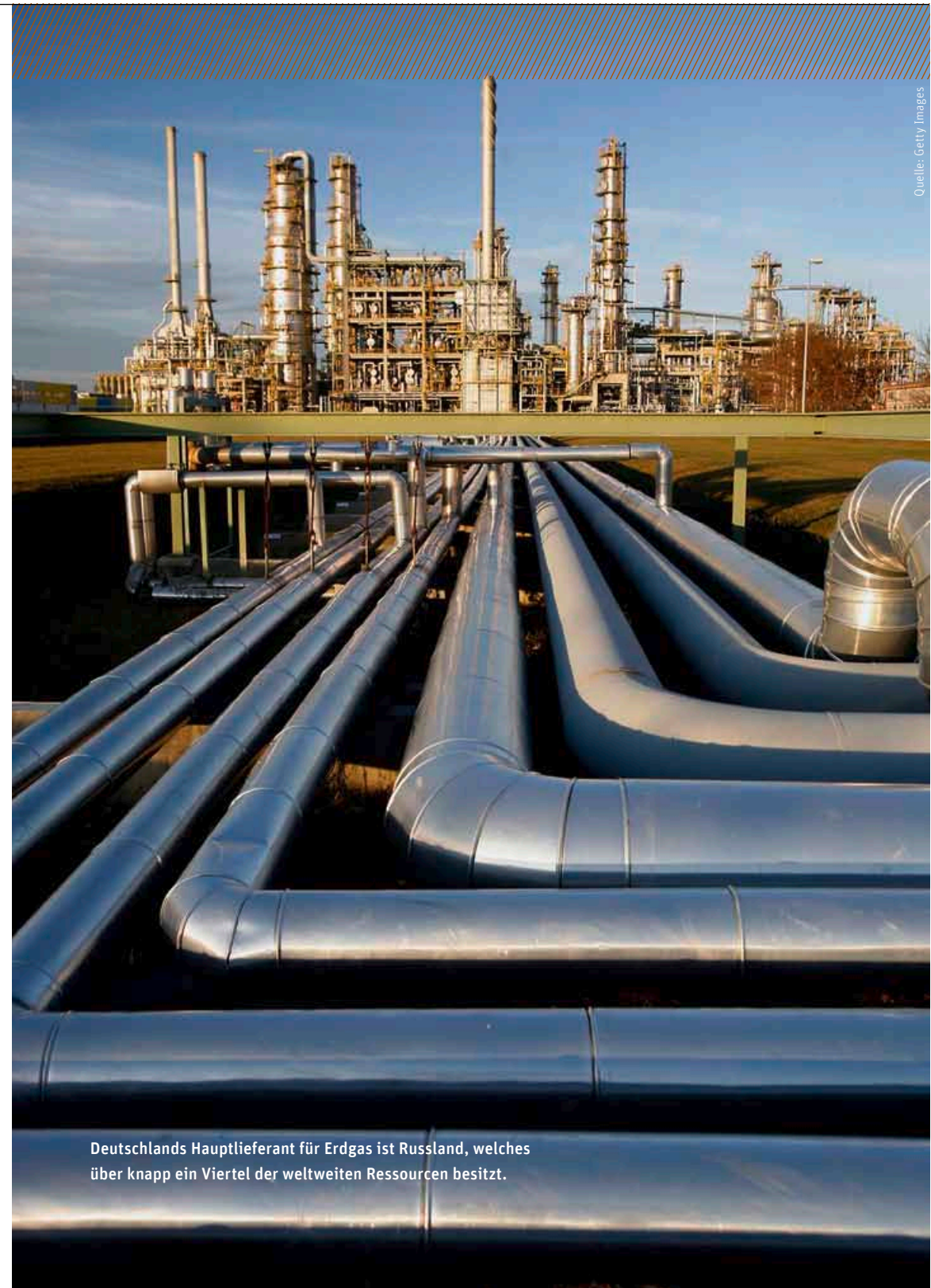
DEUTSCHLANDS ENERGIE-IMPORTABHÄNGIGKEIT

HUBERTUS BARDT /// Die Energieversorgung stellt eine wesentliche Grundlage sämtlicher Wirtschaftsprozesse dar. Deutschland ist in dieser Beziehung weitgehend auf Importe von Energierohstoffen angewiesen. Besonders ausgeprägt ist die Importabhängigkeit bei Erdöl- und Mineralölprodukten. Erdgas stammte 2012 zu rund 12 % aus Deutschland. 2003 waren es noch 21 %. Eine weitere Senkung der inländischen Förderung wird mit einer steigenden Importquote einhergehen.

Fast ein Viertel des deutschen Endenergiebedarfs wird derzeit durch Erdgas gedeckt – zum größten Teil wird es zur Erzeugung von Wärme benötigt. Aber auch die Energiewende in Deutschland kommt wohl kaum ohne diesen Energieträger aus; schnell hochzufahrende Gaskraftwerke sollen Strom liefern, wenn die schwankenden Energiequellen Wind und Sonne ausfallen. Immer mehr Erdgas liefert Russland – sein Marktanteil beträgt 38 % gegenüber 32 % vor zehn Jahren. Aus den Niederlanden, Norwegen, Dänemark und Großbritannien kommen ebenfalls erhebliche Mengen. Allerdings rechnen auch die europäischen Nachbarn mit einem Rückgang der Förderung. Die verbleibenden Erdgasressourcen und -reserven liegen demzufolge woanders – vornehmlich in Russland, China und den USA.

Importe und Risiken aus Abhängigkeiten

Aufgrund der hohen Importabhängigkeit kommt der sicheren Versorgung zu verträglichen Preisen eine wichtige Bedeutung zu. Dabei sind verschiedene Primärenergieträger in der Diskussion. Insbesondere beim Öl wird befürchtet, dass eine dauerhafte Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann, weil die Menge des Öls endlich ist und langfristig zur Neige geht. Wichtiger als die Diskussion über physische Grenzen der Förderung ist die Frage der tatsächlichen Verfügbarkeit. Besonders kritisch wird dabei eine zu starke Dominanz einzelner Lieferländer gesehen, weil sich hieraus einseitige Abhängigkeiten ergeben könnten, die eventuell missbräuchlich genutzt werden können. Gleichzeitig befinden sich viele Förderländer in politisch und gesellschaftlich



Deutschlands Hauptlieferant für Erdgas ist Russland, welches über knapp ein Viertel der weltweiten Ressourcen besitzt.

instabilen Weltregionen, sodass unvorhersehbare Bezugsschwierigkeiten zu befürchten sind, die in ähnlicher Weise bereits zur ersten Ölkrise Anfang der 70er-Jahre geführt hatten. Immer wieder haben regionale Ereignisse zu Preissteigerungen an den internationalen Ölmärkten geführt, seltener jedoch zu einer tatsächlichen Beschränkung der Versorgung mit Erdöl:

- Die politisch motivierten Ölkrisen der 70er-Jahre führten neben massiven Preissteigerungen in einigen Ländern auch zu temporären Maßnahmen der Energierationierung (zum Beispiel autofreie Sonntage, Geschwindigkeitsbegrenzungen).
- Krisen in verschiedenen Ölförderländern (zum Beispiel Irak, Iran, Venezuela, Nigeria) führten in den letzten Jahren immer wieder zu deutlichen Preissteigerungen.
- Russisch-ukrainische Auseinandersetzungen um den Gaspreis führten seit Mitte des letzten Jahrzehnts zu Durchleitungsstörungen von russischem Gas nach Deutschland.

Für importierende Länder können die MARKTDOMINANZ einzelner Lieferländer oder politisch instabile Förderländer Risiken bei der Lieferung von Energierohstoffen darstellen.

Betrachtet man die weltweite Verteilung der technisch und wirtschaftlich abbaubaren Reserven an Energierohstoffen, so fällt in jedem Einzelfall eine Häufung auf eine kleine Schar von Ländern auf. Zu dieser Konzentration auf wenige Anbieter kommt noch die Tatsache hinzu, dass ein großer Teil der Reserven in

Die exportierenden Länder sind auf STABILE Lieferbedingungen angewiesen, unabhängig von der jeweiligen politischen Lage.

Ländern und Weltregionen liegt, die Anlass zur Sorge über die langfristige Zuverlässigkeit der Versorgung mit Energierohstoffen geben. Die Gründe dafür können ganz unterschiedlich sein: Die Staaten des Persischen Golfs liegen in einer Krisenregion, bei der Konflikte die Ölförderung empfindlich treffen können; Russland könnte seine Lieferungen als strategisches politisches Instrument einsetzen und mit Liefereinschränkungen drohen.

Besonders deutlich ist die Konzentration beim Erdgas. Russland allein verfügt über knapp ein Viertel der weltweiten Reserven. Nur Iran und Katar kommen mit 17 beziehungsweise 13 % in vergleichbare Größenordnungen. Alle anderen Förderländer bewegen sich bei 5 % und weniger. Die USA kommen auf 4 %, wovon die Hälfte konventionell und die andere Hälfte Schiefergas ist, Deutschland bei 0,06 %. Betrachtet man die Ressourcen, steht Russland mit 23 % unangefochten an der Spitze, bei konventionellem Gas ist es sogar ein Drittel. Weltweit geht rund die Hälfte der Ressourcen auf unkonventionelle Lagerstätten zurück.

Politisches Instrument oder „nur“ wirtschaftliche Macht?

Da die Bedeutung einzelner Länder und für Deutschland insbesondere Russland für die Energieversorgung heute ausge-

sprochen groß ist, stellen sich zwei Fragen: Gibt es eine einseitige oder eine wechselseitige Abhängigkeit? Und handeln die Lieferanten nach politischen oder wirtschaftlichen Kalkülen?

Auch die exportierenden Länder haben ein Interesse am internationalen Handel mit ihren Rohstoffen und würden sich durch einen politisch motivierten Exportstopp wirtschaftlich schädigen. Diese Schäden wären langfristig, da die als mangelhaft eingeschätzte Zuverlässigkeit zu einer beschleunigten Diversifizierung der Quellen und nachfolgend zu einer Diversifizierung der Abnahmeländer führen würde. Die Lieferbeziehungen wären damit weniger stabil, langfristige Investitionen beispielsweise in Förderfelder oder Pipelines schwerer zu realisieren. Im Gasmarkt sind die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte jedoch eher positiv: So waren beispielsweise die Erdgaslieferungen aus der Sowjetunion auch während des Kalten Krieges – trotz erheblicher politischer Spannungen – stets zuverlässig. Dies setzt doch voraus, dass Russland ebenso auf die Einnahmen für Gasexporte nach Europa angewiesen ist wie Europa von russischen Gaslieferungen abhängig ist. In einer solchen Situation können Investitionen in Pipelinesysteme, in denen viel Kapital gebunden wird, als Element der Stärkung der wechselseitigen Bindung verstanden werden. Umgekehrt sprechen die vergleichsweise höheren Exporterlöse aus Öl dafür, dass Gas für die russischen Einnahmen keine allein entscheidende Rolle spielt. Dies wird durch den beginnenden Ausbau von Transportmöglichkeiten aus Sibirien nach China noch verstärkt. Auch wenn hierin derzeit noch keine direkte Konkurrenz um Gas aus bestimmten Feldern besteht, verringert

die zusätzliche Möglichkeit der Einnahmengenerierung die finanzielle Abhängigkeit Russlands von Deutschland, während der Bedarf nach Gasimporten aus Russland in Deutschland eher zu- als abnimmt.

Bisher lässt sich das Verhalten der russischen Gasexporteure gegenüber der Europäischen Union als normale Aktivität von Marktanbietern verstehen, die sich ihrer großen und tendenziell steigenden Marktmacht bewusst sind und in die neuen Marktsegmente in der Nähe der Kunden eintreten wollen. Dies erklärt auch Teile der bestehenden Preisdifferenzierung, wo beispielsweise Abnehmer mit alternativen Versorgungsmöglichkeiten oftmals bessere Preise erhalten als solche, in denen der russische Exporteur als Monopolist auftreten kann.

Bei alternativen Versorgungsmöglichkeiten kann Europa andere PREISVERHANDLUNGEN führen.

Anders sieht dies im Fall der Ukraine aus, die aus politischen Gründen privilegierte Konditionen zugesprochen bekommen hatte. Die Rücknahme dieser Vorteile nach einer aus russischer Perspektive politisch nicht gewünschten Regierungsübernahme ging einher mit sich aufbauenden Forderungen aus erfolgten Lieferungen. Die entsprechende Ankündigung, Lieferungen nur noch gegen Vorkasse zu tätigen, ist insofern nachvollziehbar, führt aber zu einem drohenden Zahlungsausfall der Ukraine und damit verbunden zu einer drohenden Energieknappheit. Europa ist hiervon insofern betroffen, da es am Ende an der Pipeline liegt und die Ukraine Gas ent-

nehmen kann, das eigentlich für die EU-Länder bestimmt ist. Deutschland und seine Nachbarländer sind dabei nicht nur die Orte, wo sich Kollateralschäden manifestieren, sondern sehen sich dem Druck ausgesetzt, einen Beitrag zur Beilegung des geschäftlichen Konflikts zu leisten. Beide Seiten können die Lieferungen durch die Ukraine in die EU beschränken und damit einen höheren finanziellen Beitrag der Union einfordern.

Auch wenn in der Entstehung des Konflikts mit der Ukraine ein klar politisches Element zu sehen ist, basieren die konkrete Situation und die Auswirkungen auf die EU selbst doch auf rein ökonomischen Interessengegensätzen. Der Einsatz der Gaslieferungen als politisches Druckmittel gegenüber der EU oder gegenüber Russland war bisher nicht zu beobachten.

Diversifizierung als Antwort

Gleichwohl besteht natürlich die Gefahr, dass Exporte mit außenpolitischen Fragestellungen verknüpft werden. Hinzu kommen unkalkulierbare Entwicklungen in den globalen Krisenregionen, insbesondere im Mittleren Osten. Deutlich geringere Risiken sind demgegenüber für Märkte auszumachen, auf denen Länder wie Australien, USA, Kanada oder Norwegen als wichtige Lieferanten präsent sind. Um mögliche, aus der Lieferantenstruktur resultierende Ge-

Russland ist immer noch der **GRÖßTE** Erdöl- und Erdgaslieferant für Deutschland.

fahren zu reduzieren, ist demnach eine breite Risikostreuung notwendig. Hierzu gehören ein breiter Energiemix, eine gewisse Vielfalt von Lieferländern und eine Diversifizierung der zur Verfügung stehenden Transportmöglichkeiten.

Zwar hat Deutschland einen relativ breit aufgestellten Energiemix und mit der Braunkohle einen wichtigen heimischen wirtschaftlichen Energieträger, dennoch ergeben sich Risiken aus der Versorgungsstruktur. Diese können zum einen in der globalen Entwicklung und entsprechenden Preiseffekten auf den Öl- und Gasmärkten liegen. Zum anderen bergen aber auch die spezifischen deutschen Lieferbeziehungen latente Gefahrenpotenziale. Auffällig an der deutschen Versorgung mit Energierohstoffen ist die große Bedeutung Russlands. Sowohl beim Erdöl als auch beim Erdgas ist Russland der wichtigste Lieferant. Insbesondere beim Erdgas ist eine weiter steigende Abhängigkeit von Russland zu erwarten. So nehmen die europäischen Vorkommen vergleichsweise schnell ab, sodass verstärkte Einfuhren aus Russland notwendig werden. Dieser Effekt kann durch eine Diversifizierung mithilfe von verflüssigtem Erdgas (LNG) oder durch den Bau alternativer Pipelines nur partiell abgemildert werden. Die NordStream-Pipeline durch die Ostsee umgeht potenzielle Transitkonflikte mit Weißrussland und der Ukraine. Die von Russland geplante SouthStream-Pipeline wäre ein weiteres Element der Diversifizierung der Transportwege. Mit dem Bau bzw. Ausbau des Südlichen Gaskorridors wird zusätzliches Gas aus Drittländern gesichert. Dies gilt zunächst für Aserbaidschan, potenziell aber auch für weitere Länder des kaspischen Raums, den Iran oder den Irak.

Ob die enge Lieferbeziehung mit Russland als bedenklich eingeschätzt werden muss, hängt vor allem von außenpolitischen Erwägungen ab. Der Bau weiterer Pipelines und die damit verbundenen langfristigen Investitionen sprechen eher für ein Interesse Russlands an stabilen Geschäftsbeziehungen. Dennoch ist die Begrenzung der Abhängigkeit von einem Anbieter durch verstärkte Diversifizierung ein unabdingbares Element der Risikovorsorge, um die Energieversorgung auch in Zukunft zu sichern. ///



/// DR. HUBERTUS BARDT

ist Geschäftsführer am Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.

/// Bedeutung, Herausforderungen und strategische Perspektiven

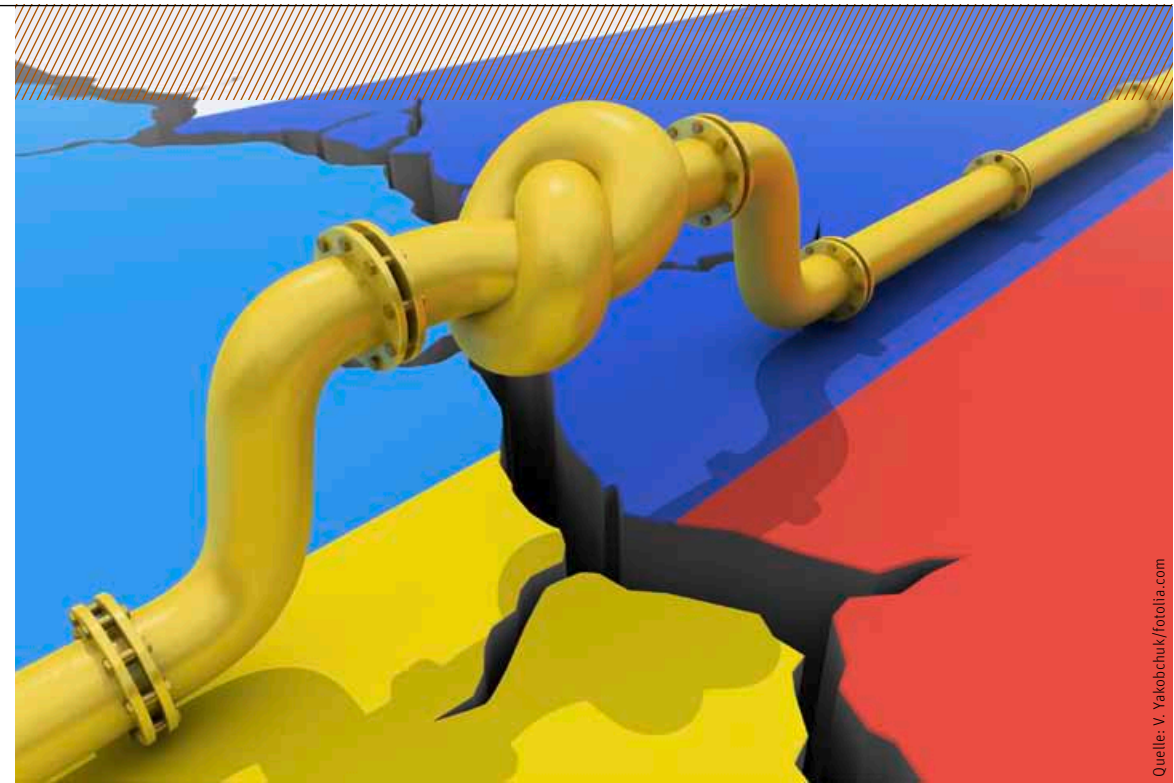
GASVERSORGUNGSSICHERHEIT IN DEUTSCHLAND UND IN DER EU

FRANK UMBACH /// Der aktuelle Russland-Ukraine-Konflikt hat in Europa die größte Krise der europäischen Friedensordnung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hervorgerufen. Im Zuge der anhaltenden Destabilisierungsversuche Russlands in den Ostregionen der Ukraine haben die EU und die USA nun zum ersten Mal umfangreiche Wirtschaftssanktionen beschlossen, die auch den Energiesektor Russlands treffen. Die Sanktionen sollen allerdings nicht die gegenwärtigen Energieexporte Russlands (Öl, Gas und Kohle) in Frage stellen, da damit die EU ihre eigene Energieversorgungssicherheit gefährden würde. Gleichzeitig befindet sich der europäische und damit auch deutsche Gasmarkt durch die wirtschaftliche Rezession in Europa, den sich global ausweitenden LNG-Markt und die US-Schiefergasrevolution in einem tiefgreifenden Wandel, der die europäische Energieversorgungssicherheit sowie die EU-Russland-Gaspartnerschaft massiv herausfordern wird.

Einführung

Noch im März 2014 hatte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel argumentiert, dass es „keine sinnvolle Alternative zu russischem Gas“ gäbe und „Russland ein zuverlässiger Gaslieferant ist [...] selbst in den dunkelsten Stunden des Kalten Krieges“. Doch gilt dies nachweislich nur für Deutschland und Westeuropa, nicht aber für viele der mittel- und osteuropäischen Länder (CEE) der EU. Sie sind häufig viel stärker von russischen Gas- und sonstigen Energieimporten abhängig. Russland hatte im

Juni 2014 den Export von Gas an die Ukraine eingestellt, weil diese sich weigerte, die höchsten Gaspreise in Europa zu bezahlen (US\$ 485 für 1.000 m³ gegenüber dem europäischen Durchschnitt von rund US\$ 380). Russland hatte innerhalb weniger Wochen nach der außenpolitischen Neuorientierung der ukrainischen Übergangsregierung die Preise für die Ukraine gleich zwei Mal drastisch erhöht und niedrigere nur gegen eine außen- und wirtschaftspolitische Orientierung auf Moskau hin in Aussicht gestellt. Wie seit den 90er-Jah-



Gefährden die Krise in der Ukraine und ihre Folgen die europäische Energieversorgung?

ren fordert Russland auch weiterhin – wie zuvor im Fall Belarus – die Übernahme und völlige Kontrolle des ukrainischen Gaspipelinetzes, welches sehr weitreichende außen- und wirtschaftspolitische Folgen für die Ukraine hätte.

Sollte Russland seine Gaslieferungen an Europa drosseln oder sich die Ukraine gezwungen sehen – entgegen ihrer Versicherungen gegenüber der EU –, im Winter Gas aus den Leitungen nach Europa illegal abzuzweigen, könnten auch die EU-28 und weitere europäische Staaten ernsthafte Gasversorgungsprobleme bekommen. Die 28 Länder der EU bilden den weltweit größten Importeur von Energie. Die EU ist generell mit einer immer stärkeren Abhängigkeit von Energieimporten konfrontiert. Derzeit muss sie bereits rund 55 % ihres Energiebedarfs (zum Vergleich 1995 43,2 %),

84 % ihrer Erdölnachfrage und 66 % ihres Gasverbrauchs importieren. Russland ist derzeit der größte Öl-, Gas-, Uran- und Kohlelieferant sowie der drittgrößte Stromexporteur in die EU. Diese wiederum ist der größte Handelspartner der Russischen Föderation. Mehr als die Hälfte des russischen Außenhandels, 45 % der russischen Importe und 55 % der Exporte werden mit der EU abgewickelt, darunter 88 % der gesamten russischen Ölexporte, 70 % sei-

Russland zielt über Energieimporte auf außen- und wirtschaftspolitische EINFLUSSNAHME.

ner Gasexporte und die Hälfte der Kohleexporte. 75 % der kumulierten ausländischen Investitionen in Russland stammen aus der EU. Die steigenden Energieimporte der EU gefährden sowohl ihre künftige Wettbewerbsfähigkeit als auch ihre zukünftige Energieversorgungssicherheit.

Für Europa und Deutschland stellt sich damit die Frage, ob wir uns am Vorabend einer weiteren und noch schlimmeren Gaskrise befinden und inwieweit wir darauf vorbereitet sind. Dies ist umso mehr von strategischer Bedeutung, als sich die globalen Gasmärkte in einem grundlegenden strukturellen Wandel befinden, der im Wesentlichen, wenn auch nicht allein Folge der US-Schiefergasrevolution ist. Diese hat in Europa einen „Käufermarkt“ geschaffen und führte zu Diversifizierungsanstrengungen bei den Gasimporten.

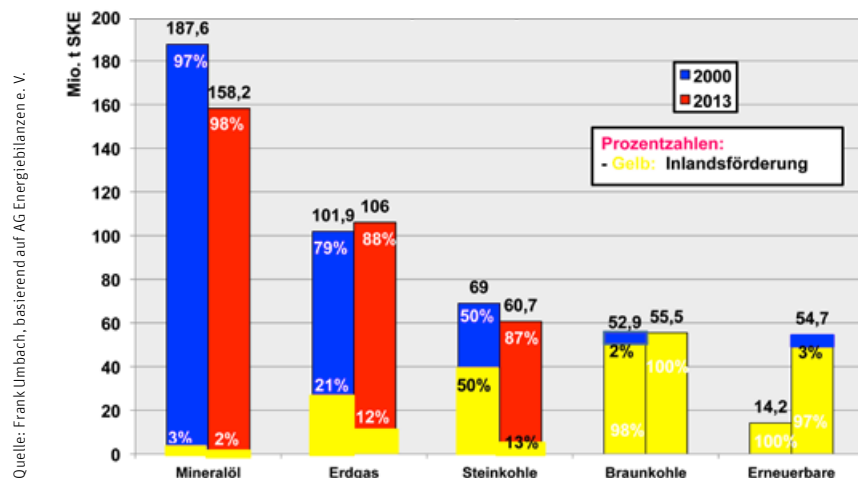
Die EU und Deutschland befinden sich ohnehin in einem tiefgreifenden Umbau ihrer Energiesysteme, insbeson-

dere Deutschland mit seiner Energie-wende. Russland ist nicht nur das größte Lieferland für Erdgas nach Deutschland, sondern auch beim Mineralöl und der Steinkohle und somit bei den drei Energieträgern mit den größten Anteilen am deutschen Primärenergiemix mit zusammen zwei Dritteln eine entscheidende strategische Größe für die Versorgungssicherheit. Der Anteil Russlands am PEV ist gegenüber 2012 um ein weiteres Prozent gestiegen. Die Erdgasimporte Deutschlands aus Russland nahmen 2013 gegenüber 2012 sogar um 22 % zu. Insgesamt basierte die Energieversorgung Deutschlands 2013 zu 71 % auf häufig instabilen Energieimporten.

Der tiefgreifende Wandel auf dem europäischen Gasmarkt und die Auswirkungen auf die EU-Russland-Gaspartnerschaft

Nach der Prognose der Internationalen Energie Agentur (IEA) vom November 2013 wird der globale Primärenergiebe-

Anteil der Inlandsförderung am Primärenergieverbrauch in Deutschland 2000 und 2013



Quelle: Frank Umbach, basierend auf AG Energiebilanzen e. V.

darf bis 2035 um mehr als ein Drittel und die weltweite Gasnachfrage bis 2035 jährlich um 1,6 % steigen und dann fünf Billionen Kubikmeter (bcm) erreichen – ein schnellerer Anstieg als bei jedem anderen fossilen Brennstoff. Die IEA befindet Erdgas als den einzigen fossilen Brennstoff, der in Europa eine positive Jahresdurchschnittswachstumsrate aufweisen wird (+0,6 %). Der Anteil des Gases am globalen Energiemix wird zwischen 2011 und 2035 von 21 % auf 24 % steigen. Die IEA erwartet zudem ein weltweites „Goldenes Zeitalter des Gases“, in dem nahezu die Hälfte der Zunahme der weltweiten Gasproduktion bis 2035 aus unkonventionellen Gasvorkommen resultieren wird. Ihr Anteil an der weltweiten Gasproduktion soll von 16 % im Jahr 2011 auf einen Wert zwischen 26 % und 32 % im Jahr 2035 ansteigen.

Gleichzeitig hat der interregionale Gashandel in den vergangenen zwei Jahrzehnten um 80 % zugenommen. Das weltweite Wachstum des LNG-Handels jedoch sank 2012 um 1,6 % nach 30 aufeinander folgenden Jahren des Wachstums und 2013 stagnierte es sogar. Zwischen 2008 und 2012 traten acht neue Länder der Gemeinschaft der 18 LNG importierenden Länder bei. Dieses Volumen wird voraussichtlich um weitere 400 bcm auf 1.090 bcm im Jahr 2035 anwachsen. Der Anteil von LNG am gesamten interregionalen Handel wird von 42 % im Jahr 2011 auf rund 50 % im Jahr 2035 steigen.

Die Rezession unter den Volkswirtschaften der EU seit 2008 und die Auswirkungen der amerikanischen Schiefergasrevolution haben zeitweise zu einem globalen Gasüberangebot bis 2012 geführt. Dies, in Kombination mit einem Rückgang von Russlands langfristigen

Verträgen mit Öl-indizierten Preisen samt ihren umstrittenen „take-or-pay“-Bedingungen, die die Kunden von vornherein auf bestimmte Mengen festlegen, hat Russlands traditionelle Geschäftsstrategien und Preismodelle untergraben.

Die EU-Nachfrage nach Erdgas ist im Jahr 2011 um etwa 10 % gesunken – der größte Rückgang, der jemals verzeichnet wurde – und um weitere 2,3 % im Jahr 2012. Somit hat sich die Nachfrage von 502,9 bcm im Jahr 2010 bis auf 443,9 bcm im Jahr 2012 reduziert.

WELTWEIT erwartet die IEA ein „Goldenes Zeitalter des Gases“.

Russlands Lieferungen sind von 150 bcm in 2008 bis auf 130 bcm im Jahr 2011 zurückgegangen. 2012 überholte Norwegen Russland als größten Gaslieferanten der EU zum ersten Mal.

Die EU-Gasimportabhängigkeit zwischen 2000 und 2010

- stieg um knapp 13 % von 48,9 % auf 62,4 % des jährlichen Gasbedarfes;
- die Netto-Gasimporte nahmen von 196 bcm im Jahr 1990 auf 299 bcm im Jahr 2005 und dann auf 346 bcm im Jahr 2010 zu.

Die europäischen Gasversorger werden zudem vom verschärften Wettbewerb durch die billige Kohle und die stark subventionierten erneuerbaren Energien aus dem Strommarkt gedrängt. Infolge der US-Schiefergasrevolution und der Umstellung von Kohle auf Gas sind die US-Kohleexporte nach Europa zwischen 2010 und 2011 um 38 % gestiegen und im Jahr 2012 wuchsen sie noch einmal um 29 %. Stein- und

Braunkohle tragen noch immer rund 45 % zum Energiemix der Stromerzeugung in Deutschland bei. Die Nachfrage aus der Gaskrafterzeugung ging im Jahr 2012 um fast 27 % zurück.

Darüber hinaus findet der Wettbewerb im europäischen und besonders im deutschen Kraftwerkssektor immer stärker mit subventioniertem Solarstrom statt. In den letzten sieben Jahren sind dessen allgemeine Kosten um 90 % und dessen Produktionskosten selbst dramatisch gesunken, während der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien für die Einspeisung in die Stromnetze Priorität gegeben wird. Gas sichert die Grundlaststabilität der europäischen Länder als Backup für die erneuerbaren Energien. Gaskraftwerke in ganz Europa kämpfen jedoch damit, noch betriebswirtschaftlichen Gewinn zu machen. Dies alles hat das Wachstum des europäischen Gasbedarfes verringert.

Diese Veränderungen führten dazu, dass die europäischen Gaspartner von Gazprom eine Preisreduzierung und einen neuen Mechanismus zur Preisfestsetzung auf Basis der Spotmarktgaspreise gefordert haben. Auch die IEA hat inzwischen ihre früheren Prognosen einer hohen Nachfrage nach Erdgas für die EU-28 bis zum Jahr 2035 mit einem steigenden Importbedarf von 302 bcm in 2011 bis zu 525 bcm im Jahr 2035 sukzessive nach unten korrigiert.

Für EUROPA prognostiziert die IAE eher ein „dunkles Zeitalter“.

Nach der neuesten Prognose wird der Gasbedarf Europas in 2014 noch einmal um 7 % gegenüber 2013 fallen und damit das niedrigste Niveau seit 1999 ausmachen. Die IEA erwartet in ihrer kurz- und mittelfristigen Prognose, dass die Nachfrage das Niveau des Jahres 2010 erst wieder um das Jahr 2020 herum erreichen könnte – und zwar aufgrund des relativ hohen Gaspreises, des starken Wachstums der erneuerbaren Energien und durch die durch niedrige Preise begünstigte Kohle-Stromerzeugung. Selbst in der mittelfristigen Perspektive bis 2035 ist sich die IEA

Russland plant trotz der bislang nicht ausgelasteten Kapazitäten WEITERE Pipelineprojekte.

nicht mehr sicher, ob Europa noch einen größeren Gasbedarf benötigt. Während sie weiterhin global ein „Goldenes Zeitalter für Gas“ ausmacht, sieht sie für Europa in kurz- und mittelfristiger Sicht eher ein „dunkles Gaszeitalter“ voraus. Auch die längerfristige Nachfrage nach Erdgas für die Zeit nach 2020 hängt von unsicheren Gasprojekten wie „Power-to-Gas“ und der Entwicklung im europäischen Transportsektor weg vom Öl-, hin zum Gasbetrieb ab.

In Zukunft sieht sich Russland nicht nur mit einem zurückgehenden europäischen Gasbedarf konfrontiert, sondern auch mit zunehmenden alternativen Gasimportoptionen Europas. Dies schließt wachsende Gasexporte aus Aserbaidschan und Turkmenistan über die Türkei ebenso ein wie Gaslieferungen aus neuen Quellen von neuen Produzenten (wie US-Exporte von LNG)

und neuen konventionellen Offshore-Gasvorkommen in Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Griechenland und dem östlichen Mittelmeer.

Die EU ist aus Gründen der Diversifizierung und Stärkung der Versorgungssicherheit an einem Ausbau ihrer LNG-Importe interessiert und begrüßt den Ausbau von LNG-Importterminals wie in Polen, Litauen, Finnland, Kroatien und Italien. Auch hat sie ihre Liberalisierungsstrategien für den Gasmarkt mit einem Dritten Energiepaket zum Thema Antimonopolisierung samt entsprechenden Entflechtungsvorschriften erweitert. Diese sind auf die Stärkung der Sicherheit der Energieversorgung in der EU, den Erhalt seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Verhinderung einer marktbeherrschenden Stellung von Gazprom auf dem europäischen Gasmarkt ausgerichtet.

Russlands traditionelle Geschäftsstrategien und sein Preismodell sind durch die Verringerung der europäischen Gasnachfrage seit 2008, die Auswirkungen der US-Schiefergasrevolution und die globale Gasschwemme der letzten Jahre nachhaltig in Frage gestellt. Zugleich ist ein Rückgang der auf Langfristigkeit ausgelegten russischen Öl-indizierten Verträge und ihrer umstrittenen „take-or-pay“-Klauseln feststellbar.

Das russische Gas soll künftig primär über die Umgehungspipelines der Nord-Stream Pipeline (Kapazität: 55 bcm) und der geplanten Gaspipeline South Stream (63 bcm) erfolgen. Doch Russland hat nur Gaslieferungsverträge über 158 bcm pro Jahr nach Europa und es müsste eigentlich gemäß seines Transitabkommens mit Kiew bis 2019 jährlich mindestens 110 bcm über sein ukrainisches Pipeline-Netz mit der Ukraine exportieren. Daher machen weitere teu-

re Gaspipelinekapazitäten nach Europa eigentlich keinen Sinn.

Mit den in der Diskussion befindlichen Gaspipelineprojekten Jamal-2, Nord Stream 3-4 und einem LNG-Projekt an der Ostsee haben Gazprom und der Kreml in den letzten drei Jahren jedoch weitere neue russische Pipelinepläne angekündigt. Sollten alle diese tatsächlich gebaut werden, schafft Russland damit zusätzliche Kapazitäten von 130 bcm. Dabei nutzt Russland bereits heute nur 60 % der bereits bestehenden nach Europa in einem Umfang von 250 bcm, um den Prognosen für den europäischen Gasmarkt für das Jahr 2020 nachzukommen. Ein neues LNG-Terminal würde zudem den Gazprom-eigenen Gaspipelines mehr Wettbewerb bescheren.

Bereits existierende russische Gasexportpipelinekapazitäten

Nord Stream 1	27,5 bcm
Nordstream 2	27,5 bcm
Yamal-Europe	33,0 bcm
Ukraine-Pipelines	140,0 bcm
Blue Stream	16,0 bcm
Gesamt	244,0 bcm

Geplante neue russische Gasexportpipelinekapazitäten nach Europa

Nord Stream 3	27,5 bcm
Nord Stream 4	27,5 bcm
South Stream	63,0 bcm
Yamal-Europe 2	15,0 bcm
Neu geplante zusammengefasst:	133,0 bcm
Gesamt / Geplante	377,0 bcm

Für Europa sind diese neuen Gaspipelines nicht nur extrem teuer (deren Investitionskosten am Ende auf die eu-

ropäischen Gaskunden Russlands umgewälzt werden), weil unnötig. Sie erhöhen zudem noch die energie- und geopolitische Abhängigkeit von Russland, zumal dieses russische Gaspipelineüberangebot andere europäische Gasdiversifizierungsprojekte betriebswirtschaftlich unrentabel macht. Zudem muss Russland mit zahlreichen neuen Gasversorgungsoptionen für Europa, von denen alle billiger sein werden, konkurrieren. Diese neuen Optionen besitzen den Vorteil, dass sie den Rohstoff über kürzere und damit weitaus billigere Transportwege auf den europäischen Gasmarkt bringen können.

Die Gaspreispolitik gestaltet sich zunehmend **FLEXIBLER**.

Die Europäische Kommission ist jedoch nicht nur über die Sicherheit der EU-Gasversorgung besorgt, sondern zunehmend auch über den wachsenden Preisunterschied zwischen den USA und der EU. In Europa wurde in den letzten Jahren bis zum Vierfachen des US-Preises gezahlt. Während die Gaspreise in den USA zwischen 2005 bis 2012 um 66 % gesenkt werden konnten, vor allem aufgrund Amerikas Schiefergasrevolution, stiegen sie in der EU im gleichen Zeitraum um 35 %. Die hohen Preise in Europa sind jedoch nicht nur das Resultat der beeindruckenden US-Schiefergasrevolution, sondern auch des prinzipiellen Festhaltens von Gazprom

an der Ölpreisindexierung, an der auch temporär gewährte Preisnachlässe von russischer Seite vorerst nichts Grundlegendes ändern.

Die wirtschaftliche Realität ist, dass kein anderer Rohstoff noch über Vertragslaufzeiten von 15 bis 25 Jahren gehandelt wird und dabei auch noch preislich auf anderen Produkten wie Öl basiert. Der „blaue Brennstoff“ wird zunehmend anhand von Spotmarktpreisen und an Handelsknotenpunkten verkauft werden, wo Käufer und Verkäufer zusammenkommen, um kurzfristige Angebote auszuhandeln. Die derzeitige Hybrid-Preisgestaltung wird durch Gas-zu-Gas-Preise ersetzt werden. Streitigkeiten über Preise zwangen Gazprom im Jahr 2012, im Durchschnitt etwa 12 % Nachlass zu gewähren. Aber nur 20 % der Gazprom-Gasexporte nach Europa im Jahr 2012 waren Spotmarktangebote, die übrigen waren eigentlich in langfristigen Formeln festgelegt worden.

Aus Sicht seiner europäischen Gaspartner bedroht Gazprom mit seiner wenig flexiblen Gaspreispolitik und der Instrumentalisierung der Gasabhängigkeiten vieler europäischer Staaten von Russland nicht nur seinen eigenen Marktanteil am europäischen Gasmarkt – das Unternehmen gefährdet auch die Zukunft der gesamten Wirtschaftlichkeit der Gasstromerzeugung in Europa.

Die Gasversorgungskrise im Zuge des Russland-Ukraine-Konfliktes

In einem offenen Brief warnte der russische Präsident Wladimir Putin im April 2014 die Regierungschefs der europäischen Staaten, dass sie mit dem wachsenden Risiko einer neuen Gasversorgungskrise konfrontiert seien. Er droht

te, die Gaslieferungen an die Ukraine einzustellen, falls man nicht auf Vorauszahlungen umstelle. Die EU reagierte einen Tag später auf den Brief und erklärte, Russland müsse seine Erdgasverträge respektieren. Sie erinnerte auch daran, dass die fossilen Energieexporte etwa die Hälfte der russischen Einnahmen ausmachen.

Russlands Drohungen, im Frühjahr und Frühsommer 2014 die Gaslieferungen in die EU zu drosseln, hatten zunächst nur wenig Substanz. Die Situation ist im Vergleich zu 2006 und 2009 inzwischen grundlegend anders, da die EU sehr viel besser auf künftige russische Lieferausfälle vorbereitet ist. Zudem ist der Zeitpunkt für direkte russische Drohungen eher ungünstig, da der milde Winter vergleichsweise hohe Gasvorräte hinterlassen hat und diese derzeit weiter aufgefüllt werden. Drohungen im Winter wären wirksamer, denn sie hätten einen größeren Einfluss auf die europäische Energieversorgungssicherheit. Die Erdgaspreise in Europa sind derzeit auf dem niedrigsten Stand seit 2010. Doch die EU muss künftig mehr denn je mit einer gemeinsamen politischen Stimme sprechen und sich gegen Russland solidarisieren, um dem Druck aus Moskau auch mittel- und längerfristig widerstehen und gemeinsame Entscheidungen über den langfristigen Schutz seiner Versorgungssicherheit treffen zu können. Kurzfristig sind einige europäische Regionen und Länder anfälliger auf russische Kürzungen. Daher ist es sinnvoll, die aktuelle Situation und die bereits verfügbaren und neu entstehenden Möglichkeiten zu bewerten, wenn es um die kurz-, mittel- und langfristigen Perspektiven zur Diversifizierung des Import-Portfolios Europas geht.

Am 28. Mai 2014 wurde die neue Energiesicherheits- und Diversifikationsstrategie der EU veröffentlicht. Sie erläutert, welche Entscheidungen und Maßnahmen kurzfristig (in den kommenden neun Monaten), mittelfristig (ein bis fünf Jahre) sowie langfristig (mindestens fünf Jahre) notwendig sind, um den größeren Herausforderungen für die Energiesicherheit begegnen zu können.

Europa erhält derzeit rund 32 % seiner Gasimporte aus Russland (EU-28: 39 %). Dies entspricht 25 % seines jährlichen Gasbedarfs. Die EU erhält auch mehr als 31 % ihrer Ölimporte, fast 27 % ihrer Kohleimporte und 27 % ihrer Uranimporte aus Russland. Sie überweist jährlich rund 250 Milliarden US-Dollar an Energiekosten nach Moskau. Die jetzige EU-Gasimportabhängigkeit könnte von derzeit 66 % ihres Gasverbrauchs bis zum Jahr 2035 noch auf mehr als 80 % ansteigen. Gazprom ver-

Die EU muss **GEMEINSAM** auf die russischen Drohungen reagieren.

fügt über langfristige Verträge mit take-or-pay-Klauseln in einer Kapazität von 120 bcm. Gemäß den neuesten EU-Gasnachfrageprognosen werden ihre Gasimporte von rund 300 bcm bis zu den Jahren 2025/2030 auf lediglich etwa 340 bis 350 bcm ansteigen. Damit wurden frühere Vorhersagen der IEA und der Industrie von mehr als 500 bcm im Jahr 2030 signifikant nach unten korrigiert.

Die EU-Energie- und Diversifizierungsstrategie

- Kurz- bis mittelfristig: Verstärkung der Notfall- / Solidaritätsmechanismen, einschließlich der Koordinierung der Risikobewertung und der Notfallpläne sowie des Schutzes strategischer Infrastrukturen; den integrierten Binnenmarkt vollenden;
- mittelfristig: den Energiebedarf zügeln; Erhöhung der EU-Energieproduktion; Diversifizierung der externen Versorgung sowie
- mittel- bis langfristig: Verbesserung der Koordination der nationalen Energiepolitik; bei der Energieaußenpolitik mit einer Stimme sprechen.

Die Situation in Europa wird durch die unterschiedliche Abhängigkeit der EU-28-Mitgliedsstaaten von russischen Gasimporten verkompliziert. So sind die Slowakei, Bulgarien, Litauen, Estland, Lettland und Finnland komplett abhängig. Die EU-Gesamtabhängigkeit hat sich von 61 % im Jahr 1995 auf 45 % im Jahr 2003, auf 39 % im Jahr 2009 und auf 31,9 % im Jahr 2012 verringert. Bis 2011 war Russland der größte Gasversorger. Doch Norwegen überholte Russland erstmalig 2012. Allerdings eroberte Russland den Spitzenplatz 2013 zurück und konnte seine Gasexporte nach Europa von 130 bcm 2012 wieder auf 162,7 bcm ausbauen. Doch dürfte dies nur von geringer Dauer sein, weil die höheren Exporte nicht auf eine grundsätzlich andere Marktnachfrage in Europa zurückzuführen waren, sondern aufgrund von temporären Lieferausfällen in Algerien (aufgrund der instabilen Situation im Land) und aufgrund größerer Gasinfrastrukturreparaturen in Norwegen erfolgten.

Zudem hat die EU ihre Energieversorgungssicherheit durch eine Vielzahl von Diversifikationen in den letzten Jahren verbessert – sowohl im Energiemix als auch bei den Gasimporten. In den vergangenen Jahren kamen auch noch neue sich gegenseitig verbindende Gasinfrastrukturprojekte zwischen den 28 Mitgliedsstaaten hinzu. Die Situation unterscheidet sich somit deutlich von der der letzten russisch-ukrainischen Gaskrise im Jahr 2009, als die EU fast keine alternativen Versorgungsmöglichkeiten während der 13 Tage andauernden Krise zur Verfügung hatte. Der südliche Gaskorridor, der erstmals den Import von Erdgas aus der Kaspischen Region unter Umgehung Russlands ermöglichen wird, wird ebenfalls in ein paar Jahren eröffnet. Die EU-Gasversorgungslage hat sich auch geändert, weil Russland seit der Inbetriebnahme der Nord-Stream-Pipeline nur noch 53 % seiner Gasexporte nach Europa durch das ukrainische Leitungsnetz transportiert. 2009 waren es noch 80 %.

Die Gasimportanteile in der EU im Jahr 2013

- Russland: 39 %,
- Norwegen: 33 %,
- Nordafrika (Algerien und Libyen): 22 % und
- andere Import-Quellen: 4 %.

Der LNG-Anteil stieg im Jahr 2011 als Folge des russisch-ukrainischen Gaskonfliktes von 2009 auf 20 %. Allerdings fiel der Anteil dann 2013 auf 15 % aufgrund der höheren Gaspreise in Asien wieder ab, da LNG-Importe gegenüber Pipelineinfuhren zu teuer wurden.

Polen hat sich für eine „Rehabilitierung“ eines sauberen Kohleverbrauchs

ausgesprochen, um den heimischen Gasverbrauch zu verringern. Eine weitere kurzfristige Maßnahme könnten verstärkte LNG-Importe sein, da sich die Zahl der LNG-Terminals erhöht hat. In naher Zukunft wird es noch mehr Terminals in Polen, Litauen und Kroatien geben. Das Hauptproblem ist nicht ein

Nach der Gaskrise 2009 hat die EU ihre Energieversorgungssicherheit mittels **DIVERSIFIKATION** verbessert.

Mangel an LNG-Importkapazitäten, sondern die damit verbundenen Kosten. Die EU verfügt zurzeit über 22 LNG-Importterminals mit einer Gesamtkapazität von 196 bcm. Sechs neue LNG-Terminals befinden sich im Bau, ihre Kapazitäten belaufen sich auf 32 bcm. Weitere 32 LNG-Importterminals waren ursprünglich geplant, doch dürfte nur ein Bruchteil von ihnen aufgrund des stagnierenden Gasverbrauchs in Europa bis 2020, der wirtschaftlichen Rezession und der höheren Gasimportpreise in Asien gebaut werden. Doch die Situation auf dem globalen LNG-Markt könnte sich schnell ändern, falls die japanische Regierung wieder einen erheblichen Teil ihrer Kernenergiekapazität in Betrieb nimmt, wie sie es vorsieht.

Die EU könnte sicherlich schon heute weitaus mehr LNG importieren, da ihre LNG-Importterminals im Jahr 2013 nur 73 % ihrer Wiederverdampfungskapazitäten nutzten. Während der letzten zwei Jahre reduzierte Europa seine LNG-Im-

porte um 45 %. 2013 importierte die EU 46 bcm, ein Jahr zuvor waren es noch 65 bcm. Der Höchstwert wurde 2011 mit 90 bcm erzielt. Spanien allein verfügt über 38 % der gesamten LNG-Kapazität der EU. Es könnte anderen EU-Ländern helfen, indem es seine LNG-Importe um mindestens 14 bcm erhöht. Mittel- und langfristig wird die EU eher in der Lage sein, ihre Pipelinegasimporte durch eine Erhöhung ihres LNG-Importanteils zu reduzieren. Schließlich werden weltweit derzeit neue LNG-Projekte mit einer Kapazität von rund 150 bcm errichtet, was die Prognosen für den wachsenden Verbrauch in Asien und Europa überbieten dürfte.

Auch die neuen Gasverbindungen zwischen den 28 Mitgliedsstaaten, v. a. in CEE als Teil des geplanten Nord-Süd-Gaskorridors der EU, werden die „EU-Energieinseln“ künftig miteinander verbinden. Sie erlauben, zusammen mit den teilweise schon umgesetzten Reverse-Flow-Kapazitäten, im Krisenfall eine viel bessere und flexiblere Gasversorgung. Allerdings sind noch nicht alle gebaut. Daher könnten die kurzfristigen Maßnahmen der EU, zumindest für einige Mitgliedsstaaten, noch nicht ausreichend sein, was am Ende den gesamten europäischen Gasmarkt beeinträchtigen würde.

Die neue Energiesicherheitsstrategie der EU

Mehrere neue Analysen zur aktuellen und künftigen Gasversorgungssicherheit in der EU sind zu dem Ergebnis gekommen, dass ein 90 Tage andauerndes Lieferdefizit in Europa durch eine Kombination von verschiedenen anderen Maßnahmen und Quellen überstanden werden könnte. Das wichtigste Element hierfür sind die Gasspeicherkapazitäten.

Selbst die baltischen Staaten, die noch immer komplett vom Gazprom-Gas abhängig sind, haben inzwischen eine Reihe von Gegenmaßnahmen getroffen, um jedweden Kürzungen begegnen zu können. Die Europäische Kommission hat vor dem Hintergrund des Risikos einer Versorgungsunterbrechung in diesem Winter vorgeschlagen, einen Stresstest des Energiesystems der EU durchzuführen, der bis September 2014 abgeschlossen sein und neue detailliertere Erkenntnisse für neue Robustheitskonzepte (resilience) liefern soll. Sie forderte die Mitgliedsstaaten auf, einen Notfallvorsorge- und einen Notfallmaßnahmenplan zu entwickeln. So sollen die Widerstandsfähigkeit und die Möglichkeiten zur kurzfristigen Reduzierung des Energiebedarfs verbessert werden.

Einige neue Analysen sind sogar noch optimistischer. Sie kommen zu dem Schluss, dass selbst Russlands jährliche Gasexporte über 130 bcm in die EU und über 160 bcm nach ganz Europa innerhalb eines Jahres ersetzt werden könnten. Gleichwohl dürfte dies schwierig werden und die Kosten für ein derartiges Unterfangen könnten sich auf einen Wert zwischen 3 und 20 Milliarden Euro belaufen. Doch immerhin könnten mittelfristig die EU-28 – mit Italien, Deutschland und Polen an der Spitze – bis 2020 mindestens 45 bcm der jährlichen russischen Gasexporte nach Europa im Gesamtwert von 18 Milliarden US-Dollar ersetzen, wie eine Reuters-Analyse feststellte. Dies umfasst verschiedene Maßnahmen wie die Steigerung der Energieeffizienz über die fort-

Vorschlag und Einschätzung eines Multimaßnahmenkatalogs zur Gasversorgungssicherheit in Krisenzeiten (Brügel-Institut, Brüssel)

- alternative Gaslieferungen: Norwegen 20 bcm, Nordafrika 5 bcm, LNG-1: 30 bcm, LNG-2: 30 bcm, Niederlande: 20 bcm;
- Umstellung auf andere Energien: Stromerzeugung 40 bcm, Wärmeenergieerzeugung aus Öl 10 bcm;
- Reduzierung des Konsums: Industrie 15 bcm, Haushalte 20 bcm;
- insgesamt: 190 bcm.

Die Kommission hat in ihrer am 28. Mai 2014 neu veröffentlichten Energiesicherheitsstrategie zudem Folgendes vorgeschlagen

- eine Erhöhung der Energieproduktion der Hauptlieferanten durch ein verstärktes Engagement der EU bei den Lieferländern, solange, bis die notwendige Infrastruktur vorhanden ist;
- wo die Produktion nicht erhöht werden kann, ein vorübergehendes Umleiten der weltweit verfügbaren Gasressourcen, insbesondere von LNG;
- Koordinierung auf EU- und / oder nationaler Ebene, Risikobewertungen und Notfallpläne auf regionaler Ebene sowie
- die Bündelung eines Teils der bestehenden Energiesicherheitsbestände auf EU- und internationaler Ebene in einer virtuellen gemeinsamen Kapazitätsreserve.

gesetzte Umstellung von Gas auf saubere Kohle (Polen) bis zur Diversifizierung der Gasimporte (LNG, Aserbaidshan, neu entdeckte Offshore-Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer im Levante-Becken). Eine mittel- und langfristige Strategie der EU zur Ersetzung des russischen Gases mittels einer Vielzahl von Gegenmaßnahmen ist einfacher als eine kurzfristige Lösung, erfordert aber auch zusätzliche umfangreiche und zeitnahe Investitionsentscheidungen.

Schlussfolgerung und strategische Perspektiven

Die strategische Frage für die EU lautet nicht länger, ob Europa eine alternative Gasimportversorgung und Diversifikationsmöglichkeiten hat. Es geht vielmehr darum, ob die EU-Mitgliedsstaaten den gemeinsamen politischen Willen und die strategische Vision aufweisen, sich dem politischen Druck Russlands zu widersetzen. Können sie kohärente nationale und EU-weite Strategien formulieren, um ihre nationalen Interessen in Einklang mit der gemeinsamen EU-Energie- und Diversifizierungspolitik zu bringen? Die Unterstützung für die South-Stream Pipeline seitens Bulgariens, Italiens, Österreichs, Serbiens und Kroatiens unterstreicht derzeit die Kluft zwischen den abgegebenen EU-Erklärungen und der Politik einiger Mitgliedsstaaten, die auf Kosten des einheitlichen Energiebinnenmarkts und der kollektiven Energiesicherheit geht.

Das neu erklärte Interesse der EU am Ausbau der LNG-Importe kommt allerdings zu einem Zeitpunkt, an dem die europäischen und globalen LNG-Märkte rasante und signifikante Veränderungen durchlaufen. Europa muss für das LNG mit den höher bewerteten Gasmärkten in Asien konkurrieren.

Europa befindet sich bereits mitten in einem Preis-Konflikt und in einem Wettbewerb zwischen traditionellen ökonomischen Verträgen und den neuen Hub-basierten Spotmarktverträgen. Dies basiert auch auf den konkurrierenden geopolitischen und geowirtschaftlichen Interessen zwischen Europa und Russland. Die Vervollständigung des EU-Gasmarktes wird durch einen schrittweisen Übergang zu Hub-basierter Gaspreisgestaltung und zu einem Gas-zu-Gas-Markt begleitet, wo der Preismechanismus nicht mehr der Ölpreis ist, sondern der Gasmarkt als Folge des Angebot-Nachfrage-Gleichgewichts. Unkonventionelles Gas – Schiefergas, Tight Gas und Kohle-Methan – ist auf der ganzen Welt reichlich vorhanden und verglichen mit den verbliebenen Ressourcen an herkömmlichem Gas steht weitaus mehr zur Verfügung. Dies fordert auch die Marktmacht der Erzeu-

Die EU-LÄNDER müssen neben ihren nationalen Interessen eine gemeinsame Energie- und Diversifizierungsstrategie entwickeln.

gerländer sowie die potenziellen Exportkartelle wie das „Gas Exporting Countries Forum“ (GECF) heraus und stärkt die Position der Verbraucherländer. Dies hat umfassende geopolitische und geökonomische Auswirkungen auf die globalen Gasmärkte, die allerdings häufig in Europa und Deutschland noch unterschätzt werden.

Konfrontiert mit einer stagnierenden oder sogar abnehmenden Gasnachfrage in Europa, seinem wichtigsten Exportmarkt, ist Russland nun bemüht, seine Position in den energiehungrigen ostasiatischen Märkten zu stärken, wie dies jüngst beim Abschluss eines 400 Mrd. teuren Gasgeschäftes zwischen Russland und China deutlich wurde. Dieses sieht den Bau einer 38 bcm Gaspipeline, die 2018/2019 in Betrieb gehen soll, vor. Doch auch danach bleibt Russland auf den europäischen Gasabsatzmarkt angewiesen. So gingen 2012 nur 7 % der gesamten Gasexporte Russlands an asiatische Kunden. Zudem ist zwischen 2000 und 2012 die Abhängigkeit des russischen Staatshaushaltes von den Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor sogar noch von 47 % auf 50 % gestiegen. Gegenwärtig resultieren nur 20 % seiner Energieeinnahmen für den Staatshaushalt aus Gasexporten. Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Russlands wird mehr denn je von den Ölexporten abhängig sein, die rund 80 % seiner Einnahmen aus dem Energiesektor garantieren. Hierauf sind nun die neuesten Sanktionen des Westens gerichtet, da Russland zur Erschließung der schwierigen und extrem teuren Offshore-Ölfelder in der Arktis und der russischen Schieferölreserven auf die finanziellen, technischen und operativen Fähigkeiten der westlichen, vor allem auch der amerikanischen, Öl- und Ölservicekonzerne angewiesen ist und so Russlands sowie Putins ökonomisch-finanzielle Machtbasis gefährden. ///



/// DR. FRANK UMBACH

ist **Forschungsdirektor am European Centre for Energy and Resource Security (EUCERS), King's College, London** sowie **Senior Associate des Centre for European Security Strategies (CESS GmbH), München** und **Senior Fellow des U.S. Atlantic Council, Washington D.C.**

/// Neue Instrumente für neue Rahmenbedingungen

OPTIONEN DER DEUTSCHEN GASPOLITIK

STEFFEN BUKOLD /// Noch vor wenigen Jahren galt Erdgas als ideale und sichere Brückentechnologie für die kommenden Jahrzehnte. Es sollte die umweltschädliche Kohle verdrängen, Wind- und Solarstrom flexibel ergänzen und sich nach erfolgreicher Energiewende weitgehend aus dem Markt verabschieden. Aber wie so häufig in der deutschen Energiepolitik wurden internationale Aspekte ausgeklammert, und so stellt sich die Lage heute anders als erwartet dar.

Neue Rahmenbedingungen Versorgungssicherheit

Die Ukraine- und Russland-Krise hat schlagartig daran erinnert, dass wir fast vollständig von Gas- und Ölimporten abhängig und politisch nicht in der Lage sind, diese Versorgung zu sichern. Die deutsche Energiepolitik hat diese Abhängigkeit über Jahrzehnte hinweg akzeptiert, ja sogar bewusst herbeigeführt. Das geschah zunächst mit guten außen- und umweltpolitischen Gründen, aber im Laufe der Zeit wurden Fragen der Energieversorgungssicherheit immer stärker an die deutschen Gaskonzerne delegiert und dort kurzfristigen Profitinteressen untergeordnet. So konnte es geschehen, dass im Fall von Russland der energiepolitische Grund-

satz der Diversifizierung von Importquellen außer Kraft gesetzt wurde: 38 % der deutschen Gasimporte und 34 % der Ölimporte kamen 2013 von dort. Diese Abhängigkeit wird sich eher noch vergrößern, denn die EU ist die einzige Wirtschaftsmacht, in der die heimische Gas- und Ölförderung rasant zurückgeht.

Die deutsche Energiepolitik hat bewusst auf Import und damit **ABHÄNGIGKEIT** gesetzt.

Gaspreise

Die internationalen Gaspreise sind ebenso wie die Steinkohlenpreise auf dem niedrigsten Stand seit vier Jahren. Das verringert die Attraktivität neuer energiepolitischer Ansätze und steht im Widerspruch zu fast allen bisherigen Preisszenarien.

Nicht nur die absoluten Gaspreise haben sich unerwartet entwickelt. Auch die relativen Preisunterschiede zwischen den großen Wirtschaftsregionen veränderten sich drastisch: Erdgas kostet in den USA nur halb so viel wie in Westeuropa. In Fernost (Liquefied Natural Gas (LNG)-Importe) lagen die Gaspreise lange Zeit etwa 50 % höher als in der

EU, aber aktuell schrumpft der Preisabstand auf zeitweise nur noch 10 bis 20%.

Die Öl-Gas-Preisschere

Während v. a. in den USA Gas immer billiger wurde, blieb Öl in den letzten Jahren hartnäckig teuer. Diese Preisdifferenz hat erhebliche negative Folgen für die deutsche Chemiebranche und darüber hinaus. In Europa werden viele chemische Produkte traditionell aus Naphtha, einem Bestandteil von Rohöl, hergestellt. Das Cracken (Aufbrechen) von Naphtha erzeugt einen breiten Mix von Chemikalien, an den sich die nachgelagerten Branchen produktionstechnisch angepasst haben. In den USA dominiert

in der Petrochemie jedoch der Einsatz von Ethan, das im Erdgas enthalten ist. Ethan-Cracker stellen insbesondere Ethylen, die wichtigste Basischemikalie der Welt, zu unschlagbar niedrigen Kosten zur Verfügung.

Die Öl-Gas-Preisschere hat **NEGATIVE Folgen für die deutsche Industrie.**

Derzeit ist Ethylen, das aus europäischem Naphtha (erdölbasiert) hergestellt wird, etwa drei Mal so teuer wie Ethylen aus amerikanischem Ethan (erdgasbasiert). Die Schließung der Naphtha-Cracker in Europa, die auf den Exportmärkten kaum noch Chancen haben, wäre für sich genommen industriepolitisch verkraftbar, aber damit werden Rohstoff- und Wertschöpfungsketten gefährdet, die weit darüber hinausgehen. Da die Spezialchemie an vielen Standorten ein wichtiges Element in regionalen Forschungs- und Produktionsclustern ist, wären auch andere Branchen von der Krise betroffen wie etwa die Fahrzeugtechnologie. Somit stellen die fallenden Erdgaspreise, und zusätzlich die besonders in den USA niedrigen Gaspreise, für Deutschland ein industriepolitisches Risiko dar, das näher beleuchtet werden sollte. Das gilt darüber hinaus für den gesamten europäischen Downstream-Bereich, denn das „Raffineriesterben“, das erst jetzt in Brüssel und Berlin registriert wird, hat durchaus ähnliche industriepolitische Konsequenzen.

Welche Rolle spielt Erdgas im Energiemix?

Aus der „Brücke“ Erdgas wird allmählich „Festland“: Ein enormer Aufschwung der Schiefergasförderung in

den USA verstärkt den Eindruck, dass Gas, anders als Öl, kein knapper Energieträger ist. Kohle und Photovoltaik verdrängen unterdessen Gas aus dem deutschen Strommarkt, also ausgerechnet aus dem Sektor, in dem Gas eine zentrale Rolle bei der Energiewende spielen sollte. Neue Gaskraftwerke gelten mittlerweile aufgrund der geringen Laufzeiten und der ungeklärten strompolitischen Rahmenbedingungen als Risikoinvestment. Die energiepolitische Rolle von Erdgas ist dadurch völlig unklar geworden.

Die gaspolitische Diskussion – Optionen und ihre Bewertung

Auch wenn es bislang zu keinen Lieferstörungen in Deutschland gekommen ist, hat der Ukraine-Russland-Konflikt die gaspolitische Diskussion stark belebt: Wie kann man kurzfristig und langfristig reagieren, um die noch latenten, aber vielleicht schon bald manifesten Versorgungsrisiken zu entschärfen?

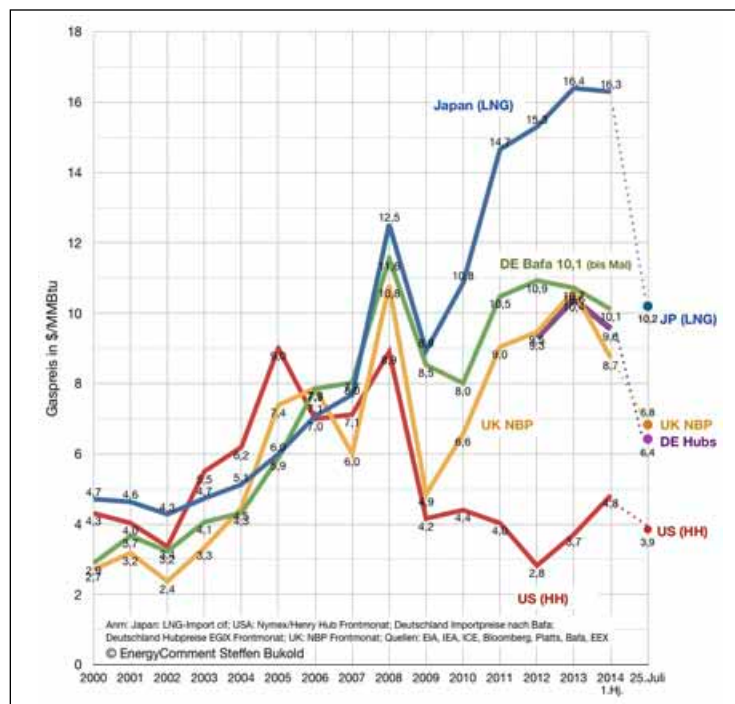
Die nachfolgende Tabelle präsentiert eine Übersicht der Optionen für das Krisenmanagement bei Lieferstörungen sowie für angebotspolitische und nachfragepolitische Maßnahmen.

Krisenmanagement

Die permanente Verbesserung und Anpassung von Notfallplänen ist zweifellos sinnvoll und wird auch angegangen.

Mittelfristig noch wichtiger ist die schrittweise infrastrukturelle Integri-

Abbildung 1: Entwicklung der internationalen Gaspreise 2000-2014



Quelle: EnergyComment: Global Energy Briefing Nr.101, Hamburg 2014

Der Ukraine-Russland-Konflikt birgt VERSORGUNGSRISIKEN.

Abbildung 2:
Gaspolitische
Optionen

	Krisenmanagement	Angebotspolitik	Nachfragepolitik
	Gasspeicher ausbauen	Auf andere Energieträger ausweichen	Raumwärme - Bedarf verringern
	Notfallpläne entwickeln	Pipelineimporte erhöhen	Industrie - Nachfrage verringern
	Netzintegration verbessern	Höhere LNG-Importe	Kraftwerke - Nachfrage verringern
	Kaufoptionen für zusätzliche LNG-Lieferungen	Bau LNG Terminals	
		Schiefergas fördern	

Quelle: EnergyComment

Bewertung der Maßnahmen bzw. Politikfelder:
grün = nützlich; gelb = Nutzen fraglich oder unklar; rot = Nutzen gering

on des europäischen Gasnetzes. Sie wird bislang durch nationale Monopole und Oligopole extrem verzögert. Ohne eine Einigung auf EU-Gipfebene wird es hier nicht vorangehen. Erst eine bessere Netzintegration durch zusätzliche / größere Pipelines sowie leistungsstärkere Kompressoren (auch zur Umkehrung der Fließrichtung) ermöglicht eine umfassende Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten, v. a. für die ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, die weniger gut aus Norwegen, Niederlande oder über LNG-Terminals aus Übersee versorgt werden können.

Etwas komplizierter ist die Bewertung neuer Gasspeicher. Die Kosten wä-

ren enorm und ausgerechnet für die finanzstarken EU-Staaten unattraktiv, da z.B. Deutschland oder die Benelux-Staaten bereits gut versorgt sind, während Erdgas in Schweden, Dänemark oder Finnland fast keine Rolle spielt. Statt Speicher neu zu bauen, wäre es wohl sinnvoller, den Betrieb stärker staatlich zu regulieren und nicht, wie derzeit geplant, ausgerechnet an Gazprom zu verkaufen.

Eine einfachere und billigere Alternative zu Gasspeichern wäre der Kauf von Optionen für LNG-Lieferungen (LNG = tiefgekühltes Flüssiggas auf Tankern). Sie könnten im Krisenfall bei LNG-Exporteuren wie Qatar oder (ab 2016) den USA eingelöst werden und so kurzfristig und relativ unkompliziert die Versorgungslage in Europa verbessern.

Angebotspolitik

Im Prinzip kann Erdgas in fast allen Anwendungsbereichen durch andere Energierohstoffe ersetzt werden. Das ist allerdings nur im Strombereich kurzfristig

Eine **ALTERNATIVE** zu Gasspeichern ist der Kauf von Optionen für LNG-Lieferungen.

Abbildung 3:
Erdgassubstitute
nach Sektoren

Alternativen zu Erdgas nach Sektoren	kurzfristige Alternative	langfristige Alternative
Raumwärme (Haushalte/ Gewerbe)	Heizöl Wärmepumpen (Strom)	Dämmung
Prozesswärme (Industrie)	Ölprodukte Kohle Strom	Ölprodukte Kohle Strom
Gaskraftwerke	Kohle	EE plus Netzintegration Speicher
Petrochemie	Naphtha (Öl)	Kohlechemie

Quelle: EnergyComment

machbar. Außerdem ergeben sich dadurch Zielkonflikte durch höhere Umwelt- und Klimabelastungen, höhere Kosten oder Importrisiken, wie die folgende Übersicht zeigt.

Bei aller Brisanz der Ukraine-Russland-Krise gilt daher: Die aktuelle Diskussion sollte die Erdgaspolitik nicht überfrachten. Das größere Problem ist und bleibt das Erdöl. Hier zeichnen sich mittelfristig Verknappungen und damit dauerhafte Knappheitspreise ab. Angesichts der geringen globalen Reserveförderkapazitäten von 2 bis 3 % der Welt-nachfrage könnte jede zusätzliche Krise die seit 2011 stabilen, wenn auch hohen Ölpreise wieder auf ihren steilen Aufwärtspfad zurückführen. Und anders als bei Erdgas stehen bei einer Lieferstörung für Benzin, Kerosin oder Diesel keine befriedigenden Substitute bereit. Lediglich die verstärkte Gebäudedämmung, die allerdings schon in den Bereich Nachfragepolitik fällt (siehe nachfolgend), sowie der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien in Verbindung mit besserer Netzintegration und

Stromspeichern bieten sich hier als langfristige, dafür aber nachhaltige Lösungen an.

Höhere Gasimporte der EU via Pipeline sind nur in sehr begrenztem Umfang möglich. Norwegen, Großbritannien und Algerien können keine zusätzli-

Höhere LNG-Importe können Versorgungslücken schließen, sind aber TEUER.

chen Mengen liefern. Es bleiben nur die Niederlande, die derzeit aus rechtlichen Gründen die Förderung im Groningen-Feld, dem größten Gasfeld Europas, beschränken, da es wiederholt zu förderbedingten Erdbeben gekommen ist. Die zusätzlichen Mengen aus den Niederlanden, die zudem eine geringere Qualität als russisches Gas haben, würden jedoch nicht einmal ansatzweise ausreichen, um einen Ausfall russischer Gasimporte auszugleichen (ca. 20 billion cubic metres (bcm) von 120 bcm).

Höhere LNG-Importe sind im Krisenfall zweifellos ein probates Mittel, um Versorgungslücken zu schließen. Sie sollten im Zusammenhang mit der europäischen Integration des Gaspipeline-netzes gesehen werden, da v. a. Ost- und Südosteuropa von russischen Lieferausfällen betroffen wären, die meisten LNG-Terminals jedoch in Süd- und Westeuropa liegen.

Zusätzliche LNG-Importe, die nicht schon vorab durch Kaufoptionen im Markt abgesichert wurden, können jedoch sehr teuer werden, denn über 90 % der Mengen sind durch langfristige Lieferverpflichtungen blockiert. Erst die

neuen amerikanischen LNG-Terminals werden ab 2016 die kurzfristig verfügbaren Mengen spürbar erweitern. Während in entspannten Marktsituationen um die 11 \$/MMBtu zu zahlen sind, was nur etwa 10 % über den aktuellen deutschen Pipeline-Importkosten liegt, klettern die Preise für LNG rasch Richtung 20 \$/MMBtu, wenn der Markt eng wird. Hier wäre also zu überlegen, wie schon zuvor angesprochen, ob das öffentliche Gut der Versorgungssicherheit die staatliche Finanzierung von LNG-Kaufoptionen rechtfertigt.

Der Bau zusätzlicher LNG-Importterminals erübrigt sich weitgehend, da

Eine verstärkte Erschließung von Schiefergas ist **KEINE** Option.

das bestehende europäische Terminalnetz nur zu etwa 25 % ausgelastet ist. Neue Terminals sind lediglich in den Peripherien (Baltische Staaten, Südosteuropa) eine sinnvolle Option, solange die Netzintegration unzureichend ist.

Die forcierte Erschließung von Schiefergas stellt hingegen keine sinnvolle energiepolitische Option dar. Die beträchtlichen Risiken für Wasser und Luft sowie die Erdbebenrisiken sind bereits vielfach beschrieben worden. Unterschätzt werden noch immer die Auswirkungen des enormen Schwerlastverkehrs, der für die Ver- und Entsorgung mehrerer Tausend Bohr- und Förderstellen notwendig ist. Die Straßenschäden, Unfallrisiken, Staus und der Wertverlust nahegelegener Immobilien dürften sich auf Beträge summieren, die in keinem Verhältnis zu den eher begrenzten Schiefergasfördermengen stehen.

Die staatliche BGR schätzt, dass es in Deutschland etwa 13.000 bcm Schiefergas gibt, wovon 10 % technisch förderbar sind, also ungeachtet der Kosten. Überträgt man großzügig Erfahrungen aus den USA, sind davon nur etwa 20 % ökonomisch förderwürdig, also etwa 250 bcm. Zieht man geschützte Regionen ab (Trinkwasser u. a.) bleiben um die 200 bcm. Realistischerweise muss mit mannigfachem lokalen Widerstand gerechnet werden, so dass die tatsächlich verfügbare Fördermenge wohl deutlich unter 200 bcm bleiben dürfte. We-

gen des hohen Aufwandes und der begrenzten technischen Ressourcen der hiesigen Gasbranche (Zahl der Bohranlagen, Personal etc.) wird es mindestens 20 Jahre dauern, diese Mengen sukzessive anzubohren und zu fördern.

Denkbar wäre also eine maximale Schiefergasmenge von bis zu 10 bcm Erdgas pro Jahr, was bis zu 11 % des deutschen Gasbedarfs decken könnte. Tatsächlich würden lokaler Widerstand und rechtliche Auseinandersetzungen wohl nur 5 bis 6 % ermöglichen. Und nach 20 Jahren wäre die Importabhängigkeit wieder genauso groß wie zuvor, da bis dahin die Schiefergasressourcen verbraucht wären.

Nachfragepolitik

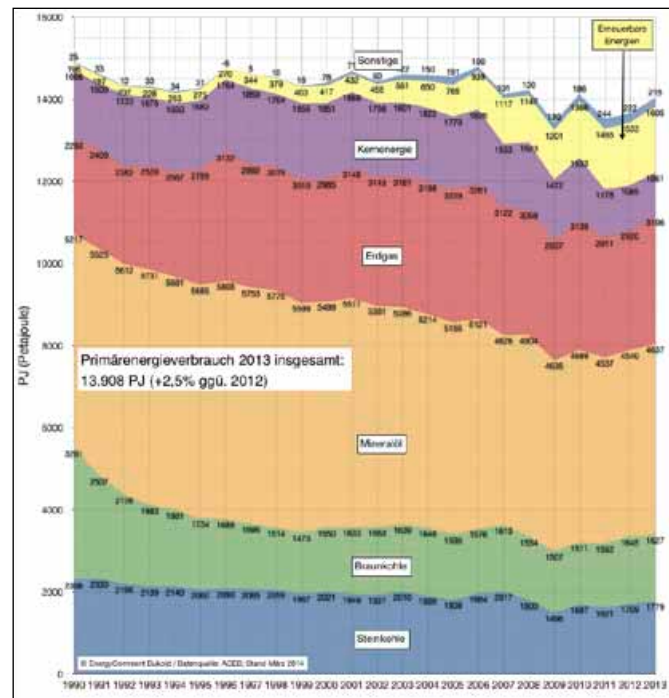
Erdgas ist in Deutschlands Primärenergiemix nach Öl und Kohle der drittgrößte Energieträger. Der Verbrauch stieg bis in die 90er-Jahre hinein steil an und stagniert seither. Gas wird vor allem in privaten Haushalten (Raumwärme) und in der Industrie (Prozesswärme, stoffliche Verwendung) eingesetzt. Der Verbrauch in Gaskraftwerken ist demgegenüber relativ gering. Die Anteile der wichtigsten Sektoren schwanken Jahr für Jahr je nach Witterung und Konjunktur. Im Schnitt der letzten Jahre wurde Erdgas fast ausschließlich in drei Sektoren verbraucht, nämlich 50 % für Raumwärme bzw. Warmwasser in Wohnungen oder gewerblich genutzten Räumen, 35 % benötigt die Industrie als Prozesswärme oder stofflich (Petrochemie) und 10 bis 15 % für Gaskraftwerke (Strom).

Auf der Nachfrageseite kann die Industrie- und Stromseite im Krisenfall kurz- und langfristig ihren Gasbedarf reduzieren, indem sie auf Substitute ausweicht. Aber das Potenzial ist hier gering, solange man nicht massiv in den

Geht uns bald die Energie aus? Die EU hat sich bei Öl und Gas beinahe zu 100 % importabhängig gemacht, nicht zuletzt auch, weil die Politik lange Zeit die Energieversorgungssicherheit den Konzernen und deren Interessen überlassen hat.



Abbildung 4: Primärenergieverbrauch in Deutschland 1990-2013



betrieblichen Ablauf eingreifen will. Der Erdgasverbrauch der Kraftwerke ist im Moment ohnehin auf einem langjährigen Tiefpunkt.

Längerfristig bietet sich auf der Nachfrageseite der Gaspolitik deshalb vor allem eine Beschleunigung bei Gebäudesanierungen und eine höhere Neubauquote an. Über 49 % der Wohnungen in Deutschland werden mit einer Gasheizung gewärmt, weitere 13 % mit Fernwärme, die zum Teil durch Erdgas produziert wird. Heizöl versorgt 29 % der Wohnungen. Jedes moderne Gebäude verringert die Importe von Gas und Öl verlässlich über 100 Jahre. Modernisierung und Neubau stellen insofern eine defensive, aber äußerst wirksame und

nachhaltige Maßnahme für eine Entschärfung der Importabhängigkeit dar.

Fazit

Die aktuellen Vorschläge zur Sicherung der deutschen Gasversorgung haben eines gemeinsam: Sie kommen zu spät. Über Jahrzehnte hinweg war die deutsche Energiepolitik zu sehr als Nabelschau konzipiert, während internationale Aspekte vernachlässigt oder der Beurteilung durch die großen deutschen Gas- und Stromkonzerne bzw. durch die internationalen Ölkonzerne überlassen wurde.

Die Importabhängigkeit der EU bei Öl und Gas bewegt sich Richtung 100 %. Das sollte als energiepolitisches Problem begriffen werden, dessen Lösung nicht

allein den Märkten und Unternehmen überlassen werden kann. Die gaspolitische Diskussion konzentriert sich zudem zu einseitig auf die Angebotsseite, obwohl die Probleme fossiler Importabhängigkeit dadurch oftmals nur umgeschichtet werden. Auch LNG-Importe sind technisch und politisch nicht ohne Risiken (vgl. Algerien, Qatar, Nigeria, Angola).

Lohnender erscheint hingegen ein kombinierter Ansatz, der

- langfristig den Erdgasbedarf nachhaltig reduziert, sei es durch die Modernisierung von Gebäuden (Raumwärme) oder durch den Einsatz erneuerbarer Energien;
- mittelfristig das europäische Pipeline- und Terminalnetz besser integriert und
- kurzfristig über den Kauf von Lieferoptionen für LNG-Ladungen Versorgungslücken abdeckt.

Gebäudesanierung und Neubauten VERRINGERN nachhaltig den Energieverbrauch.

Darüber hinaus sollte eine Debatte über die zukünftige Rolle von Erdgas im deutschen Energiemix stattfinden. Die mittelfristigen Preistrends bei Gas und Kohle arbeiten nicht mehr zugunsten der Attraktivität erneuerbarer Energien. Auch die These einer absehbaren Verknappung fossiler Energierohstoffe gilt nur für Erdöl, nicht aber für Erdgas oder gar Kohle. Es wird also vor 2050 keinen quasi automatischen, marktgesteuerten Übergang in eine postfossile Energieversorgung geben.

Die enorme Preisschere zwischen Öl und Gas wird voraussichtlich über lange Zeit Bestand haben, vermutlich sogar

Wirtschaft und Gesellschaft dürfen sich nicht von einem **UN SICHEREN** Energieträger abhängig machen.

anwachsen. Das sollte Konsequenzen für die Industriepolitik (Naphtha-Chemie), die Wärmepolitik (Abbau alter Ölheizungen) und die Verkehrspolitik (bzw. die Kraftstoffpolitik) haben. Es ist zu riskant, die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft von einem Energieträger abhängig zu machen, dessen Versorgung geologisch und politisch nicht langfristig gesichert werden kann.

Die aktuelle Ukraine-Russland-Krise sowie die Krisenherde im Irak, in Libyen u. v. m. zeigen deutlich, dass Energieeffizienz und erneuerbare Energien auch eine Sicherheitsdividende mit sich bringen. Das Projekt der Energiewende sollte also nicht nur nach klimapolitischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet werden. Der Nutzen reicht weit darüber hinaus. ///



/// DR. STEFFEN BUKOLD

ist Leiter des Forschungs- und Beratungsbüros EnergyComment und Herausgeber des Global Energy Briefing, Hamburg.

/// Nur ein Sturm im Wasserglas

EUROPAWAHL 2014 IN BAYERN

FLORENS MAYER /// Innerhalb von nur neun Monaten wurden die bayerischen Wählerinnen und Wähler vier Mal an die Wahlurnen gerufen. Nach der Landtagswahl und der Bundestagswahl im vergangenen Jahr sowie den Kommunalwahlen in diesem Jahr bildete die Europawahl im Mai den Abschluss dieses bayerischen Wahlmarathons.

Die Europawahl 2014 in der Ergebnisanalyse

Die Landtags- und Bundestagswahl sorgte durch starke Zugewinne für die CSU für klare Verhältnisse. Die Kommunalwahl brachte der CSU zwar Verluste ein, war jedoch nach eigener Interpretation auch ein Erfolg, da man Landrats- und Bürgermeisterposten hinzugewonnen hatte. Bei der Europawahl fuhr die CSU nach den Worten Horst Seehofer dann allerdings eine herbe Niederlage ein. Die CSU erzielte 40,5 %. Gegenüber der letzten Europawahl verlor sie damit 7,6 Prozentpunkte. Profiteur des schlechten CSU-Abschneidens war die SPD, die sich um 7,3 Prozentpunkte auf nun 20,1 % steigern konnte. Zweiter Verlierer der Wahl war die FDP. Mit 3,1 % (-6 Prozentpunkte) ist die ehemalige bayerische Regierungspartei, genau wie die Linke (2,9 %, +0,6 Prozentpunkte), in Bayern nur noch eine Splitterpartei. Kaum besser erging es den Freien Wählern, die auf 4,3 % (-2,4 Pro-

zentpunkte) kamen. Die Grünen erreichten mit einem schwachen Plus von 0,5 Prozentpunkten 12,1 %. Die Protestpartei AfD kam auf Anhub auf 8,1 %. Das sind 3,8 Prozentpunkte mehr als sie in Bayern bei der Bundestagswahl 2013 erreicht hatte (Graphik 1).

Alter und Bildung **BEEINFLUSSEN** das Wahlverhalten.

Basierend auf den Daten der ARD-Wahltagsbefragung lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen dem Wahlverhalten auf dem Land und dem Wahlverhalten in der Stadt ausmachen. In Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnerzahl schnitt die CSU mit 45 % noch recht stark ab. Mit zunehmender Einwohnerzahl nahm der Stimmenanteil der CSU jedoch ab. In Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern erzielte sie nur knapp 30 %. Dafür kamen die SPD mit



Aus demoskopischer Sicht hat die Union gut daran getan, Angela Merkel eine zentrale Bedeutung in ihrer Wahlkampagne beizumessen.

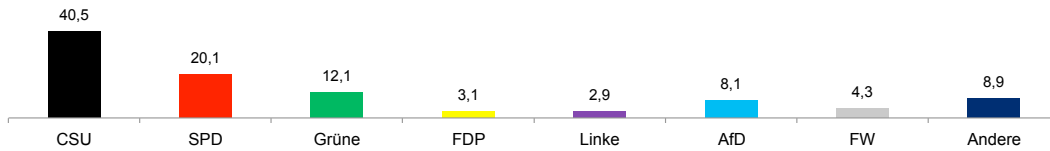
gut 26 % und die Grünen mit gut 16 % hier auf ihre besten Ergebnisse. Auch das Alter sowie das formale Bildungsniveau hatten einen relevanten Einfluss auf das Verhalten. Dabei bestätigte sich bei der Europawahl in Bayern die Regel, dass die CSU mit zunehmendem Alter der Wähler besser abschneidet. Während sie bei den Erstwählern, also bei den 18- bis 22-Jährigen, nur auf rund 30 % der Stimmen kam, lag ihr Stimmenanteil bei den über 70-Jährigen fast doppelt so hoch. Stark, nämlich mit über 50 %, schnitt die CSU auch noch bei Wählern mit Hauptschulabschluss ab. Mit rund 27 % erreichte die SPD bei Männern zwischen 60 und 70 Jahren ihr bestes Ergebnis. Frauen mit Abitur oder Hochschulabschluss wählten besonders häufig die Grünen (23 %). Die

europakritische AfD erzielte grundsätzlich bei Männern deutlich bessere Ergebnisse als bei Frauen.

Licht und Schatten der deutschen EU-Mitgliedschaft

Entscheidend für eine erfolgreiche Positionierung einer Partei im Europawahlkampf und damit für ein erfolgreiches Abschneiden bei der Wahl ist stets die richtige Einschätzung der europapolitischen Stimmung in der Bevölkerung. Zwei große Themen, die die Stimmung negativ beeinflussen hätten können, standen von Anfang an im Raum. Zum einen die europäische Staats- und Schuldenkrise und die daraus entstehenden Lasten für den deutschen Staat, also letztendlich auch für den deutschen Steuerzahler. Es ging um die Frage, wie

Graphik 1: Endgültiges Ergebnis. Die Landeswahlleiterin des Freistaates Bayern.



Quelle: Die Landeswahlleiterin des Freistaates Bayern: Endgültiges Ergebnis, München 2014.

belastbar die Solidarität der deutschen Bevölkerung mit den Krisenstaaten ist. Zum anderen wurden in den Wochen vor der Wahl zunehmend der Einfluss und die vermeintliche Reglementierungswut der Brüsseler Behörden in der Öffentlichkeit diskutiert. Dabei ging es um Salatgurken und Ölkännchen und nicht selten um Halbwahrheiten und längst überholte Sachverhalte.

Den beiden Negativthemen standen in der politischen Auseinandersetzung zwei positive Deutungsansätze der deutschen EU-Mitgliedschaft gegenüber. Erstens wurde die Europäische Union als erfolgreiches Friedensprojekt hervorgehoben, das Europa durch Kooperation, gemeinsame Institutionen, Werte und Interessen Jahrzehnte des Friedens gebracht hat. Zweitens wurde betont, dass eben diese Kooperation auch zu wirtschaftlichem Wohlstand und sozia-

ler Sicherheit in den EU-Staaten und besonders in der Bundesrepublik geführt hat.

Nur wenige Tage vor der Wahl war die bayerische Bevölkerung sowohl für die negativen als auch für die positiven Aspekte der deutschen EU-Mitgliedschaft sensibilisiert. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts, der auch während des Wahlkampfes die Berichterstattung stark prägte, schätzten die Befragten vor allem den Sicherheits- und Schutzaspekt der EU hoch ein. Mehr als drei Viertel der bayerischen Befragten waren der Ansicht, dass die EU besonderen Schutz in Krisenzeiten bietet. Fast genauso viele stimmten der Aussage zu, durch die EU leben wir in Europa sicherer. Doch auch den wirtschaftlichen Vorteil der EU-Mitgliedschaft bestätigte eine deutliche Mehrheit der Bayern (Graphik 2 a).

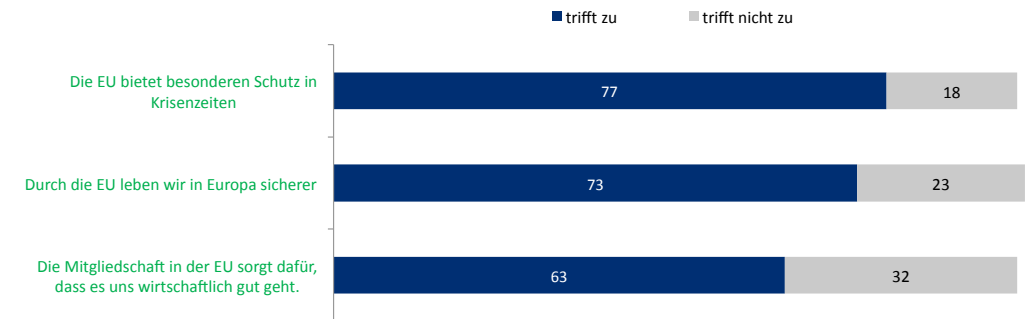
Die Negativliste führte die Aussage, die EU mischt sich in zu viele Dinge ein, an. Ihr stimmten 72 % der bayerischen Befragten zu. Dementsprechend sagten auch 60 %, es wird zu viel in Brüssel entschieden und zu wenig in Deutschland. Der Aussage, die offenen Grenzen in Europa bedrohen unseren Wohlstand, stimmte nur mehr ein Drittel der Bayern zu (Graphik 2 b). Hier wird deut-

lich, eine überwältigende Mehrheit der Bayern sieht in dem EU-Grundsatz Freizügigkeit keine Bedrohung.

Die Bayern sehen sowohl Licht als auch Schatten der deutschen EU-Mitgliedschaft. Unterm Strich ist die EU-Mitgliedschaft jedoch ein sehr positiv besetztes Thema. Die Schattenseiten der

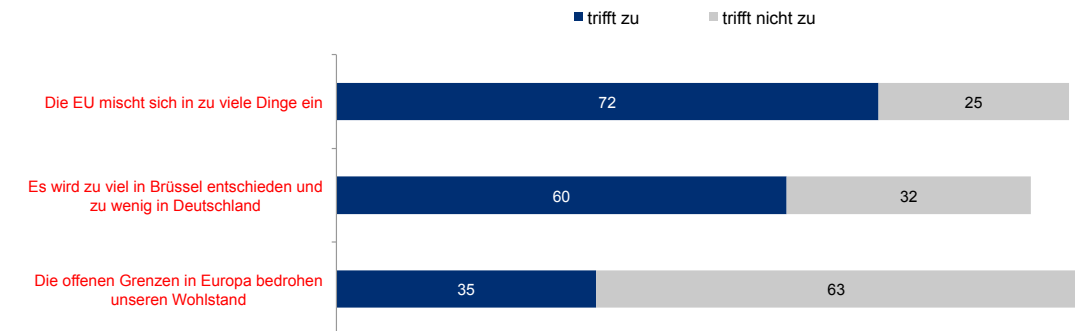
EU-Mitgliedschaft entfalteten bei der Wahlentscheidung der Wähler wenig Wirkung. Denn bei der Frage, welches Thema für ihre Wahlentscheidung bei der Europawahl die größte Rolle spielt, nannten die bayerischen Befragten an erster Stelle die Themen soziale Sicherheit und Friedenssicherung (Graphik 3).

Graphik 2 a: ARD-Vorwahluntersuchung. Frage: Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen über die Europäische Union. Sagen Sie mir bitte für jede, ob diese zutrifft oder nicht zutrifft.



Quelle: Infratest dimap: ARD-Vorwahluntersuchung am 21./22.05.2014. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angaben. Sofern nicht anders gekennzeichnet, wurden nur in Bayern erhobene Fälle verwendet.

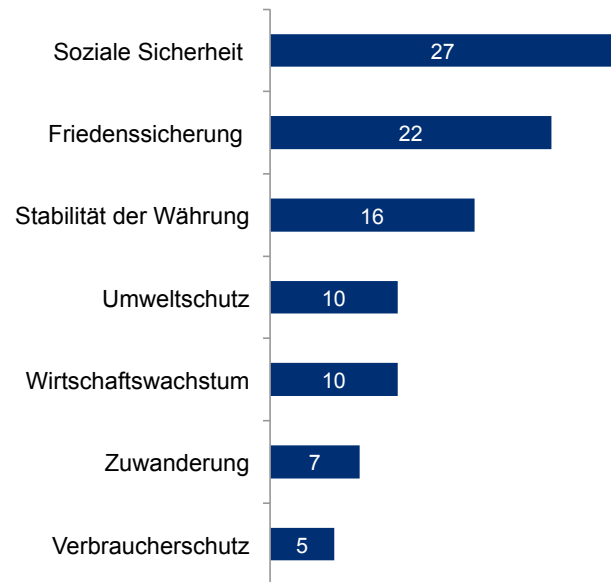
Graphik 2 b: ARD-Vorwahluntersuchung.



Quelle: Infratest dimap: ARD-Vorwahluntersuchung am 21./22.05.2014. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angaben. Sofern nicht anders gekennzeichnet, wurden nur in Bayern erhobene Fälle verwendet.

Die **RICHTIGEN** europapolitischen Themen im Wahlkampf sind entscheidend für das Ergebnis.

Graphik 3: ARD-Vorwahluntersuchung. Frage: Welches Thema spielt für Ihre Wahlentscheidung bei der Europawahl die größte Rolle?



Quelle: Infratest dimap: ARD-Vorwahluntersuchung am 21./22.05.2014. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angaben. Sofern nicht anders gekennzeichnet, wurden nur in Bayern erhobene Fälle verwendet.

Beides sind Aufgaben, für die die EU in den Augen der Bayern bestens geeignet ist. Daher verwundert es auch nicht, dass sich 72 % der Bayern dafür aussprechen, dass die europäischen Länder in den nächsten Jahren enger zusammenrücken und noch mehr gemeinsame Politik machen sollten.

Parteien und Parlamente aus Sicht der Wähler

Ein möglicher Grund für die hohen Verluste der CSU in Bayern waren auch die unionsinternen Auseinandersetzungen über einzelne europapolitische Fragen. Immerhin 64 % der Menschen in Bayern und 49 % der CSU-Anhänger waren un-

mittelbar vor der Wahl der Auffassung, dass CDU und CSU in der Europapolitik nicht die gleiche Linie vertreten. Hier bewahrheitete sich eine Wahlkampfregel einmal mehr: Geschlossenheit zahlt sich aus und politischer Streit geht immer zu Lasten der Streitenden.

Die SPD setzte in ihrem bundesweiten Wahlkampf vor allem auf ihren Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten, Martin Schulz. Diese Rechnung scheint aufgegangen zu sein: Bundesweit gaben 76 % der SPD-Anhänger an, der europaweite Spitzenkandidat Martin Schulz sei ein wichtiger Grund, die SPD zu wählen. Zudem erkennen die SPD-Anhänger die Arbeit

der SPD in der Bundesregierung stärker an, als die Unionsanhänger die Arbeit der Union. 72 % der bundesweiten SPD-Anhänger sagten vor der Wahl, die SPD setzt in der Bundesregierung erfolgreich sozialdemokratische Positionen durch. Nur 61 % der bundesweiten CDU / CSU-Anhänger und 58 % der CSU-Anhänger sagten, die Union setzt um, was sie bei der Bundestagswahl versprochen hat. Jeder dritte Unionsanhänger lehnt diese Aussage ab.

Während die SPD vor allem Martin Schulz plakatierte, lächelte von vielen Unionsplakaten Angela Merkel. Aus demoskopischer Sicht hat die Union gut daran getan, Angela Merkel eine zentrale Bedeutung in ihrer Kampagne beizumessen. Bundesweit stimmten vor der Wahl 68 % der Befragten und in Bayern sogar 73 % der Befragten der Aussage zu, Angela Merkel hat dafür gesorgt, dass es den Deutschen trotz der Krisen gut geht. Nach ihrem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl haben sich die Grünen nur leicht stabilisieren können. Ein Grund für die derzeitigen Schwierigkeiten der Grünen ist offensichtlich ihr Spitzenpersonal. 81 % der Bayern sagen, den Grünen fehlt überzeugendes Führungspersonal. Allerdings bescheinigen den Grünen 58 % der Bayern, dass sie sich am stärksten um die Interessen der Verbraucher bemühen. Fast 40 % sind der Meinung, die Grünen machen eine gute Oppositionsarbeit.

Die AfD ist ein Sammelbecken für unterschiedliche Proteststimmungen in der Bevölkerung. 63 % der bayerischen AfD-Wähler wählten die Partei nicht aus Überzeugung, sondern weil sie von anderen Parteien enttäuscht sind. Die Kritik der AfD-Wähler zielt auf den euro- und europapolitischen Kurs der

Bundesregierung. Bundesweit finden es 69 % der AfD-Anhänger gut, dass es mit der AfD eine Partei gibt, die sich grundsätzlich gegen den Euro ausspricht. Im AfD-Lager versammeln sich neben Europakritikern noch Politik- und Parteienverdrossene, die in der AfD ein Mittel sehen, ihrer grundsätzlichen Enttäuschung Ausdruck zu verleihen. 92 % der AfD-Anhänger in Deutschland sagen, AfD zu wählen ist eine gute Möglichkeit, den anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen. Schließlich verdankt die AfD ihren Erfolg in hohem Maße der geringen Wahlbeteiligung (40,8 %) im Freistaat. Dadurch fielen die Stimmen für die AfD weit stärker ins Gewicht, als sie es bei einer hohen Wahlbeteiligung getan hätten.

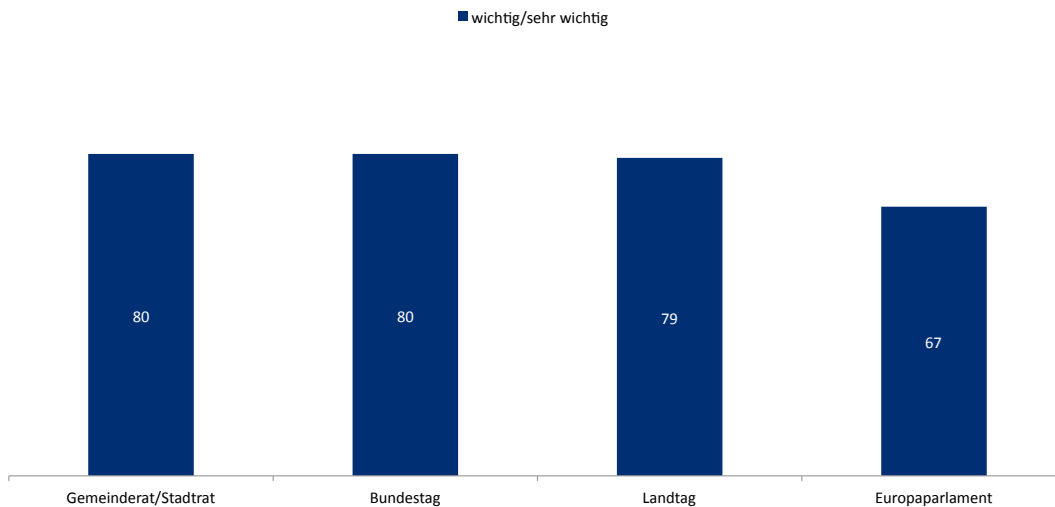
Das schlechte Abschneiden der CSU sowie das gute Abschneiden der AfD und die geringe Beteiligung an der Wahl lassen sich ein Stückweit auch damit erklären, dass die bayerischen Wähler dem Europaparlament eine signifikant geringere Bedeutung beimessen als den

Die AfD ist ein SAMMELBECKEN für unterschiedliche Proteststimmungen in der Bevölkerung.

kommunalen Parlamenten, dem Landtag und dem Bundestag (Graphik 4). Aus Sicht vieler Wähler ist die Vergabe eines „Denkzettels“, etwa durch Nichtwahl oder AfD-Wahl, bei einer Europawahl daher weniger folgenreich als beispielsweise bei einer Bundestagswahl.

Graphik 4: ARD-Vorwahluntersuchung. Frage: Wie wichtig sind für Sie persönlich die Entscheidungen, die im [...] getroffen werden? Sind die für Sie persönlich sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder überhaupt nicht wichtig?

* Gemeinderat / Stadtrat
Bundestag
Landtag
Europaparlament



Quelle: Infratest dimap: ARD-Vorwahluntersuchung am 21./22.05.2014. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angaben. Sofern nicht anders gekennzeichnet, wurden nur in Bayern erhobene Fälle verwendet.

Fazit

Das Ergebnis der bayerischen Europawahl ist nicht zu hoch zu hängen. Nach drei Wahlen innerhalb kurzer Zeit spielte bei der vierten Wahl die Wahlmüdigkeit eine erhebliche Rolle. Ein Indikator dafür ist die extrem niedrige Beteiligung an der Europawahl in Bayern. Bundesweit fiel die Wahlbeteiligung in Bundesländern ohne Kommunalwahl (43,9 %) deutlich geringer aus, als in Bundesländern, in denen gleichzeitig auch Kommunalwahlen stattfanden (51,0 %). In Bayern fiel die Beteiligung mit 40,8 % noch einmal deutlich geringer aus. Außerdem war das

Interesse an der Europawahl in Bayern sehr gering. Nur 41 % der Bayern gaben an, sehr starkes oder starkes Interesse an der Europawahl zu haben. Vor diesem Hintergrund gleicht das schlechte Abschneiden der CSU – sie erreichte eines der schlechtesten überregionalen Wahlergebnisse in ihrer Geschichte – eher einem Sturm im Wasserglas. Denn die Gewinne und Verluste der übrigen Parteien brachten die Machtverhältnisse in Bayern nicht aus dem Gleichgewicht. Allein das starke Abschneiden der kritischen AfD stach etwas hervor. Doch ohne weitere Erfolge in Bayern, die sich

in den nächsten Jahren mangels Wahlterminen nicht einstellen können, bleibt die bayerische Parteienlandschaft davon weitestgehend unberührt.

Die CSU muss für zukünftige Wahlen ihre Defizite bei einzelnen ZIELGRUPPEN beseitigen.

Aus Sicht der CSU geht es in den kommenden Jahren darum, Defizite bei einzelnen Bevölkerungsgruppen abzubauen. Damit befindet sie sich innerhalb der Unionsfamilie in guter Gesellschaft. CDU-Generalsekretär Peter Tauber definierte jüngst Zielgruppen wie etwa junge Frauen, generell junge Menschen in den Städten oder Migranten, denen die Union künftig bessere inhaltliche Angebote und auch attraktivere Beteiligungsangebote machen müsse als bisher. Exakt diese Aufgabe stellt sich auch der CSU in Bayern. Nur wenn sie sich in diesen Bevölkerungsgruppen erheblich verbessert ohne gleichzeitig auf dem Land und bei älteren Wählern an Rückhalt zu verlieren, wird sie in Zukunft wieder Ergebnisse von bis zu 50 % einfahren können. ///



/// FLORENS MAYER

ist Altstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung und leitet seit September das Berliner Büro des Meinungsforschungsinstituts dimap.

Verwendete Quellen

Die Landeswahlleiterin des Freistaates Bayern: Endgültiges Ergebnis. München 2014.

Infratest dimap: ARD-Vorwahluntersuchung am 21./22.05.2014.*

Infratest dimap: ARD-Wahltagsbefragung am 25.05.2014.*

*Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angaben. Sofern nicht anders gekennzeichnet, wurden nur in Bayern erhobene Fälle verwendet.

/// Wertekommunikation

WIE WERDEN WERTE GESCHAFFEN?

MARKUS VOGT /// Der Begriff „Wert“ stammt ursprünglich aus dem ökonomischen Kontext. Ökonomische Werte finden ihren Ausdruck in Preisen, die Tauschbarkeit voraussetzen, Informationen über aktuelle Bedarfslagen enthalten und Nutzungskonflikte leichter verhandelbar machen. In Bezug auf Grund und Boden, der nur begrenzt substituierbar ist, weist dieses Modell der Bewertung deutliche Defizite auf. Der nachfolgende Text, der aus einem Grundsatzreferat für die Münchener Bodentagung 2014 entstanden ist, zeigt anhand konkreter Beispiele die Stärken und Schwächen des Wertbegriffes für die moralische Selbstaufklärung der Gesellschaft auf.

Was sind Werte?

Werte sind Ausdruck von Zustimmung und Anerkennung, also immer auch subjektiv und individuell verschieden. Sie sind das Resultat einer evaluierenden Beurteilung von Personen, Handlungen und Gegenständen. Sie haben nie nur beschreibenden, sondern immer auch einen präskriptiven, vorschreibenden und auffordernden Sinn (so heißt z. B. „etwas ist wertvoll“ „du sollst es achten“, „du kannst es brauchen“ oder „du sollst es schützen“).

Werte sind regulative Ideen, mit deren Hilfe wir die Welt als sinnvoll begreifen. Sie sind gesellschaftlich erzeugte Geltungskonstanten, mit denen wir unsere Handlungen steuern und aufeinander abstimmen. Sie sind nicht vorhanden wie Dinge, sondern entstehen in Prozessen der Kommunikation. Sie lagern sich in sozialen Strukturen sowie

kulturellen Produkten ab und stabilisieren dadurch das gesellschaftliche Leben. Der mir vorgegebene Titel „Wie werden Werte geschaffen?“ impliziert bereits eine keineswegs selbstverständliche These: Werte werden vom Menschen geschaffen, sind also „künstlich“ erzeugte Produkte. Sie sind Artefakte. Mein Lehrer Wilhelm Korff wurde für diese These vor das Tribunal der Glaubenskongregation im Vatikan zitiert.¹

Werte sind REGULATIVE Ideen, die das gesellschaftliche Leben stabilisieren.

Trotz ihrer artifiziellen, also kulturellen und gesellschaftlichen Entstehung sind Werte jedoch nicht einfach willkürlich oder bloßes Willensprodukt (wie Nietzsche behauptet), sondern auf



Werte weisen uns die Richtung und führen wie ein Kompass durch das Leben.

die Wahrnehmung von Menschen, Dingen und Situationen bezogen. Sie unterliegen einer eigenen Art von Logik (Nichtwiderspruchsprinzip der praktischen Vernunft bei Thomas von Aquin „Bonum faciendum, malum vitandum“; Autonomie bei Kant, der zufolge sich die Kohärenz der ethischen Argumentation vom Zentrum des Freiheitsprinzips her konstruiert und von daher zum kategorischen Imperativ führt). Eine Konse-

quenz dieser Logik der praktischen Vernunft ist z. B. der Vorrang von Personenwerten vor Sachwerten, der unsere gesamte moderne Ethik und Rechtsprechung prägt.

Eine rein konstruktivistische Auffassung der Werte trägt dem Umstand nicht hinreichend Rechnung, dass sie in bestimmter Weise zur Struktur der Dinge, der menschlichen Psyche und der sozialen Handlungswelten passen müs-

Werte werden durch **KOMMUNIKATION** geschaffen.

sen. Obwohl sie „erfunden“ werden, damit wir uns in der Welt zurechtfinden, sind sie keineswegs beliebig. Werte sind gestaltungsoffen, jedoch unbeliebig, sie gehorchen einer inneren Logik anthropologischer Stimmigkeit sowie sprachlicher, geschichtlicher, kultureller und institutioneller Prädispositionen.

Werte sind dabei nicht in der Weise objektiv messbar wie das Gewicht oder die Farbe von Dingen. Man kann sie nur indirekt über die Worte, Verhaltensmuster und Handlungen von Menschen messen. Sie entziehen sich teilweise dem Zugriff durch unsere übliche wissenschaftliche Methodik. Dies ist ein Grund dafür, dass unsere Diskurse über Werte oft rational unterentwickelt sind und der Stellenwert und die Zuordnung von Werten oft sehr unklar scheinen. Sie werden eher als eine Sache des Gefühls als der Vernunft wahrgenommen.

Zum wissenschaftlichen Umgang mit Werten

Mehrheitlich herrscht in der gegenwärtigen Kultur die Vorstellung, dass die Kommunikation über Werte eine bloß subjektive, emotionale und außerwissenschaftliche Angelegenheit sei. Dies führt dazu, dass unsere Wertedebatten rational unterentwickelt sind. Hintergrund hierfür ist das Postulat der Werturteilsfreiheit (Positivismus von Auguste Comte, für die Sozialwissenschaftler Max Weber). Dies hat zu methodi-

schon Fortschritten einer empirisch ausgerichteten Forschung und einer klaren Unterscheidung von Deskription (Beschreibung) und Präskription (Wertung) geführt. Heute wissen wir jedoch, dass alles Feststellen von Tatsachen im Rahmen von bestimmten Forschungsprogrammen stattfindet, hinter denen jeweils bestimmte Welt- und Menschenbilder sowie bestimmte kulturelle Praxen stehen (Paradigmenabhängigkeit, Thomas Kuhn).²

Die antipositivistische Wende der Wissenschaftstheorie ist die Basis für einen neuen wissenschaftlichen Zugang zur Diskussion von Wertfragen. Ohne diese Verankerung in der Wissenschaftstheorie läuft der Wertdiskurs, z. B. in der Bioethik, in der Technikfolgenabschätzung oder in den vielen Ethikkommissionen der Politik, ins Leere als ein von Anfang an marginalisierter, bloß kompensatorischer Diskurs, der bestenfalls auf empirisch erfassbare Werte von Umfragen und damit – um eine von Platon eingeführte Begriffsunterscheidung zu verwenden – auf bloße Meinungen statt auf Wissen bezogen ist.

Werte sind aber auch nicht einfach abstrakte Maßstäbe, die ohne Bezug zu den Überzeugungen von Menschen oder den zu bewertenden Gegenständen definiert werden können. Es kommt daher nicht nur auf die theoretische Begründung von Werten an, sondern auf die Rekonstruktion von historischen Prozessen der gelebten Praxis und Anerkennung bestimmter Werte: „Wenn im Fall der Werte Fragen von Genesis und Geltung nicht so scharf zu trennen sind, dann lässt sich auch positiv formulieren, worum es hier geht. Dann kann nämlich die Geschichte der Entstehung und Ausbreitung von Werten selbst so angelegt

werden, dass sich in ihr Erzählung und Begründung in spezifischer Weise verschränken.“³ Joas sucht nach Handlungstypen und Erfahrungszusammenhängen, in denen das subjektive Gefühl, dass etwas ein Wert sei, seinen Ursprung hat. Darüber hinaus untersucht er die historischen Prozesse der Generalisierung und Institutionalisierung von Werten, durch die diesen in der gesellschaftlichen Kommunikation Geltung verschafft wird.

Als Soziologe geht Hans Joas auf diese Weise an Werte heran und beschreibt ihre Bildung als eine Art affirmativer Genealogie: „Affirmativ soll diese genealogische, das heißt kontingenzbewusste Vergangenheitsrekonstruktion nun aber heißen, weil der Rückgang auf die Prozesse der Idealbildung, die Entstehung von Werten, unsere Bindung an diese nicht negiert oder uns in einen Zustand souveräner Entscheidung über unsere Wertbindung erhebt, sondern weil er uns gegenüber dem Appellcharakter des historischen Sinns öffnet.“⁴

Werte entstehen in der Begegnung mit etwas, das größer und mehr ist als das ICH.

Die Analyse, wie Werte geschaffen werden, setzt also beim Menschen und seinen Zuschreibungen an, geht aber zugleich in spezifischer Weise darüber hinaus: Es geht nicht nur um Selbstbildung, sondern auch um Selbsttranszendenz. Werte bzw. Wertbindungen ent-

stehen in der Begegnung mit etwas, das größer und mehr ist als das Ich, wenn das in sich verschränkte Selbst auf ein anderes oder einen anderen hin aufgebrochen wird und sich öffnet. Wir kennen aus dem christlichen Bereich die Erzählungen von Bekehrungserfahrungen und Umkehrerlebnissen, die man als eine Selbsttranszendenz bezeichnen könnte. Auch in der christlichen Tradition selbst ist dieses Element des Wandels und der Selbsttranszendierung als Wurzel der Wertentstehung in den Hintergrund geraten zugunsten einer eher traditionalistischen Vorstellung von Werten als Bindung an das Überkommene und Gewohnte.

Auch in Bezug auf die Thematik der Bodenordnung dominieren eher konservative Deutungsmuster von Werten. Sie werden gleichgesetzt mit der Bindung an das Überkommene und an aus der Tradition hergeleitete Besitzansprüche. So werden beispielsweise auch im gegenwärtigen Israel religiös-konservative Wertmuster derzeit primär im Sinne eines solchen Landanspruchs thematisiert. Es gäbe jedoch auch ganz andere Traditionen, z. B. die des Aufbruchs in ein neues, unbekanntes Land bei Abraham. Jedenfalls gehören zur Wertentstehung immer beide Komponenten: die konservativ-bewahrende Bindung und der innovative, bekannte Deutungs- und Verhaltensmuster hinter sich lassende Aufbruch, der auf neue Herausforderungen des Lebens reagiert.

Es wäre ein eigenes Forschungsfeld, die normativen Begründungsmuster und Paradigmenwechsel von Werten hinsichtlich der Bodennutzung in verschiedenen Epochen zu untersuchen und in Beziehung zu setzen zu äußeren Faktoren wie z. B. Industrialisierung oder Klimawandel. Ich bin überzeugt,

dass es vielfältige „Wahlverwandtschaften“ (Max Weber) zwischen Bodennutzung und Wertmustern in einer Gesellschaft gibt. Durch die Rekonstruktion der verzweigten Einstellungsmuster können „mentale Infrastrukturen“ aufgedeckt und dann evtl. auch verändert werden. So gibt es z. B. aufschlussreiche empirische Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Spiritualität und Werten der Nachhaltigkeit bei niederländischen Landwirten und ihrer Art der Landnutzung.⁵

Werte im öffentlichen Diskurs

Die Idee, dass eine Gesellschaft nicht notwendig gemeinsame ethische und religiöse Wertvorstellungen braucht, hat den Liberalismus der britischen Aufklärung begründet. Sie ist nach wie vor relevant. Das individuelle Streben nach dem, was der Einzelne für gut und vorteilhaft hält, kann wesentlich über rechtliche Rahmenbedingungen und über die „invisible hand“ der Märkte integriert werden. In vielen Bereichen sind kollektiv einheitliche Wertvorgaben verzichtbar.⁶ Der Verzicht auf den Versuch, einheitliche Wertmuster durchzusetzen, ist freiheitsfördernd. Er ist human angemessen, weil er der Verschiedenheit der Menschen Rechnung trägt. Er fördert die wirtschaftliche Effizienz, weil sich die individuellen Fähigkeiten und Interessen unter den Bedingungen von Freiheit und Pluralität besser entfalten können.

Zu bedenken ist allerdings, dass das Recht eine Ordnung des Misstrauens ist und für sich alleine keine hinreichende Basis für gesellschaftliche Integration bietet. Wir brauchen auch einen öffentlichen Diskurs über das gute Leben und gemeinsame Zielvorstellungen der Gesellschaft.⁷ Wir brauchen ein wertorientiertes moralisches Engagement der Ein-

Zur Entfaltung von ORIENTIERUNGSKRAFT müssen Wertedebatten den Aberglauben von Werten als subjektive Gefühle und Präferenzen überwinden.

zelen über das rechtlich Kontrollierbare hinaus. Dies ist auch der philosophische Hintergrund für das Bayerische Wertebündnis, das 2010 von Ministerpräsident Seehofer gegründet wurde und an dem sich inzwischen mehr als 100 Partnerorganisationen, unter diesen auch die Kirchen, beteiligen.

Verlässliche Wertvorstellungen sind auch für das Funktionieren der Wirtschaft ein unverzichtbares Kapital. Ohne sie wären viele Kooperationen nicht möglich und der Aufwand für Kontrolle würde erheblich höher.⁸ Deshalb haben religiöse und ethische Wertvorstellungen auch für die Ökonomie eine Schlüsselbedeutung. Die Stärkung und differenzierte Entwicklung von Wertbewusstsein ist auf ihre Förderung in Familie und Schule sowie in den Medien und in der Bürgergesellschaft angewiesen.⁹ Bildung ist nicht ohne Erziehung denkbar. Wenn Bildung den Anspruch auf Wertevermittlung ernst nimmt, muss sie den Einfluss des Medienkonsums auf Jugendliche kritisch reflektieren. Der Bedeutung der familiären und gesellschaftlichen Einbettung von Wertbildungsprozessen ist in den Bildungskonzepten stärker Rechnung zu tragen. Ein entscheidender Faktor für ethisches Lernen sind Freiräume für soziales Engagement.¹⁰

Werte lassen sich nicht wie Wissen vermitteln. Sie bedürfen starker erfahrungsbezogener und diskursiver Methoden. Die Förderung von Selbstachtung und Anerkennung ist der Schlüssel jeder Werteerziehung. Hier kann der christliche Glaube viel bieten. Seine zentrale Botschaft ist die bedingungslose Anerkennung jedes Menschen, die Selbstachtung freisetzt und durch Zuwendung vermittelt wird. Darin liegt die revolutionäre Kraft des Christentums. Es will besonders den Missachteten und Ausgegrenzten Anerkennung vermitteln und sie dadurch zum Handeln für ein gelingendes Leben befähigen. Dieses Konzept der Wertvermittlung ist sowohl pädagogisch wie politisch mühsam, jedoch gibt es auf lange Sicht vermutlich keine wirksamere Methode der Wertevermittlung als Anerkennung und Zuwendung.

Genauso wichtig wie Bildung sind Lebensstile für die Transformation von Werten. Lebens- und Konsumstile sind „gelebte Wertüberzeugungen“, denn in den Entscheidungen, was wir kaufen und wie wir leben, drückt sich sehr viel authentischer als bei in Umfragen geäußerten Werturteilen aus, was den Menschen wirklich primär wichtig ist. Für erfolgreiche Wertedebatten um neue Lebensstile gibt es vielversprechende Beispiele, etwa „Lifestyle of Health and Sustainability“ (LOHAS). Lifestyle auf Basis von Gesundheit und Nachhaltigkeit, „Slow Food“, lokale Agenda-21-Prozesse, „Living in Place“ oder „Green City“.

Ein auffallendes Merkmal der neuen Lebensstilbewegungen ist das Plädoyer für Regionalisierungen im Sinne der Förderung von lokalen Wertschöpfungsketten. Diese haben oft einen hohen ökologischen und sozialen Mehrwert (weniger klimaschädliche Mobilität von Gütern und Menschen, die wirt-

schaftliche Interaktion wird zugleich zur Gelegenheitsstruktur für soziale Kommunikation etc.). Dabei ergibt sich zugleich ein vielfältiger Bezug zum Thema Boden, Herkunft und Heimat. Die Bindung an einen konkreten Raum wird vor allem im Kontext der ökologischen Bewegung wiederentdeckt und weltweit in vielfältiger Weise kreativ politisch umgesetzt. Räumliche Leitbilder sollen Orientierung geben, wie in Zukunft Raum, Boden und Landschaft genutzt werden können. Diese Bilder sind natürlich beeinflusst durch kollektive Einstellungsmuster. Im Zeitalter des Fordismus war das Bild einer ausgeräumten Landschaft positiv besetzt. Dies ist jetzt nicht mehr so. Das Prinzip der Nachhaltigkeit fehlt in keinem räumlichen Planungsprozess.¹¹ Und doch sind die tatsächlichen Entscheidungs- und Handlungsmuster noch stark beeinflusst von Werthaltungen, in denen Boden und Landschaft kein eigener Wert zugesprochen

Werte können nur erfahrungsbezogen und diskursiv VERMITTELT werden.

wird. Sie gelten als ausbeutbare Ressource. Der hohe Flächenverbrauch auch in Bayern gibt von diesem blinden Fleck hinsichtlich der Wertschätzung des Bodens ein beredtes Zeugnis. Bisher ist das Bayerische Bündnis für Flächensparen, an dem sich auch die Kirchen von Anfang an beteiligen, nicht hinreichend wirksam.

Die Herausforderungen unserer Gesellschaft im Konflikt zwischen Naturschutz und den wachsenden Wohlstandsansprüchen sind so tief, dass sie nicht hinreichend durch Beschlüsse bei Konferenzen „von oben“ beantwortet werden können. Nötig ist eine neue Diskussion „von unten“ über die Leitwerte und Ziele unserer Gesellschaft, also darüber, was wir unter Fortschritt, Wohl-

Für den **ZUSAMMENHALT** einer Gesellschaft ist eine Kommunikation über Werte unerlässlich.

stand oder Gerechtigkeit verstehen wollen und was angemessene bzw. durchsetzungsfähige Zeithorizonte der politischen und individuellen Planung sind. Das Bewusstsein hierfür ist theoretisch in relativ hohem Maß in der Gesellschaft vorhanden, braucht aber einen Schub, um sich politisch wirksam zu entfalten.

Wertedebatten erscheinen oft als bloße Sache der Bedenkenträger und der einschränkenden Verbote. Die ethische Debatte sollte aber auf der Zielebene verortet werden. Ihre Leitfrage muss sein: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist derzeit der prominenteste Versuch, die Wertedebatte in dieser Weise von der bloß nachsorgenden Akzeptanzbeschaffungsebene auf die Zielebene gesellschaftlicher Selbstbestimmung zu heben.¹²

Wertpluralismus als Herausforderung für Kommunikation

Toleranz ist ein Basiswert der pluralen Gesellschaft. Sie steht in einem Spannungsverhältnis zum Wahrheitsanspruch von religiösen und weltanschau-

lichen Überzeugungen sowie zu Situationen, in denen das Gerechtigkeitsempfinden verletzt ist. Toleranz ist die Fähigkeit, Unterschiede auszuhalten, über sie zu kommunizieren und trotz bleibender Differenzen von Interessen und Überzeugungen Konflikte gewaltfrei zu lösen oder kooperativ zu handeln. Wertgebundene Toleranz braucht die Fähigkeit, Wertkonflikte auszuhalten ohne den eigenen Standpunkt zu verlieren. In Deutschland wird die Bereitschaft zur Toleranz derzeit vor allem durch die Angst vor dem Islam neu auf die Probe gestellt. Nach dem Urteil des Religionssoziologen Casanova ist die derzeitige Angst Europas und Deutschlands vor dem Islam die Kehrseite des Verlustes eigener religiöser Identität im christlichen Glauben.¹³ In Zeiten der wirtschaftlichen Regression wächst zugleich die Angst um den eigenen Arbeitsplatz und die Aggression gegen Fremde. Wenn die Berufung auf christliche oder auch auf nationale Werte zum Mittel der Ausgrenzung anderer wird, zeitigt sie höchst ambivalente Wirkungen. Ein sicheres Wertefundament schützt auch vor der Angst gegenüber Fremdem.

Die Anforderungen an den Umgang mit Pluralität erhöhen sich in Zeiten der Globalisierung. Durch eine zu erwartende enorme Steigerung der Migration (z. B. allein durch Klimawandel prognostiziert die UNO in den nächsten Jahrzehnten 200 Millionen Migranten) und durch Globalisierung wächst die Durchmischung der Kulturen und damit der unterschiedlichen Wertmuster. Auch für Europa wird die Abschottung als Wohlstandsinsel schwieriger und moralisch fragwürdig, da wir Mitverursacher der Zerstörung von Lebensräumen anderswo sind. Deshalb ist die Ein-

übung von Toleranz gegenüber fremden Wertmustern und Kulturen eine Basis gesellschaftlicher Friedens- und Zukunftsfähigkeit.

Weil Werte durch Kommunikation zustande kommen und gerade die Unterschiedlichkeit von Perspektiven und Interessen ein wesentlicher Anlass für Kommunikation ist, leben sie aus Vielfalt und Differenz. Denn nur wenn unterschiedliche Perspektiven vorhanden sind, entsteht ein Austausch, der mehr ist als bloße Bestätigung des schon vorher Bekannten. Zumindest kann Verschiedenheit die Intensität der Kommunikation über Werte steigern, in der jeder herausgefordert ist, seinen Standpunkt zu begründen und zu überdenken. Die Erfahrung von Verschiedenheit fordert uns heraus, über unsere eigenen Wertmuster zu reflektieren. „Anerkennung des Anderen“ (nennt Habermas¹⁴ dies): Durch die Außenperspektive auf das Eigene und die Fähigkeit zum Pers-

Werte brauchen Vielfalt, damit sie LEBENDIG bleiben.

pektivenwechsel entsteht Selbstreflexivität sowie Kommunikationsfähigkeit. Die „Anerkennung des Anderen“ ist damit konstitutiv für die Entstehung von Ethik und damit auch von Werten, die über die eigenen Interessen hinausweisen. „Abgeschlossene“ Kulturen sind nicht lernfähig, und wenn sie nicht lernfähig sind, drohen sie zu stagnieren und nicht selten auch „unterzugehen“.

Die Frage, wie viel Unterschiedlichkeit von Werten eine Gesellschaft verträgt, lässt sich nicht allgemein beantworten. Sie hängt von der demokratischen Diskursfähigkeit, der Belastungsfähigkeit des Rechtssystems, der kulturellen Mentalität und der Art der Konflikte ab. Schlüssel für die Bewältigung pluraler Wertdifferenzen in der Demokratie ist zum einen eine lebendige, d. h. für verschiedenartige Themen und Anliegen diskursfähige Öffentlichkeit und zum anderen das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen mit Minderheitenschutz.

Wertpluralismus ist ein Freiheitsgewinn, weil individuell unterschiedliche Präferenzen und Wertvorstellungen zugelassen werden. Er befähigt zu ständigen Korrekturen und Weiterentwicklungen der Wertvorstellungen. Er bedarf der Foren der Diskussion und Verständigung, um nicht zum bloßen Nebeneinander zu werden. Dieses würde die Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns einschränken oder gar blockieren. Eine Ethik des Pluralismus sollte also nicht mit Relativismus oder einem „Nihilismus des Geltenlassens“ im Sinne der Gleichgültigkeit gegenüber Wahrheitsfragen verwechselt werden.

Auch bei dem Plädoyer für den Wert der Vielfalt ergibt sich ein anschaulicher Bezug zur Thematik des Bodens und der Biodiversität. Leben braucht Vielfalt. Die Schönheit und der ästhetische Wert von Landschaften wächst mit der Vielfalt der darin vorkommenden Lebensformen. Monokulturen sind fragil. Nach einer empirischen Studie der UNO besteht weltweit eine signifikante räumliche Korrelation zwischen der Abnahme kultureller und biologischer Vielfalt.¹⁵ Nicht zuletzt durch die bioökonomische In-Wert-Setzung von Ackerflächen, z. B.

für Raps-Monokulturen, ist derzeit die Vielfalt und Integrität von Böden in manchen Regionen akut gefährdet.¹⁶

Verschiedene Arten von Werten und ihre Rangfolge

Etymologisch stammt der Begriff des Wertes aus ökonomischem Kontext. Wirtschaftliche Wertschöpfung veranschaulicht paradigmatisch, was die Schaffung von Werten bedeutet. Demgegenüber ist die ethische Verwendung des Begriffs „Wert“, etwa im Kontext der „Wertethik“ von Max Scheeler, welche ganz auf das Gefühl abgestimmt ist, oft sehr viel schwerer fassbar. Dennoch ist die Zuspitzung des Wertverständnisses auf seine ökonomische Dimension, die heute in vielen Bereichen dominiert, ein ethisches Problem. Pointiert bringt dies bereits Bernhard Shaw auf den Punkt: „Heutzutage kennen die Menschen von allem den Preis und von nichts den Wert“. Ökonomische Werte sind Tausch- und Gebrauchswerte. Sie beziehen sich auf das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Sie gehen methodisch von der Vergleichbarkeit und Ersetzbarkeit der jeweils betrachteten Gegenstände aus.

Gerade im personalen Bereich ist diese Tauschbarkeit aber oft nicht angemessen. Nach Kant ist der Mensch ein „Zweck an sich selbst“, dadurch hat er eine Würde und nicht bloß einen Preis. Das macht die Eigenart unseres personalen Daseins aus. Die Verabsolutierung ökonomischer Werte, die nur gelten lässt, was sich rechnet, und die flankiert wird durch ein Wissenschaftsverständnis, das nur wahrnimmt, was sich zählen lässt, hat heute teilweise den Status eines Religionsersatzes. Ihr Dogma ist, dass es kein Dogma gibt, keine Wahrheit, die über funktionalen und ökonomischen

Werten steht. Ihr Kult ist der Markt. Ihre Seelsorge geschieht durch Werbung für Konsumprodukte, die unsere geheimsten Wünsche aufspürt und zu erfüllen verspricht. Bisweilen erscheint unsere öffentliche Kommunikation nicht von Werten geprägt, sondern lässt sich als „Wertpapiergesellschaft“ beschreiben.

Ethisch ist dem u. a. der Vorrang von Personwerten vor Sachwerten entgegenzusetzen. Daraus folgt z. B. der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital (Johannes Paul II.). Wenn der Mensch, z. B. mittels seiner Arbeitskraft, die austauschbar scheint, zur bloßen Ware wird, wird seine Würde verletzt. Deshalb braucht eine auf Gewinn ausgerichtete Wirtschaft starke Rahmenbedingungen, die die Würde des Menschen schützen, um ihr humanes Gesicht zu wahren. Personale Werte entziehen sich oft ökonomischen Perspektiven, die Werte nur im Modus des Habens wahrnimmt.

Personenwerte sollten VORRANG vor Sachwerten haben.

Bei all dem sollte man jedoch keinesfalls die Kritik des „Ökonomismus“ ihrerseits zum Fetisch machen, indem man diese Kritik selbst schon mit dem Guten gleichsetzt. Die Spannung zwischen einer personalen In-Wertsetzung durch Anerkennung auf der einen und den harten ökonomischen Fakten einer funktionalen In-Wertsetzung durch Tauschbarkeit auf der anderen Seite

lässt sich nicht auflösen. Man muss sehr genau hinschauen, wo die ökonomische Kommunikation über Werte durch verkaufbare Produkte und Dienstleistungen angemessen ist, und wo gerade diese Form der Wertekommunikation das Wesentliche verdeckt.¹⁷

Diese Ambivalenz der auf ökonomische Werte konzentrierten Kommunikation zeigt sich gerade auch in der aktuellen Debatte um den Wert des Bodens und der Biodiversität. Die TEEB-Studie der UNO¹⁸ ist angelegt auf das Modell einer Monetarisierung von Ökosystemleistungen. Die Bezifferung der ökonomischen Werte von Biodiversität ermöglicht, diesen gesellschaftlich-politische Geltung zu verschaffen, ähnlich wie die Ökonomisierung der Klimakosten im Stern-Review den Durchbruch in der Klimadebatte brachte. Sie ist jedoch sehr monolinear und kann letztlich die vielfältige Bedeutung des Bodens nur höchst unzureichend erfassen.

Hier stellen sich zugleich die grundsätzlichen Fragen: Was sind die Grenzen des Marktes? Welche Güter können dem Wettbewerb und dem Spiel von Angebot und Nachfrage übergeben werden? Was sind private Güter? Ist es angemessen, den Boden weitgehend als ein privates Gut einzustufen? Luft und Wasser sind wir dagegen gewohnt, als öffentliches Gut zu betrachten. Zumindest müsste die Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums an Boden angesichts der global und national fortschreitenden Degradation sehr viel wirksamer juristisch sichergestellt werden. Dazu ist auch ein tiefgreifender Bewusstseinswandel hinsichtlich der Wertschätzung des Bodens, den wir oft nur als „Dreck unter unseren Füßen“¹⁹ betrachten, notwendig.

Der Wert von Land und Boden

Die fortschreitende Degradation des menschlich genutzten Bodens ist ein Faktum, das zunächst in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde, mittlerweile aber als zentrales Umweltproblem erkannt wird.²⁰ Die Tragweite dieses Problems wird jedoch angesichts der Vielzahl materieller und kultureller Bo-

Die **DOMINANZ** ökonomischer Werte gefährdet die Geltung und Durchsetzung moralischer, religiöser, kultureller, ökologischer und ästhetischer Werte.

denfunktionen für Umwelt und Gesellschaft immer noch weitgehend unterschätzt. Die Raumordnung und ihre ethische Fundierung spielen in Deutschland eine vergleichsweise marginale Rolle. Teilweise dominieren noch antiquierte und bereits überholte Vorstellungen und Wertmuster von früher.

Aus den zuvor beschriebenen Wahrnehmungsdefiziten erklärt sich der bisher betriebene, überwiegend reaktive Bodenschutz, der sich im Wesentlichen auf die Remission oder (partielle) „Reparatur“ bereits eingetretener Schäden vor Ort beschränkt. Diese Handlungsweisen sind mit zunehmender Bewusstmachung von Bodenproblemen und ihrer moralischen Reichweite kaum mehr zu rechtfertigen. Eine ausreichende Bodenqualität auch für zukünftige Generationen umfassend zu sichern, ist eine langfristige und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die eine tiefgreifende Revision der Dogmen und Regulierungsschwerpunkte der Bodenordnung fordert. Schritte in diese Richtung gibt es zwar bereits seit 1981 (UN-Charta für Bodenschutz), bisher fehlt aber eine international verbind-

liche Konvention für Bodenschutz. Das UN-Abkommen für Wüstenschutz sollte zu einem allgemeinen Abkommen für Bodenschutz ausgebaut werden.²¹

„Biodiversität“ meint „Reichtum der Natur“. Von dessen Schutz hängt die künftige Entwicklung des Lebens auf der Erde und damit auch der menschlichen Zivilisation entscheidend ab. Sie zählt – ebenso wie das Klima – zu den Basisgütern menschlicher Existenzsicherung. Die biologische Vielfalt ist eine Schlüsselgröße für den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts und zur Aufrechterhaltung wichtiger Funktionen für Natur und Gesellschaft. Der Erhalt der Vielfalt der Pflanzen-, Tierarten und Lebensräume sowie der genetischen Vielfalt der Pflanzen- und Tierarten ist ein Gebot der intergenerationellen, ökologischen und globalen Gerechtigkeit. Hierzu sind entsprechende Initiativen und Abkommen vonnöten.

Die lange übliche Begründung des Artenschutzes, dass Vielfalt eine notwendige Bedingung für ökologische Stabilität sei, wird heute nicht mehr geteilt, weil der Zusammenhang nicht zwingend und keinesfalls linear zu begreifen ist. Die ethische Begründung des Artenschutzes muss daher beim Eigenwert der Lebewesen ansetzen, was nicht notwendig ein biozentrisches Weltbild voraussetzt. So wählt beispielsweise das Kompendium der Soziallehre der Kirche

BIODIVERSITÄT als Basisgut der menschlichen Zivilisation und Existenz muss geschützt werden.

(2004), in dem die Bedeutung der Biodiversität besonders hervorgehoben wird²², einen schöpfungstheologischen und gemäßigt anthropozentrischen Begründungsansatz (Artenvielfalt als gemeinsames Gut der Menschheit). Für Christen sind Schutz und Erhalt der Artenvielfalt Ausdruck der Pflicht zum verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung, die allen Menschen durch Gott anvertraut worden ist.

Für die schwierige Suche nach differenzierten ethischen Bewertungskriterien für den Biosphärenschutz hat der die Bundesregierung beratende Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) ein Gutachten zur „Umweltethik“ formuliert. Darin unterscheidet er zwischen kategorischen, d. h. nicht tauschfähigen, und kompensatorischen Prinzipien²³: Es gibt Bereiche, die kategorisch zu schützen und die in der ethischen Bewertung nicht für Abwägungsprozesse zugänglich sind. So fordert der WBGU z. B. „Eingriffe, die die Existenz des Menschen gefährden, [...] kategorisch zu unterlassen“²⁴. Eingriffe, die wichtige Stoff- und Energiekreisläufe auf globaler Ebene nennenswert beeinflussen, rechnet er ebenfalls zu den kategorisch abzulehnenden Handlungsweisen. Auch der Erhalt der Vielfalt von Ökosystemen und Landschaften sowie von primären Schlüsselarten wird zu den kategorischen Prinzipien gerechnet. Die übrigen Güter bzw. Naturraumpotenziale, sind für kompensatorische Prinzipien und damit teleologische, also auf die Folgen bezogene Bewertungsverfahren, zugänglich. In der heutigen Debatte um Nutzungsregeln für die Natur werden überwiegend teleologische Verfahren vorgeschlagen.

Der WBGU versteht sein Konzept nicht als letztgültige Bewertung, son-

dern als Demonstration von Wertdimensionen und als Hilfe zur Verbesserung der Allokationseffizienz von Handlungsentscheidungen im Bereich teleologischer Bewertungen biosphärischer Leistungen. Dabei unterscheidet er direkte Werte (wirtschaftlicher Nutzwert), indirekte Werte (Funktionswert), Optionswerte (potenzielle Nutzungsmöglichkei-

Fruchtbarer Boden, schöne Landschaften und Biodiversität sind eine bisher nur UNZUREICHEND in Bewertungsmodellen erfasste Grundlage menschlicher Existenz.

ten für die Zukunft), Existenzwerte und Erlebniswerte. Existenzwerte sind Eigenwerte, die jemandem oder etwas völlig unabhängig von einer direkten oder indirekten Nutzenstiftung zukommen, einfach weil es ihn / sie / es gibt.

Als zentrale politische Schlussfolgerungen aus diesem ethischen Konzept fordert der Wissenschaftliche Beirat:

- Einrichtung eines Frühwarnsystems,
- Etablierung internationaler Mechanismen zum Schutz der kategorischen Werte,
- Schaffung dezentraler Anreize zum Schutz der Biosphäre sowie
- Durchsetzung von kategorischen Leitplanken nach drei Kategorien:
 - vollständiger Schutz (Noah-Strategie, also wie einst bei dem biblischen Stammvater mit der Arche Noah auf das Überleben bezogen),
 - extensive Nutzung (Zensorstrategie, also der Informationskontrolle staatlicher Aufsicht unterworfen) und
 - optimale, intensive aber nachhaltige Nutzung (Demiurg-Strategie, also für kreative Gestaltung offen).²⁵

All dies sind Versuche, die ethische Grundforderung „konstantes Naturkapital“ durch vernünftige, im Prinzip politisch handhabbare Handlungsregeln zu konkretisieren. Der Schutz und die Pflege der biologischen Vielfalt ist dabei natürlich nur ein Teilbereich, dessen Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung aber gerade in Deutschland nicht unterschätzt werden sollte.²⁶ Vorrangig wäre jedoch die Abschaffung von Fehlanreizen unsinniger Subventionsregelungen im Agrarbereich, die gegenwärtig zur massiven Vernichtung von Naturkapital führen.

Diese rechtlichen Maßnahmen werden jedoch letztlich nur dann erfolgreich sein, wenn sie von einer Transformation unseres Wertbewusstseins getragen sind. Dabei kann der christliche Schöpfungsglaube, dem es im Kern nicht um die Begründung einzelner Imperative geht, sondern um eine grundlegende Revision des Verhältnisses von Mensch und Natur, eine wichtige Horizonterweiterung für das Verständnis von Werten, gerade auch im Umgang mit Boden und Raumordnung bieten ///



/// PROF. DR. MARKUS VOGT

ist Professor am Lehrstuhl Christliche Sozialethik der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Anmerkungen

¹ Vgl. dazu Korff, Wilhelm: Auf der Suche nach der Vernunft menschlichen Handelns, in: Theologi-

sche Ethik autobiografisch, hrsg. von Konrad Hilpert, Paderborn 2007, S. 63-65. Zur interdisziplinären Debatte um Werte und Normen vgl. Wertheimer, Jürgen: Normen, Standards, Werte – was die Welt zusammenhält, Wertewelten Bd. 3, Baden-Baden 2011.

² Vgl. zu dieser Debatte: Vogt, Markus: Empirie in der Ethik. Zum Verhältnis von Fakten, Werten und Normen, in: Interdisziplinarität der Christlichen Sozialethik, hrsg. von Peter Schallenberg und Arnd Küppers, Paderborn 2013, S. 405-424.

³ Joas, Hans: Die Entstehung der Werte, Frankfurt 1997, 10. Ich halte dieses Buch für den wichtigsten Beitrag zur Entstehung der Werte, der sich derzeit in der philosophisch-soziologischen Debatte findet.

⁴ Joas, Hans: Die Sakralität der Person. Eine neue Genealogie der Menschenrechte, Berlin 2011, S. 190.

⁵ Vgl. Saan-Klein van, Beatrice / Dirscherl, Clemens / Vogt, Markus: „[...] es soll nicht aufhören Saat und Ernte“ (Gen 8,22). Ein Praxisbuch zum Mehrwert nachhaltiger Landwirtschaft, München 2004, S. 67-69.

⁶ Vgl. Kühnlein, Michael (Hrsg.): Das Politische und das Vropolitische. Über die Wertgrundlagen der Demokratie, Baden-Baden 2014; Vogt, Markus: Aufgaben, Methoden und Maßstäbe der Ethik, in: Ethik in der Raumplanung. Zugänge und Reflexionen, hrsg. von Martin Lendi und Karl H. Hübler, Hannover 2004, S. 14-30.

⁷ Etzioni, Amitai: Die Entdeckung des Gemeinwesens. Das Programm des Kommunitarismus, Frankfurt 1998; Jaeggi, Rahel: Kritik der Lebensformen, Frankfurt 2014.

⁸ Richter rechnet vor dem Hintergrund der Untersuchungen von North aus, dass in der gegenwärtigen Wirtschaft ca. 70 % des Aufwandes für Anbahnung, Kontrolle und Abschluss von Verträgen anfallen; Richter, Rudolf: Institutionen ökonomisch analysiert, Tübingen 1994, S. 5 f; vgl. dazu auch: Vogt, Markus: Wertorientierte Führung von Unternehmen in Krisenzeiten, in: ZdW Bay 3/2010, S. 108-115.

⁹ Etzioni, ein Hauptvertreter des Kommunitarismus, bezeichnet deshalb die Institutionen und Kommunikationsformen von Familie, Bildung und Nachbarschaft als „Infrastruktur der Moral“; vgl. Etzioni: Die Entdeckung des Gemeinwesens, S. 105.

¹⁰ Vogt, Markus: Der weite Weg in eine Bildungspublik. Anmerkungen zu Aspekten der Wertevermittlung, in: Kirche und Gesellschaft 386, Köln 2012, S. 1-16.

¹¹ Lendi, Martin / Hübler, Karl H. (Hrsg.): Ethik in der Raumplanung. Zugänge und Reflexionen, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 221, Hannover 2004.

¹² Vgl. dazu Vogt, Markus: Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive, München, 3. Auflage, 2013, bes. S. 110-215 sowie S. 456-494.

¹³ Casanova, José: Der Ort der Religion im säkularen Europa, in: Transit – Europäische Revue 27/2004, www.iwm.at/index.php?option=com_content&ask=view&id=110&Itemid=278

¹⁴ Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur philosophischen Theorie, Frankfurt 1996.

¹⁵ Vgl. Töpfer, Klaus: Globaler Umweltschutz und Armutsbekämpfung, in: zur Debatte 7/2003, S. 13 f.

¹⁶ Vgl. dazu kritisch: Gottwald, Franz-Theo / Krätzer, Anita: Irrweg Bioökonomie. Kritik an einem totalitären Ansatz, Berlin 2014.

¹⁷ Wir haben uns Jahrzehnte mit dem virtuell aufgeblasenen Wertesystem der Finanzmärkte reich gerechnet – auf Kosten der Armen (da Geld ja immer eine Vergleichsgröße ist), auf Kosten der kommenden Generationen (z. B. wegen der gigantischen Staatsverschuldungen weltweit) und auf Kosten der Natur (z. B. Klimawandel, der u. a. auch durch die inhärenten Wachstumszwänge verursacht ist). Die noch keineswegs hinreichend verarbeiteten Erfahrungen der Finanzmarktkrise sollten den kritischen Blick für die Unsicherheiten eines auf Geldwerte abgestellten Bewertungssystems schärfen.

¹⁸ The Economics of Ecosystems and Biodiversity (TEEB): Die ökonomische Bedeutung der Natur in Entscheidungsprozesse einbeziehen – Ansatz, Schlussfolgerungen und Empfehlungen – eine Synthese, Bonn / Münster 2010, www.teebweb.org

¹⁹ Montgomery, David: Dreck: Warum unsere Zivilisation den Boden unter den Füßen verliert, München 2010.

²⁰ Vgl. Lingner, Stephan / Borg, Erik: Präventiver Bodenschutz. Problemdimensionen und normative Grundlagen, Bad Neuenahr 2000; Haber, Wolfgang / Brückmann, Walter: Nachhaltiges Landmanagement, differenzierte Landnutzung und Klimaschutz, Berlin 2013. In den letzten 50 Jahren ging weltweit mehr als ein Viertel des fruchtbaren Bodens unwiederbringlich verloren. Die Versiegelung der Landschaften, die Ausbreitung von Wüsten, die großräumige Schädigung der Vegetationsdecke scheinen unaufhaltsam voranzuschreiten.

²¹ Vgl. dazu den Entwurf einer Bodenschutzkonvention, der 1997 an der Evangelischen Akademie Tutzing erarbeitet wurde, Held, Martin / Kümmerer, Klaus: Preserving soils for life. The Tutzing Project „Time Ecology“, in: GAIA 6 3/1997, S. 212-216.

²² Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden: Kompendium der Soziallehre der Kirche, Freiburg 2006, Nr. 466-487, dies ist das erste päpstliche Dokument, das ein ausführliches eigenes Kapitel zu Fragen der Schöpfungsverantwortung enthält, Kapitel 10.

²³ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung globaler Umweltwandel [WBGU]: Welt im Wandel. Umwelt und Ethik. Sondergutachten, Marburg 1999, S. 14 f.

²⁴ WBGU: Welt im Wandel, S. 38; zum Folgenden ebd., S. 38-42 sowie S. 47-80.

²⁵ Ebd., S. 129-133.

²⁶ Haber / Brückmann: Nachhaltiges Landmanagement, S. 210-273.

/// „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

30 JAHRE MARIANNE-STRAUß-STIFTUNG

ISABEL KUBENZ /// Marianne Strauß wollte den Menschen helfen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, als sie beschloss, – frei nach Erich Kästners Forderung „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ – ihren Namen und ihre Arbeitskraft für Benachteiligte einzusetzen. Die ihrem Werk folgende Stiftung hat diese Tätigkeit wesentlich erweitert. Seit dreißig Jahren unterstützt sie in Bayern unverschuldet in Not geratene Menschen und hat sich aus dem spontanen Gründungsgedanken heraus zu einem der wichtigsten privaten sozialen Hilfswerke in Bayern entwickelt.

Einführung

Am 22. Juni 1984 verunglückte Marianne Strauß, die Frau des ehemaligen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, mit nur 54 Jahren auf der Heimfahrt von Rottach-Egern nach Kreuth. Nach ihrem plötzlichen Tod beschlossen ihre Kinder Monika, Max und Franz Georg direkt nach einer bewegenden Trauerfeier, zusammen mit Freunden die Hilfe für in Not geratene Menschen fortzuführen. Alles sollte nahtlos weiterlaufen. Aber keiner von ihnen konnte sich damals vorstellen, in welcher Größenordnung dies heute geschieht. Die in Gedanken an Marianne Strauß gegründete Stiftung feiert in diesem Jahr ihr dreißigjähriges Bestehen. Sie setzt die Arbeit

fort, die sie als Landesmutter mit viel Herz und Nächstenliebe in der Hilfe für Schwerstbehinderte, Hilflose und Arme vollbracht hatte. Aus rund 30 Hilfsgesuchen im Jahr der Gründung sind inzwischen 1.800 Fälle pro Jahr geworden. In Zeiten wie diesen, ist abzusehen, dass sich die Zahl der Gesuche, die in den nächsten Jahren auf die Stiftung zukommen, weiter erhöhen wird.

„Nächstenliebe akzeptiert den Anderen, wie er ist. Also auch den Schwerstbehinderten, den Hilflosesten, den Unheilbaren. Er braucht kein Mitleid, sondern konkrete Hilfe für ein möglichst erfülltes Leben in seiner verengten Welt.“ Das war die Devise von Marianne Strauß und schon in den



Quelle: Foto: Winfried Rabanus, Rechte: A.C.S.P.

Zeitlebens setzte sich Marianne Strauß unermüdlich und überaus engagiert für verschiedenste soziale Projekte ein und half oftmals auch ganz konkret bei einzelnen Hilfsanfragen.

1960er-Jahren begann sie damit, sich sozialen Projekten zu widmen. In den letzten Jahren vor ihrem Tod stand sie durch ihr Engagement unter einem enormen Termindruck. Sie setzte sich höchstpersönlich für die Fälle ein, die auf unterschiedlichsten Wegen an den Ministerpräsidenten oder sie herangetragen wurden. Ob Multiple-Sklerose-Kranke, behinderte Kinder, Kinder aus schwierigen Verhältnissen, alte Menschen oder Frauenhäuser für Alleinerziehende, welche ihr sehr am Herzen lagen – sie kümmerte sich um alle. Als Frau des Ministerpräsidenten hat sie

viele Hilferufe erhalten. Sie saß in verschiedenen Gremien und war die Schirmherrin der Multiple-Sklerose-Gesellschaft in Bayern. Sie nutzte ihre Position in der Öffentlichkeit vor allem, um Aufmerksamkeit zu schaffen und Spenden zu sammeln. Im Sommer des Jahres 1984 wurde eine Klinik für an Multiple-Sklerose-Erkrankte, für deren Bau sich Marianne Strauß eingesetzt hatte, eingeweiht. Durch den tragischen Verkehrsunfall hat Marianne Strauß die feierliche Eröffnung der Klinik nicht mehr erlebt, doch aufgrund ihres großen Einsatzes und Engagements trägt die Klinik am Starnberger See ihren Namen.

Marianne Strauß unterstützte nicht nur Stiftungen wie die Pfennigparade oder soziale Beratungsstellen wie die Caritas. Sie leistete ebenso Hilfe für Einzelfälle und arbeitete dafür meist bis spät in die Nacht. Trotz des Termindrucks nahm sie sich immer Zeit für ein

KONKRETE Hilfe war stets die Devise von Marianne Strauß.

persönliches Gespräch und tröstende Worte. Ihr Sohn Franz Georg Strauß hat einmal über seine Mutter gesagt, dass sie die karitative Tätigkeit einer Landesmutter wohl „ernster als ernst“ gesehen hat. So war auch klar, dass die Nachfolge dieser Tätigkeit am besten eine durch die Freunde und die Familie getragene Stiftung übernehmen könnte.

Die Stiftung

Bereits am 8. August 1984 wurde die Stiftungsurkunde und Satzung durch das Bayerische Innenministerium genehmigt. Der Gründungstag wird mit dem 4. August datiert. Worum es genau bei der Stiftung gehen sollte, wurde mit den folgenden Worten in der Einleitung der Stiftungsurkunde festgehalten: „In dankbarer Würdigung des von unserer Mutter geleisteten Werkes der christlichen Nächstenliebe, ihrer vom Gedanken der Hilfe zur Selbsthilfe wie der schnellen Hilfe für Hilflose sowie ihres vom christlichen Menschenbild geprägten kulturellen Handelns, errichten wir Kinder Monika Hohlmeier, geb. Strauß, Max Strauß und Franz Georg Strauß die Marianne-Strauß-Stiftung.“ Franz Josef Strauß gab das Startkapital der Stiftung und setzte sich sehr für ihren Erfolg ein. Jedoch war er nie im Stiftungsrat, da es die Stiftung der Kinder und Freunde war und von Anfang an feststand, dass die Einrichtung nicht politisch gesehen werden sollte. So wurde der Stiftungsrat aus dem kulturellen Freundeskreis von Marianne Strauß heraus gebildet.

„Die Marianne-Strauß-Stiftung hilft Bayern weit unverschuldet in Not geratenen Menschen unbürokratisch und schnell vor allem dort, wo öffentliche oder private Hilfe nicht rechtzeitig oder ausreichend geleistet werden kann. Denn kein Sozialsystem kann alle Un-

wägbarkeiten des Lebens abdecken“, berichtet der Vorsitzende der Stiftung, Franz Georg Strauß. „Hilfe zur Selbsthilfe“, wie sie schon in der Stiftungsurkunde benannt ist, ist eines der größten Ziele der Stiftungsarbeit. Oft schon

Hilfe zur Selbsthilfe ist das **ZIEL** der Stiftungsarbeit.

konnte einer Familie durch die Hilfe der Marianne-Strauß-Stiftung ein Anstoß gegeben werden, ihr Leben wieder in neue Bahnen zu lenken. Die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen wie „Sternstunden e. V.“, die Benefizaktion des Bayerischen Rundfunks, ermöglichte es, auch Probleme zu lösen, die für die Marianne-Strauß-Stiftung selbst zu groß gewesen wären.

Damit private Hilfe greifen kann, bringt sich die Marianne-Strauß-Stiftung ein. Sie koordiniert und organisiert. Vor allem aber bietet sie mit den Erträgen aus ihrem finanziellen Grundstock selbst eine Basis für Hilfsleistungen. Auch gibt es eine besondere Nähe zwischen der Stiftung und ihren Förderern. Von den ehrenamtlichen Mitarbeitern über den Stiftungsrat bis hin zum Vorstand bringen alle Mitwirkenden ehrenamtlich ihre persönliche Handschrift in die Arbeit der Stiftung ein. So können Schicksale richtig ermessen und die Notwendigkeit von Hilfe bemessen werden. Aber all dies ginge nicht, wenn es nicht die finanzielle Hilfe derer gäbe, die ein Herz für Hilfsfälle in Bayern haben und die Stiftung seit ihrer Gründung immer unterstützt haben.

Erfahrene ehrenamtliche Mitarbeiter arbeiten seit Jahren für die Stiftung und gewährleisten dadurch, dass die

Unterstützung mit großer Umsicht und dennoch schnell und unmittelbar dorthin gelangt, wo sie am dringendsten benötigt wird. Zu Beginn der Arbeit der Stiftung ist man sogar noch zu den Menschen nach Hause gegangen, um sich ein Bild von ihren Lebensumständen zu machen. Seit einigen Jahren erfolgen Beratungen meist telefonisch.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter sind das wertvollste Kapital und die größten Spender der Stiftung, wie Franz Georg Strauß voller Stolz zu berichten weiß. Manche von ihnen sind schon seit über 25 Jahren dabei und haben in ihrer Arbeit für und in der Stiftungsfamilie einen wichtigen Lebensinhalt gefunden. Darüber hinaus sorgen hauptberufliche Angestellte für einen zuverlässigen Betrieb.

Förderrichtlinien der Marianne-Strauß-Stiftung

Ziel der Stiftung ist es, mit einmaligen finanziellen Hilfsmitteln dauerhaft eine Verbesserung der Situation der Bedürftigen zu erreichen. Die Marianne-Strauß-Stiftung hilft ausschließlich Bedürftigen in Bayern und zählt heute zu den bekanntesten sozialen Hilfswerken in der Region. Anfangs glaubte man noch, ähnlich wie Marianne Strauß, alle Anfragen selbst bewältigen zu können. Eingehende Gesuche wurden in Karteikarten eingetragen und Elke Gräfin von Pückler, Monika Hohlmeier und Franz Georg Strauß bearbeiteten und beantworteten die Hilfsgesuche noch selbst. Schnell stellte sich jedoch heraus, dass das stetig steigende Arbeitspensum nicht mehr in einem so kleinen Kreis zu vollbringen war. Denn die Post stapelte sich schneller, als sie bearbeitet werden konnte. Mit nur einem Stapel Karteikarten hatte alles begonnen. Aber in den vergangenen drei Jahrzehnten sind dar-

Der Erfolg der Stiftung fußt ganz stark auf dem Engagement der größtenteils ehrenamtlichen MITARBEITER.

aus 25.000 blaue Mappen geworden, die jetzt die Büroräume in der Oettingenstraße 22 füllen. In jeder einzelnen findet man Verzweigung, Schicksalsschläge und Notsituationen, in die Menschen geraten sind. Jede Mappe steht für eine Familie oder Einzelperson, die von der Marianne-Strauß-Stiftung in einer Notsituation unterstützt wurde.

Bereits ein Jahr nach Gründung der Stiftung wurden feste Strukturen zur Prüfung von Gesuchen geschaffen, langfristig angelegte Kontakte zu sozialen Beratungsstellen gesucht, sowie feste und ehrenamtliche Mitarbeiter zur Mithilfe gewonnen. Ein Büro musste eingerichtet werden und Verwaltungsstrukturen. Heute wird die Bedürftigkeit der Personen mittels eines Fragebogens und Originalbelegen sowie eines Sozialberichtes von einer sozialen Beratungsstelle wie der Caritas oder der Diakonie nachgewiesen. „Nach 30 Jahren Tätigkeit sind die Strukturen gefestigt, es wurde gelernt, die Gesuche mit Hilfe der ehrenamtlichen Mitarbeiter genau zu prüfen, zu kontrollieren, Kontakt zu den Sozialarbeitern und den Hilfesuchenden aufzubauen und so wirkungsvoll zu helfen, aber auch möglichen Missbrauch zu erkennen und zu verhindern“, weiß Franz Georg Strauß zu berichten.

Aus anfänglich 30 jährlichen Gesuchen, die bearbeitet wurden, sind mitt-

lerweile 1.800 pro Jahr geworden, und auch die Mittel zur finanziellen Unterstützung sind von 145.000 Euro in den ersten beiden Jahren auf 855.000 Euro jährlich gestiegen. Nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ sind die Anfragen nicht mehr mit denen aus der Anfangszeit zu vergleichen. Immer häufiger geraten alte Menschen in finanzielle Not. Senioren mit einer schmalen Rente, die irgendwann vor dem Nichts stehen und ihre Rechnungen nicht mehr zahlen können. Ein junger Mann, der einen speziellen Rollstuhl benötigt, um mit der S-Bahn zur Universität kommen zu können. Schwer kranke Kinder, die von ihren Eltern so zeitaufwendig umsorgt werden müssen, dass diese Liebe die finanziellen Rücklagen aufzehrt. Aber auch alltägliche Dinge wie Energie- und Heizkosten stellen sich bei Familien und Alleinstehenden mit geringem Einkommen als immer größere Herausforderungen dar. Die Berichte auf der Webseite der Marianne-Strauß-Stiftung* zeigen, wie alltäglich Not und Leid in unserer Gesellschaft sind. Mitten unter uns, mitten im Wohlstand, mitten in Bayern. Aber wer hilft dann? Dann tritt die Marianne-Strauß-Stiftung in Erscheinung.

Auch nach drei Jahrzehnten wird immer noch sehr viel Wert auf die Einzelfallbetreuung gelegt. Denn Einzelfallbetreuung in der Vielfalt ist Wurzel und Grundgedanke der Stiftung und ihrer Helfer. Jeder Fall hat seine eigene Geschichte. Es geht nicht darum, einfach nur Geld weiter zu leiten. Es soll Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden. Auch eigene Mittel der Antragssteller müssen nach Kräften eingesetzt werden. Dazu zählen unter anderem auch Sach- und Arbeitsleistungen. Ebenso müssen vor einer möglichen Förderung durch die Stiftung

alle Hilfeleistungen, die der Gesetzgeber oder Dritte anbieten, ausgeschöpft sein. Denn es ist nicht die Aufgabe einer Stiftung, da zu helfen, wo der Staat helfen sollte. Man hilft bei speziellen Konstellationen. Alle erhaltenen Fördermittel müssen von den Bedachten zweckgebunden eingesetzt werden. Dafür sind zur Kontrolle auch entsprechende Nachweise an die Marianne-Strauß-Stiftung zu erbringen. Ein Rechtsanspruch auf Fördermittel besteht dabei nicht.

Finanzierung der Marianne-Strauß-Stiftung

Die finanzielle Basis der Arbeit der Marianne-Strauß-Stiftung bilden die Erträge aus dem Grundstockvermögen, Spenden aus Sonderveranstaltungen wie Benefizkonzerte und Jahresempfänge sowie laufende Spenden von Personen und Unternehmen.

Der Grundstock des Vermögens wurde ab dem Jahr 1985 ausgebaut. Den Beginn machte eine fulminante Operngala unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Sawallisch in der Bayerischen Staatsoper, die der Stiftung Einnahmen von über 1 Mio. DM bescherte. In den späten 1980er-Jahren fanden aufgrund des großen Erfolges von 1985 weitere Operngalas statt. Da Marianne Strauß eine ausgewiesene Opernliebhaberin war und einen großen kulturellen Freundeskreis hatte, traten viele prominente

In 30 JAHREN Tätigkeit wurden gefestigte, wirksame und bewährte Strukturen geschaffen.



Quelle: Foto: Christian Kuhnle, Rechte: MSS

„Unsere Mutter ist tot. Was sie getan hat, lebt weiter.“ Mit diesem Gedanken gründeten unmittelbar nach ihrem Tod mit Unterstützung des Vaters Monika Hohlmeier, geb. Strauß, Max Strauß und Franz Georg Strauß die Marianne-Strauß-Stiftung.

Künstler ihr zu Ehren kostenlos auf, darunter auch der frühere Generalmusikdirektor der Staatsoper, Prof. Dr. Wolfgang Sawallisch, José Carreras oder Vicco von Bülow alias Lorient. Den größten Kapitalzuwachs hatte die Stiftung in den ersten zehn Jahren nach ihrer Gründung, was auf die Benefizkonzerte und die legendären Gala-Abende an der Staatsoper in München zurückzuführen ist.

Ebenso gab es groß angelegte Spendenaktionen wie den „Fall des Monats“, bei dem in den 1990er-Jahren jeden Monat ein Einzelfall im Münchner Merkur vorgestellt wurde, und die Leser für eben diesen bestimmten Fall spenden konnten. Auch gab es einen Kalender, der von Münchner Künstlern wie Petra Moll, Josef Blaumeiser oder Helmut Zöpfl gestaltet und von 1986 bis 2012 an Freunde und Förderer vertrieben wurde. Insgesamt wurde das Vermögen in den letzten

drei Jahrzehnten auf rund 14 Mio. Euro vermehrt. Alle Spenden und Zuwendungen, die die Marianne-Strauß-Stiftung erhält, kommen direkt ohne Abzug von Verwaltungskosten den Bedürftigen zu Gute. Das Vermögen wurde sorgfältig angelegt und ist heute trotz der Finanzkrise ungeschmälert erhalten. Schon seit der Gründung hat der Stiftungsvorstand Sicherheit immer vor Rendite gestellt und vor vier Jahren damit begonnen, zwei Drittel des Vermögens der Stiftung in Immobilien anzulegen. So erwirtschaftet die Marianne-Strauß-Stiftung neben Spenden auch Erträge aus dem Vermögen, die laufend dem guten Zweck dienen. Die Kosten für die Sozialarbeit der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen übernimmt der Förderverein der Marianne-Strauß-Stiftung. Dieser Verein hat mehr als 500 Mitglieder und hilft der Stiftung finanziell und organisatorisch. So kann

sichergestellt werden, dass alle Zuwendungen an die Marianne-Strauß-Stiftung direkt und ihrem eigentlichen Zweck, nämlich den Bedürftigen zu helfen, zu Gute kommen, und kein Kapital für eine aufwändige Verwaltung verloren geht.

Manche weitsichtigen Spender haben sich entschlossen, die Stiftung im Rahmen ihres Erbes zu bedenken und tun so langfristig Gutes – weit über ihren Tod hinaus. In den dreißig Jahren seit der Gründung der Marianne-Strauß-Stiftung sind schon 25 Erbschaften eingegangen, die insgesamt 3,3 Mio. Euro betragen. Das im Eigentum der Marianne-Strauß-Stiftung befindliche Büro der Stiftung ist Erbschaften zu verdanken. Die Stiftung unterliegt der Staatsaufsicht durch die Regierung von Oberbayern und wird durchgängig durch die KPMG, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft. Dabei wird sehr viel Wert auf eine völlige finanzielle Transparenz und durchgängige Prüfung gelegt. Die Marianne-Strauß-Stiftung hat das „Deutsche Spendensiegel“ des Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), ein Gütesiegel für seriöse Spendenorganisationen.

Franz Georg Strauß ist sich sicher, dass seine Mutter Marianne Strauß glücklich wäre, wenn sie sehen würde, wie sich ihr Engagement weiterentwickelt hat, und wie Menschen in ihrem Namen zusammenhelfen, um sich für andere einzusetzen. Aus dem Wunsch heraus, ihre Arbeit fortzuführen, ist in drei Jahrzehnten ein riesiges privates Hilfswerk entstanden. In seinem Grußwort zu den Feierlichkeiten aus Anlass des 30-jährigen Bestehens der Marianne-Strauß-Stiftung am 22. Juni 2014 schrieb Horst Seehofer in sein Grußwort: „Marianne Strauß war eine beeindruckende Persönlichkeit. Deshalb

freue ich mich auch über die erfolgreiche Arbeit der Marianne-Strauß-Stiftung, die das geistige Erbe einer außergewöhnlichen Frau auf eindrucksvolle Weise pflegt und weiterentwickelt.“

Die Stiftung **PFLEGT das geistige Erbe von Marianne Strauß erfolgreich und auf eindrucksvolle Weise seit nunmehr 30 Jahren und ohne öffentliche Mittel.**

Seit gut 30 Jahren funktioniert das, seit dieser Zeit ist ein Netzwerk aus Engagement und Kompetenz entstanden. Das ist gut so und gewollt, denn die Stiftung verzichtet auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel. Vielmehr legt die Marianne-Strauß-Stiftung Wert auf Nachhaltigkeit. Fördermitgliedschaften, Spenden und Erbschaften sind ehrliche und bewusste Entscheidungen für eine Unterstützung. Die Liste der Hilfe, die bei verzweifelten Menschen durch die Münchener Marianne-Strauß-Stiftung ankam, ist lang. ///



/// ISABEL KUBENZ
DIPL. SC. POL. UNIV

ist wissenschaftliche Kooperationspartnerin der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkung

* http://www.msshilft.de/?page_id=2

/// Zum Tod von Frank Schirrmacher

WO ENDET DAS LEBEN EINES KONSERVATIVEN?

CLAUDIA SCHLEMBACH /// Frank Schirrmacher, wortgewaltiger Mitherausgeber der FAZ, ist plötzlich verstorben. „Unersetzlich“, diese Zuschreibung taucht konsequent in seinen Nachrufen auf. Man hört diesen Begriff sonst selten und wenn, nur in dem Zusammenhang, dass sich der Einzelne nicht nur mit der eigenen Endlichkeit, sondern auch damit abfinden muss, dass er ersetzbar ist. Dass er ausgetauscht wird, wenn er mehr oder weniger auf dem Niveau der maschinellen Funktionalität nicht mehr richtig agiert. Das war Schirrmachers Albtraum.

Menschen sind unersetzlich, weil sie ein Bündel von Einzigartigkeit sind, sie die Kombination dieser Eigenschaften einmalig macht und das keine Funktionalität, sondern schlicht und ergreifend Leben ist. Das ist etwas, das wir uns bewahren und verteidigen müssen. Der Mensch in seiner Freiheit zu denken ist ein Solitär und er ist nicht ersetzbar. Diese Einzigartigkeit ist bedroht durch „Ego – das Spiel des Lebens“, so der Titel der letzten großen Publikation Schirrmachers, die 2013 im Blessing-Verlag erschien. Dieser Bedrohung wollte er entgegen treten, mit all den Fähigkeiten des Menschsein, mit denen er mehr als durchschnittlich ausgestattet war. Das war das zutiefst konservative Credo von Schirrmacher und er scheute sich nicht, in dieser Logik vom rechten zum linken Spektrum des Politikbetriebes zu sprin-

gen. Zu recht, denn es ging ihm um die Sache. Als Kämpfer dafür scheint er in unserer Gesellschaft, die so große Freude empfindet, in den Schaum von Big Data einzutauchen und in der Selbstgefälligkeit der Selfies ein Bad zu nehmen, wirklich unersetzlich. Wie entsetzlich! An dieser neuralgischen Stelle gibt es so wenige, dass der Verlust eines Menschen als unersetzlich empfunden wird. Nur dort darf Mensch noch Mensch sein, wo es um die Essenz des Menschseins geht, nämlich in der Familie, bei Freunden, mit Menschen im Geiste der Wertegemeinschaft. Schirrmacher hat gekämpft, dass zumindest das auch so bleibt. „Ego“ und der Umgang mit seinem Privatleben sind Zeugnis dafür.

Ein „sehr großer Geist“, so lautete die Headline der FAZ. So viele wirklich große Geister gibt es nicht und sehr gro-



Der Verleger und Publizist Frank Schirrmacher erlag am 12. Juni 2014 überraschend einem Herzinfarkt.

ße schon mal gleich gar nicht. Und wenn, dann sind sie schnell eingeschleust in das System der Notwendigkeiten und Incentives, damit sie ihre Potenziale in die Analyse von Börsenverläufen investieren, in die Entwicklung von Algorithmen, die in der quasi genialen Verbindung von Ökonomie und Physik den Takt der modernen Menschlichkeit vorgeben. Sie werden von der Hochschule weggekauft. Das befürchtete Schirrmacher, denn Ökonomie und Physik sind in seiner Darstellung die

entscheidenden Weichensteller des „Informationskapitalismus“. Ihre Vertreter stehen an der Wasserscheide, um all das zu dirigieren, was wir heute denken, zu fühlen glauben und angeblich freiheitlich entscheiden.

Für das Heute sah er die Entwicklung bedenklich, weil unsere Gedanken manipuliert werden, ohne dass wir das auch nur im Geringsten bemerken, weil wir uns einschleusen lassen in die Welt des Homo oeconomicus, der Modell war und zum role model mutierte. Nutzen-

Schirmmacher sah die Bedrohung im „EGO“.

maximierung, rational-choice, die Spieltheorie, vor allem der darin versteckte Versuch, die Vielfalt des Menschen auf eine Formel zu reduzieren, mit der man verlässliche Vorhersagen machen kann. Die Formel ist der Eigennutz, der eine Rationalität verspricht, die das Potenzial der sich selbst erfüllenden Prophezeiung hat: Wenn wir davon ausgehen, dass jeder im Grunde immer nur an sich denkt, dann wissen wir, was der andere denkt und wie er handeln wird. Auch und gerade, weil wir wissen, dass er weiß, dass wir wissen, was er denkt.

Diese spieltheoretischen Spiralen sind ein Relikt des Kalten Krieges. Den Blick starr auf einen erkennbaren Feind im Osten oder Westen gerichtet, war es damals wohl überlebensnotwendig, annähernd verlässlich vorhersagen zu können, ob der andere wirklich gewillt ist, das Leben eines großen Teils der Menschheit zu vernichten, um nicht nachgeben zu müssen. Im großen Spiel der Kräfte, der Weltmächte, wurden die Theoretiker nicht enttäuscht und dass es bis heute keinen atomaren Krieg gab, sehen sie auch als ihr Verdienst. Enttäuscht wurden sie letztlich nur von ihren Sekretärinnen. Die haben sie in eine Versuchsreihe eingebunden, um zu beweisen, dass die Dominanz des Eigennutzes ubiquitär ist. Leider haben die Damen offenbar nach anderen Regeln und mit anderen Prioritäten gespielt. Sie haben sich durchgängig für die Variante

der Kooperation entschieden und haben Abstriche am Eigennutz gemacht, um gemeinsam positive Ergebnisse zu erzielen. Eine Gender-Debatte haben diese Ergebnisse nicht ausgelöst, aber auch nicht dazu geführt, im Sinne des kritischen Rationalismus, den Ansatz als falsifiziert zu betrachten.

Leider bleibt auch Schirmmacher dann auf seiner These stehen. Nur am Rande werden die zahlreichen Studien der „bounded rationality“, die aufzeigen, dass der Mensch nicht durchgängig rational agiert, erwähnt. Unwichtig erscheinen die sozial-(psychologischen) Erkenntnisse, die zeigen, dass Entscheidungen durch Irrationalitäten geprägt sind. Die realistische Schule der Außenpolitik, die ja auch zunächst mit dem Modell des puren Eigennutzes agierte, ist mit den neorealistischen Ansätzen auf „soziale“ Menschenbilder umgestiegen. Wenn sich mit Adorno die Qualität einer These darin beweist, was sie nicht beachtet, dann ist insbesondere kritisch zu bewerten, dass Schirmmacher gänzlich darauf verzichtete, die Schlüsselspieler zu betrachten, die ja letztlich dann die Hebel der Maschine des Homo oeconomicus bedienen.

Er bleibt hier abstrakt, platziert die These, dass der Machtzuwachs von „Nummer zwei“ damit befeuert wurde, dass all die Physiker, die dem militärisch-industriellen Komplex in der Zeit des Kalten Krieges zur Verfügung standen, „sich die Krawatte umbinden und die Wall Street erobern sollten“. Sie haben, so Schirmmacher, das Spiel des Lebens an die Börse getragen. Und dort ist es eingeschlagen wie eine Bombe, die in der Börsenkrise im Mai 2010 einen Aussetzer hatte und dann in der Finanzkrise explodiert ist. Viele waren danach angeschlagen, einige angezählt, aber das

Spiel des Lebens, die Ego-Maschinerie hat überlebt.

Sie arbeitet weiter und deshalb bewertete Schirmmacher die Zukunft düster. Die Evolution schreitet voran und Schirmmacher hat in seinem viel zu kurzen Leben und auch nicht in „Ego“ die Zeit gehabt, zu prüfen, ob das „Böse“, verkörpert in der Züchtung des Egoismus eine Laune darwinistischer Natur war, oder eine konsequente Entwicklung der unabwiesbaren Tatsache, dass die Masse nie mit der Fachkompetenz einiger weniger mithalten konnte, diese immer „spielentscheidend“ voraus waren, sie in einem exterritorialen Kosmos die Bälle gespielt haben und der Rest der Menschheit im Abseits steht, ohne dass wir jemals Linien gesehen oder Pfiffe des Linienrichters gehört haben und dass die manipulierte Masse hinterher rennt. Frank Schirmmacher kann diese Fragen nicht mehr behandeln. Er war und ist auch nicht der erste, der sich mit der Problematik auseinandergesetzt hat, ob die Menschen ab einem Zeitpunkt X von der Technik geleitet werden und die Deutungshoheit über ihr Leben verlieren. In einer noch weniger technisdurchdrun-

Schirmmachers Blick in die Zukunft war DÜSTER.

genen Umwelt hat Helmut Schelsky im letzten Jahrhundert den „technischen Staat“ proklamiert, der das Ende der wertsetzenden Politik einleitete. Erst der Staat, dann das Individuum?

Die Befürchtungen, die Schirmmacher antrieben, speisen sich in der Entwicklung dieser ganzen Sache aus dem militärisch-industriellen Komplex, der unter der Dunstglocke des Kalten Krieges entstand. Den hat Schirmmacher mit viel Fleißarbeit analysiert und mit sorgenvollem Blick seziert. Er hat viel gearbeitet, um dieses Buch zu schreiben. Er hat gezeigt, dass die Mechanisierung, die Automatisierung oder wie auch immer wir das nennen wollen, einer gewissen Logik folgte. Er hat gezeigt, dass sie ihre konsequente Weiterführung in den Neuen Medien gefunden hat. Man muss nicht alle seine Schlussfolgerungen übernehmen und man kann durchaus an der einen oder anderen Stelle die Kritiker verstehen, wenn sie in Schirmmachers Buch Verschwörungstheorien sehen und ihm ein zu großes „Ego“ vorwerfen.

Schirmmachers Leistung, die Leistung eines intellektuellen, wertstabilen, herausragenden Journalisten, ist, dass er in Zusammenhängen dachte und dass er für sich selbst eine Plattform gefunden hatte, um seinen Gedanken auch öffentlichkeitswirksam Ausdruck zu geben. Er hat konsequent den Finger in die verwundete Selbstbestimmtheit der Menschen gelegt, mit dem Ziel, die menschliche Gestaltungsmacht hoch zu heben.

Eine machtvolle Stimme ist weg und wurde ausradiert, auch aus der Headline der FAZ, für die er so lange gekämpft hatte, und das bereits einen Tag nach seinem Tod. Offenbar hatte er nicht nur Freunde. So wie das eben ist, wenn man nicht nur quer, sondern auch kreuz denkt. Das Spiel des Lebens endet mit dem Tod. Tote können keine Verantwortung mehr übernehmen. Es gibt Zeitschriften und Magazine, die ihre

ehemaligen Herausgeber in der Liste stehen lassen, wenn auch mit einem Kreuz in Klammern. Aber das Spiel des Lebens sieht unter dem Schlussstrich solche juristischen Irritationen nicht vor und deshalb ist es vermutlich auch im Sinne Schirmmachers, dass er nicht mehr in der öffentlichen Debatte eingebunden ist, sondern seine ehrliche, private Wertschätzung erfährt – posthum, aber nicht vergeblich, wenn wir das so wollen.

Denn so wunderbar es ist, dass es unbequeme Denker gibt, die uns alle auf höchstem intellektuellen Niveau immer wieder auf uns selbst verweisen – unsterblich sind nur ihre Ideen. Politische Stiftungen dagegen sind ein Konglomerat unterschiedlicher Köpfe, Gedanken und Ansätze. Sie sind in institutionalisierter Form auch dazu da, in ihrer täglichen Arbeit die Gestaltungsmacht und Deutungshoheit des Menschen zu bewahren. Wir in der Hanns-Seidel-Stiftung arbeiten daran, dass Technik ein Instrument bleibt und der Primat der Politik nicht untergraben wird. In dieser Hinsicht sind wir auf einer Linie mit Frank Schirmmacher. ///



/// DR. CLAUDIA SCHLEMBACH

ist Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Hillary Clinton positioniert sich

BEWERBUNGSSCHREIBEN MIT 900 SEITEN

REINHARD MEIER-WALSER /// Mit einer minutiösen Rekonstruktion ihrer vierjährigen Amtszeit als Außenministerin der USA bringt sich Hillary Rodham Clinton als Kandidatin der Demokraten für die Präsidentschaftswahlen im November 2016 in Stellung. Ihre fast 900 Druckseiten umfassenden Erinnerungen¹ sowie ein in der internationalen Presse vielbeachtetes Interview mit Jeffrey Goldberg für das Magazin „The Atlantic“, in dem sie insbesondere Präsident Obamas Irak- und Syrienpolitik sowie Washingtons Position in den laufenden Atomverhandlungen mit Teheran kritisiert, liefern bemerkenswerte Hinweise auf die Strategien und Leitlinien US-amerikanischer Außenpolitik, wie sie von einer möglichen Präsidentin Hillary Clinton später konzipiert werden könnten.

Hohe Wellen schlug Hillary Clintons jüngste unverblümete Kritik an Präsident Obamas Außenpolitik insofern, als sie in ihren Erinnerungen noch blumig von der „unerwarteten Partnerschaft und Freundschaft mit meinem vormaligen Rivalen Barack Obama“ (S. 14) am Beginn ihrer Amtszeit und schließlich einer tränenreichen Verabschiedung vom Präsidenten im Oval Office berichtet hatte. „Diese vier Jahre hatten uns in einer Weise verändert, die wir beide nicht hatten ahnen können. Was wir gemein-

sam erlebt und getan hatten, half uns, einander und die Welt so zu verstehen, wie wir es zuvor niemals vermocht hätten. [...] Tränen stiegen mir in die Augen, und ich umarmte den Präsidenten und versicherte ihm erneut, wie viel mir die gemeinsame Arbeit und unsere Freundschaft bedeuteten. Und dass ich jederzeit bereitstehen würde, wenn er mich einmal brauchen sollte.“²

Auf die Frage Jeffrey Goldbergs, wie sie zu der von Präsident Obama vor kurzem selbst salopp formulierten Leitlinie



Good to be home: Wird sie möglicherweise die erste Frau an der Spitze der Weltmacht USA? Hillary Rodham Clinton bei einer Signierstunde ihres kürzlich erschienenen Buches Mitte August in East Hampton.

seiner Außenpolitik „Don't do stupid stuff“ (frei: keinen Blödsinn machen) stehe, antwortet Hillary Clinton im August 2014 geradezu undiplomatisch direkt: „Große Nationen benötigen Prinzipien der Ordnung und ‚Don't do stupid stuff‘ ist kein solches Organisationsprinzip“.³

Ihre Schelte an Obamas Außenpolitik reicht vom Grundsätzlichen bis ins Detail, wobei die Haltung Washingtons in den diversen Krisen und Konflikten im Nahen und Mittleren Osten im Vordergrund steht. Als gefährlichstes Problem sieht sie gegenwärtig das Vordringen dschihadistischer Terrorgruppen, deren Ziel es sei, zu expandieren, ihr Gewaltregime auf die gesamte Region auszuweiten und durch Terrormaßnahmen auch die USA und Europa zu bedrohen. Vor diesem Hintergrund fordert sie nicht nur ein engagierteres Eingreifen der USA, sondern eine überwölbende außen- und sicherheitspolitische Strategie zur Bewältigung dieser gewaltigen, nicht nur regionalen Herausforderung. Aufgrund der historischen Lektion Amerikas aus der Ära des Kalten Krieges, die Niederlage der Sowjetunion und das Ende der kommunistischen Weltbewegung durch eine Doppelstrategie aus Containment (Eindämmung) und Deterrence (Abschreckung) herbeigeführt zu haben, denkt sie auch im Kontext der aktuellen Gefahr einer globalen, von der feindlichen Ideologie des Dschihadismus getragenen Terrorbewegung „häufig nach über Eindämmung, Abschreckung und Sieg“⁴.

Dass gewalttätige islamistische Milizen im Mittleren Osten überhaupt derartige Erfolge erzielen konnten, kreditet sie wiederum unverblümt der Außenpolitik Präsident Obamas an: „Das Unvermögen, beim Aufbau einer glaubwürdigen Streitmacht des syrischen Volkes,

von dem die Proteste gegen Assad ausgingen, mitzuhelfen, führte zu einem großen Vakuum, das die Dschihadisten nun ausgefüllt haben.“⁵

In dieser Frage hatte Hillary Clinton bekanntermaßen bereits während ihrer Amtszeit als Außenministerin eine andere Position als Präsident Obama eingenommen, indem sie zusammen mit dem CIA-Direktor General David Petraeus dafür plädiert hatte, in Syrien eine nicht extremistische Rebellenstreitmacht auszubilden und auszurüsten, während Obama eine militärische Verwicklung der USA im syrischen Bürgerkrieg strikt vermeiden wollte. In ihren Erinnerungen räumt Clinton allerdings ein, dass während der damaligen Eskalationsphase des syrischen Bürgerkrieges im Jahre 2012 „jegliche Tätigkeit oder Untätigkeit“ der USA „hohe Risiken“ barg, zumal beides „unbeabsichtigte Folgen haben“ konnte. Deshalb finden sich in den Erinnerun-

Hillary Clinton **KRITISIERT** neuerdings ganz offen Obamas Außenpolitik.

gen auch lediglich vage Andeutungen bedacht formulierter Kritik. „Der Präsident neigte dazu, an seinem Kurs festzuhalten und keine nennenswerten weiteren Schritte zur Bewaffnung der Rebellen zu unternehmen. [...] Zu Beginn unserer Partnerschaft hatte er versprochen, mir stets aufrichtig Gehör zu schenken. Daran hatte er sich stets ge-

halten. Nur war es mir in diesem Fall nicht gelungen, meine Haltung durchzusetzen.“⁶

Auch in der Frage des Atomkonfliktes mit Teheran greift Hillary Clinton im „The Atlantic“-Interview den Kurs Washingtons offen an und präsentiert sich angriffslustig und offensiv. Die Nationale Sicherheitsberaterin der USA, Susan Rice, und die Leiterin der US-amerikanischen Verhandlungsdelegation bei den Atomgesprächen, Wendy Sherman, hatten bei einem Besuch in Israel Anfang Mai 2014 unumwunden eingeräumt, dass der Iran höchstwahrscheinlich eine „gewisse Kapazität zur nuklearen Anreicherung behalten würde“. Demgegenüber betont Hillary Clinton, „dass sie immer im Lager derjenigen gewesen ist, die die Position vertreten haben, dass der Iran überhaupt kein Recht auf Anreicherung hat. [...] Es gibt kein Recht auf Anreicherung. Diesbezügliche Forderungen Teherans sind absolut unbegründet.“⁷

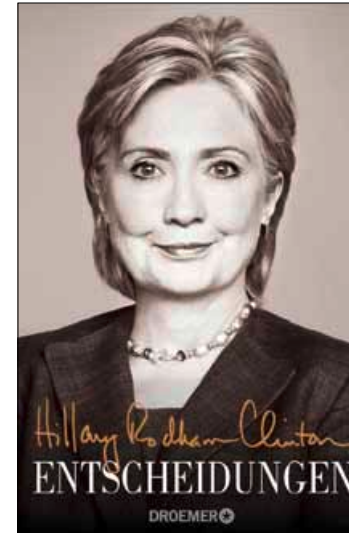
Die Kritik kommt **ÜBERRASCHEND**.

Dass Hillary Clinton derartig harsch mit der Außenpolitik des US-Präsidenten zu Gericht gehen würde – die Liste einzelner Kritikpunkte ließe sich noch verlängern, konnte man zumindest nach der Lektüre ihrer Erinnerungen nicht erwarten, zumal sie an vielen Stellen die „Freundschaft mit Barack“ hervorhebt, dem sie bereits vor ihrem Amtsantritt als Außenministerin versichert hatte,

dass sie ihn „zu hundert Prozent unterstützen“⁸ werde.

„Entscheidungen“ (im Original „Hard Choices“⁹) ist ihr Rückblick auf die erste Legislaturperiode der Obama-Administration, in der die ehemalige Aktivistin, Anwältin, First Lady und Senatorin das State Department leitete und damit zusammen mit dem Präsidenten die außenpolitischen Schalthebel der Supermacht USA in Händen hielt. Zwischen ihrem ersten (22. Januar 2009) und letzten (1. Februar 2013) Dienst-Tag besuchte sie 112 Länder, legte rund anderthalb Millionen Kilometer zurück und versuchte – ihren eigenen Worten zufolge – „auf dem Hochseil der internationalen Diplomatie“ dafür zu sorgen, „dass Amerika die ‚unverzichtbare Nation‘ ist und bleibt“.¹⁰

Der facettenreichen Agenda sowie dem ambitionierten Ansinnen entsprechend umfangreich und differenziert sind Hillary Clintons Erinnerungen tatsächlich ausgefallen, wobei der Fokus erfreulicherweise nicht primär auf der Nacherzählung von Dienstreisen und Begegnungen mit Kollegen („narrative of events“) liegt, sondern in der Rekonstruktion der Hintergründe und Umstände außenpolitischer Entscheidungen und Weichenstellungen. In ihrer Vorbereitung außenpolitischer „Entscheidungen“ habe sie als Außenministerin die vor ihr liegenden Herausforderungen in drei Kategorien eingeteilt: „Die Probleme, die wir geerbt hatten, darunter zwei Kriege und eine globale Finanzkrise; die neuen, oft unerwarteten Ereignisse und heraufziehenden Gefahren, von den Treibsänden des Nahen Ostens über die stürmischen Gewässer des Pazifiks bis hin zum unbekanntem Terrain des Cyberspace; und schließlich die Möglichkei-



Rodham Clinton, Hillary: **Entscheidungen.**
München: Verlag Droemer-Knaur 2014, 944 Seiten,
€ 28.00.

ten, die sich in einer zunehmend vernetzten Welt bieten und die dabei helfen können, das Fundament für die Vormachtstellung Amerikas im 21. Jahrhundert zu legen.“¹¹

Dass „Don’t do stupid stuff“ niemals ihr Motto war und auch niemals sein wird, zeigt sich an dem in Hillary Clintons Erinnerungen mehrfach auftauchenden strategischen Konzept der „Smart Power“, an dem sie sich zur Kursbestimmung der US-amerikanischen Außenpolitik zu orientieren suchte. „Um im 21. Jahrhundert erfolgreich zu sein, müssen wir die traditionellen Werkzeuge der Außenpolitik – Diplomatie, Entwicklungshilfe und Militär – besser miteinander verzahnen, zugleich Energien und Ideen aus dem privaten Sektor aufnehmen und die Bürger – zumal jene Aktivisten, Organisatoren und Problemlöser, die wir unter dem Begriff

der Zivilgesellschaft subsumieren – befähigen, sich ihren Herausforderungen selbst zu stellen und ihre Zukunft selber zu gestalten.“¹²

Um die neuen internationalen Herausforderungen bewältigen zu können, müsse Amerika – und das klingt nun schon weniger nach „Erinnerungen“ an eine zurückliegende Amtsperiode denn nach programmatischer Linie für eine zukünftige Kandidatin, – alle seine Stärken „darauf verwenden, eine Welt aufzubauen, in der wir mehr Partner und weniger Widersacher haben, mehr geteilte Verantwortung und weniger Konflikte, mehr gute Arbeitsplätze und weniger Armut, mehr gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und weniger Umweltschäden“¹³.

In den explizit perspektivisch angelegten Abschnitten in den Schlusskapiteln ihrer Erinnerungen verknüpft Hil-

lary Clinton die internationale Position der USA kausal und geradezu untrennbar mit der inneren Kohärenz des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systems der Vereinigten Staaten, indem sie darauf verweist, dass „unsere Stärke im Ausland immer von unserer Entschlossenheit und Belastbarkeit zu Hause“¹⁴ abhängt. Diese Betonung innerer Festigkeit als Voraussetzung äußerer Potenz kommt nicht von ungefähr, liefert die Verfasserin einem Katalog poli-

In ihren Memoiren zeichnet sie bereits eine ZUKÜNFTIGE programmatische Linie.

tischer Prioritäten ähnlich doch sogleich eine Liste notwendiger Maßnahmen zur Behebung der von ihr diagnostizierten Fehlentwicklungen mit: „Das Einkommen der Mittelklasse sinkt seit mehr als zehn Jahren, während die Armut zunimmt, da fast sämtliche Früchte des Wachstums allein jenen an der obersten Spitze zugute kommen. Wir müssen dafür sorgen, dass mehr Menschen einen guten Job finden und dass harte Arbeit mit steigenden Löhnen, Wertschätzung und dem Aufstieg zu einem besseren Leben belohnt wird. Wir müssen die Investitionen tätigen, die für eine Ökonomie im 21. Jahrhundert notwendig sind, in dem es mehr Chancen und weniger Ungleichheit geben sollte. Wir sollten die politische Funktionsstörung in Washington beheben, die unseren Fortschritt hemmt und dem Ansehen unserer Demokratie schadet. Das bedeutet, dass eine noch größere Zahl unserer Nachbarn und Mitbürger befähigt werden muss, umfassend an unserem Wirtschaftssystem und an unserer Demokratie teilzuhaben. Nur auf diese Weise

lässt sich der amerikanische Traum erneuern, lassen sich unser Wohlstand und unsere globale Führungsrolle langfristig sichern.“¹⁵ – Offenbaren sich hier schon Ansätze eines politischen Wahlprogramms der Bewerberin um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten?

Auf die Beantwortung der Frage, ob die 67. Außenministerin der USA im Januar 2017 zum zweiten Mal ins Weiße Haus in Washington, D.C., einziehen wird – diesmal nicht als „First Lady“ an der Seite ihres Ehemannes Bill, der von 1993 bis 2001 amtierte, sondern als erste Frau an der Spitze der Vereinigten Staaten von Amerika, wird man noch zwei Jahre warten müssen. Spätestens mit der Veröffentlichung ihrer „Entscheidungen“ scheint Hillary Rodham Clinton sich jedenfalls entschieden zu haben, zu gegebener Zeit ihren Hut in den Ring für die Wahlen im November 2016 zu werfen. Zwar wendet sie im Epilog ihrer Erinnerungen ein, sie könne „die Frage, die mir, als ich im vergangenen Jahr durchs Land reiste, am häufigsten gestellt wurde“, nämlich die, ob „ich 2016 für die Präsidentschaft kandidieren werde“, noch nicht endgültig beantworten. Doch fühle sie sich, wie sie im selben Abschnitt einräumt, „jedes Mal, wenn diese Frage aufkommt [...] geehrt angesichts der Leidenschaft und Begeisterung derer, die mich ermuntern anzutreten, zumal, da sie meinen, ich hätte die Führungsqualitäten, die unser Land braucht“.¹⁶ Da ungeachtet vieler unbequemer und schwieriger Entscheidungen („hard choices“), die Hillary Rodham Clinton in ihrem Leben zu treffen hatte, eines für sie „nie eine schwere Entscheidung“ war, nämlich „unserem Land zu dienen“, wird sie sich ohne Zweifel auch der neuen, größten Herausforderung ihres beruflichen Lebens

stellen wollen, zumal die vier Jahre an der Spitze des State Department zumindest bislang „die größte Ehre meines Lebens“¹⁷ waren. ///



/// PROF. DR. REINHARD MEIER-WALSER

ist Chefredakteur der Politischen Studien und Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

- ¹ Rodham Clinton, Hillary: Entscheidungen, München 2014.
- ² Ebd., S. 879, 880.
- ³ Goldberg, Jeffrey: Hillary Clinton: „Failure“ to Help Syrian Rebels Led to the Rise of ISIS, in: The Atlantic, 10. August 2014, zitiert nach <http://www.theatlantic.com/international/print/2014/08/hillary-clinton-failure-to-help-syrian-rebels-led-to-the-rise-of-isis/375832/>, S. 25, Stand: 21.8.2014.
- ⁴ Ebd., S. 23.
- ⁵ Ebd., S. 16.
- ⁶ Clinton: Entscheidungen, S. 697.
- ⁷ Goldberg: Hillary Clinton, S. 7.
- ⁸ Clinton: Entscheidungen, S. 25
- ⁹ Rodham Clinton, Hillary: Hard Choices, New York 2014.
- ¹⁰ Clinton: Entscheidungen, S. 16, 15.
- ¹¹ Ebd., S. 13.
- ¹² Ebd., S. 13.
- ¹³ Ebd., S. 13 f.
- ¹⁴ Ebd., S. 881.
- ¹⁵ Ebd., S. 881 f.
- ¹⁶ Ebd., S. 883.
- ¹⁷ Ebd., S. 16.



Jesse, Eckhard / Sturm, Roland: Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen. Baden-Baden: Nomos-Verlag 2014, 718 Seiten, € 129,00.

/// Bürger und Parteien

DIE QUAL DER WAHL

Wahlen ändern doch etwas, es lohnt also, an ihnen teilzunehmen: Werner Patzelt's essayistischer Mutmacher ist ein gelungenes Resümee des Buches. Ein anderes könnte lauten: Die Parteien sind noch lange nicht so weit wie die Wähler. Diese sandten bei der Bundestagswahl 2013 offenkundig Signale aus, die jene (noch) nicht verstanden haben. Dass die SPD wider besseren Wissens stur das rot-grüne Mantra abspulte, kann man nicht einmal als Wählertäuschung brandmarken, sondern getrost als Irrtum abtun. Die Illusion war zu offensichtlich. Viel schwe-

rer wiegt, dass der Wähler mehr und mehr entmündigt wird, weil sich die Parteien kaum noch dazu äußern, was sie eigentlich wollen.

Im Unionslager setzte zwar die CSU Akzente, doch der Merkel-Wahlkampf hatte insgesamt die Wirkung einer Schlaftablette: angenehm einlullend und ohne Vision für die Zeit nach dem Aufwachen. Der Politologe Karl-Rudolf Korte und sein Mitarbeiter Matthias Bianchi haben richtig beobachtet, wenn sie die „Kanzlerpräsidentin [...] mit forciert Passivität“ (S. 347) durch das stille Wasser des Wahlkampfes navigie-

ren sahen. Die SPD wiederum tat sich schwer, der Deeskalationsstrategie der CDU offensiv kontra zu geben – nur einer von vielen Fehlern des sozialdemokratischen Wahlkampfes, die Uwe Jun und Alexander Berzel herausarbeiten. Dass am Ende „nur“ eine Große Koalition zustande kam, passt ins Bild. Das historische Scheitern der FDP, die Schwäche der Grünen, die Isolation der Linken im Bund und der Nichteinzug der AfD trugen dazu bei, dass die großen Volksparteien zusammen zwar auf 67,2 % gekommen waren (weit mehr als noch bei der „kleinen“ Koalition 2009), aber trotzdem aufeinander angewiesen sind. Es ist paradox: Die Zersplitterung der Parteienlandschaft schritt 2013 voran, hatte aber dank der Fünfprozenthürde bei der Mandatsverteilung im Parlament den umgekehrten Effekt der Parteienkonzentration.

Mancher Bürger mag sich die Große Koalition gewünscht haben, „gewählt“ hat er sie nicht. Resigniert stellen die Herausgeber, die Parteien- und Koalitionsforscher Eckhard Jesse (Chemnitz) und Roland Sturm (Erlangen), in der Einleitung fest: „Das ‚Historische‘ an der Bundestagswahl dürfte darin liegen, dass künftig das Wählervotum weit weniger als bisher über die zu bildende Koalition aussagen wird. Die Festlegungen der Parteien auf ein Bündnis vor der Wahl und damit die ‚Lagerbildung‘ haben hohe politische Kosten nach der Wahl.“ (S. 11) In dasselbe Horn stößt die Analyse von Jan Schoofs und Jan Treibel zu den Wettbewerbsstrategien der Parteien: Lagerwahlkämpfe, so konstatieren sie, „schrecken [...] unentschlossene Wähler ab und verbauen zudem die eigenen Machtoptionen.“ (S. 58) Thomas Schubert, der die Koalitionssignale der Parteien unter die

Lupe nimmt, mahnt zu mehr Verbindlichkeit, aber auch Flexibilität: Große Koalition und Schwarz-Grün seien allenfalls als „sekundäre Variante“ (S. 93) in Erscheinung getreten. Dabei seien die Bürger, so der Freiburger Wahl- und Parteienforscher Ulrich Eith, „politisch mündiger und unabhängiger geworden“. (S. 109)

Leider dringen ausgerechnet die Analysen der einzelnen Parteien nicht tiefer in dieses Problem ein. Sie verharren meist in Deskription und manchmal gar in Affirmation – alles in allem der schwächere Abschnitt eines ansonsten instruktiven Readers. Aus ihm ragen die Aufsätze hervor, die sich mit den Institutionen und Mechanismen der bundesdeutschen Demokratie befassen, also eher indirekt etwas mit der Bundestagswahl zu tun haben. Dies gilt insbesondere für Florian Grotz' luzide Analyse der Wahlrechtsreform. Der Autor spart nicht mit Kritik an der obstruktiven, von Machtkalkülen und Unwillen bestimmten Rolle der Parteien. Es waren außerparlamentarische Akteure, die immer wieder den Finger in die Wunde legten und mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts die Ungerechtigkeit des negativen Stimmengewichts bei Überhangmandaten beseitigten. Grotz warnt jedoch eindringlich vor den negativen Folgen des neuen Wahlrechts, die 2013 allerdings (noch) nicht in Erscheinung getreten waren. Sein Monitum ist eine Aufblähung des Bundestags durch „unechte Ausgleichsmandate“. Dieser Effekt könne sich unter anderem dann einstellen, wenn eine kleine, aber regional starke Partei wie die CSU viele Überhangmandate gewinnt. Verstärkt würde er durch eine geringe Wahlbeteiligung (also einer größeren Wirkung der Sperrklausel).

„Der Bundestag wird massiv vergrößert, in einem Sechsparteiensystem etwa um den Faktor 15-20 pro überzähligen CSU-Sitz.“ (S. 132)

Der Chemnitzer Politikwissenschaftler Tom Mannewitz untersucht die Bundespräsidentenrücktritte und beklagt, die „Causa Wulff“ habe die Identifikationsmöglichkeit mit dem Bundespräsidenten „untergraben“ und das Amt „profanisiert“ (S. 415). Patrick Horst von der Universität Passau widerlegt die verbreitete Auffassung des Bundesrats als „Vetospiele“ und kommt zu dem Schluss, die auf Kooperation und Kompromiss angelegte Länderkammer taue kaum „als parteipolitisches Blockadeinstrument“ (S. 470). Der Bonner Politikprofessor Frank Decker schließlich warnt vor einer Volksgesetzgebung auf Bundesebene: „Dem Volk die Möglichkeit einzuräumen, selbst an die Stelle des parlamentarischen Gesetzgebers zu treten, verbietet sich im nationalen Rahmen [...] aufgrund der dysfunktionalen Rückwirkungen auf das parlamentarische System, die ungleich gravierender wären als in den Ländern.“ (S. 638) Das Volk hat im Bund allerdings mehr Möglichkeiten zur Veränderung, als die Prediger der Demokratieverdrossenheit glauben machen wollen. Die Parteienverdrossenheit wiederum schüren die Parteien selbst, denen es zur Zeit kaum gelingt, die Stimme des Volkes zu vernehmen.

JÜRGEN P. LANG

Chorherr, Christa:
Im Schatten des Halbmonds
– Christenverfolgung in
islamischen Ländern.
Wien: Verlag Styria 2013,
288 Seiten, € 24,99.



Christsein in islamischen Ländern war noch nie so gefährlich, meint Christa Chorherr, Publizistin und Autorin des Buches „Im Schatten des Halbmonds – Christenverfolgung in islamischen Ländern“. Während Muslime in westlichen Ländern offensiv ihre Anerkennung fordern, gibt es wenige Personen und Institutionen, die auf den Skandal systematischer Diskriminierung und Verfolgung von Christen vor allem im Nahen Osten, aber auch in anderen Weltregionen, hinweisen. Dabei sind Millionen von Christen zunehmendem religiösen Fanatismus und Gewalt in vielfältigen Formen ausgesetzt. Nach einer historischen Studie über die Entwicklung der monotheistischen Religionen schildert sie in sehr konkreter Weise die gegenwärtige Situation von Christen in einzelnen Ländern. Einführend stellt sie die Entwicklung des Islam hin zu einem umfassenden Gesellschaftsmodell dar, das die Trennung von Religion und Staat nicht (mehr) kennt.

Dass weltweit geschätzte 100 Millionen Christen in 50 Ländern bedrängt, verfolgt und teilweise sogar getötet werden, wird in den zentralen Medien nicht thematisiert. Dabei hat der „Arabische Frühling“ die Lage der Christen noch erheblich verschärft. Die Verfasserin

möchte in diesem Werk nicht theologische Differenzen hervorheben, sondern das Problem verwehrter Religionsfreiheit aus menschenrechtlicher Perspektive darstellen. Dabei zeigt sie, dass religiöse Konflikte nahezu ausschließlich auch das Resultat sozialer Missstände, historisch gewachsener Ressentiments, ethnischer Trennlinien und ökonomischer Interessendifferenzen sind.

Chorherr zeigt, dass die Christen häufig als Sündenböcke für eine verfehlte Politik „des Westens“ herhalten müssen. Ob das Palästinenserproblem, die Anwesenheit amerikanischer Truppen im Bereich muslimischer Heiligtümer oder allgemeine Folgen westlichen Imperialismus – die Liste der Versäumnisse westlicher Politik in Regionen mit islamischer Bevölkerungsmehrheit ist groß. Die anti-christliche Stimmung wird durch Predigten geschürt, die nicht nur in Moscheen, sondern auch über Tonbandaufnahmen auf dem Basar, im Taxi oder in Privathäusern zu vernehmen sind. Neben den genuin politischen Argumenten gegen den „Westen“ werden Stereotypen moralischen Verfalls bedient – Gewohnheiten wie das Trinken von Alkohol, das Essen von Schweinefleisch und allgemeine Freizügigkeit werden dabei als Gründe für die Verachtung des westlichen Lebensstils betont. Dabei werden negative Exzesse okzidentaler Lebensweise bedenkenlos auf das angebliche Verhalten von Christen projiziert.

Wie Chorherr verdeutlicht, hält die Mehrzahl der Muslime den Islam für die letzte und endgültige Stufe der Wahrheit. Das Denken und Handeln der Muslime speist sich aus dem reinen Wort Gottes, dem Koran, und Tausenden von Einzelberichten über das Leben des Propheten Mohammed, den Hadi-

then. Als jüngste Offenbarungsreligion versteht sich der Islam als letzte und vollkommene Stufe des Glaubens. Den Juden und Christen wurde als „Leuten des Buches“, die auf den gemeinsamen Stammvater Abraham zurückblicken, in den Zeiten stürmischer Expansion des Islam im 7. und 8. Jahrhundert der Status Schutzbefohlener (Dhimmis) zugewiesen. Zwar mussten die Christen die Herrschaft des Islam anerkennen, sie konnten aber nach Entrichtung einer Kopfsteuer (Dschizya) unbehelligt ihren Berufen nachgehen. Dennoch wurden gesellschaftliche Anreize zum Übertritt zum Islam konzipiert. Wie Chorgherr zeigt, wurden den Nicht-Muslimen im historischen Verlauf jedoch immer mehr Hürden in den Weg gestellt – in Krisenzeiten wurde ihr Eigentum beschlagnahmt; Juden und Christen werden häufig zu Sündenböcken gemacht. Dabei waren die islamischen Gesellschaften gerade von zahlreichen Dienstleistungen ihrer christlichen Mitglieder abhängig. Mit der schrittweisen Einführung der Scharia gerade in nahöstlichen, aber auch einigen afrikanischen Staaten seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist den dort lebenden Christen mittlerweile jede Rechtssicherheit verloren gegangen. Ein christlicher Massensexodus aus dem Nahen Osten ist die traurige Folge dieser Entwicklungen, zeigt die Autorin.

Der von George W. Bush forcierte Krieg gegen den Terror wurde von vielen Muslimen als Kriegserklärung an die muslimische Welt verstanden. Auch in diesem Falle leiden Christen wieder, weil sie für diese politische Strategie in Sippenhaft genommen werden. Chorgherr zeigt, dass der Druck auf Christen selbst in „moderaten“ Ländern wie Tunesien zunimmt. Hier wird weniger direkte Gewalt an Christen verübt, aber

sie werden mehr und mehr aus öffentlichen Funktionen ausgeschlossen. In Ägypten hat sich die Lage durch die vorübergehende von den Muslimbrüdern gestellte Regierung und die darauffolgende Absetzung Präsident Mursis durch einen Putsch des Militärs besonders verschärft, weil die ins Hintertreffen geratenen Muslimbrüder gerade Christen zum Ziel ihrer Frustrationen machen. Brennende Kirchen gehören im Land am Nil mittlerweile leider zur Normalität.

Zwar gibt Chorgherr keine direkten Handlungsanweisungen, die zur Verbesserung der Lage der Christen beitragen können. Das Buch stellt jedoch einen Weckruf an eine weitgehend gleichgültige Öffentlichkeit dar. Dazu fordert die Autorin die im Westen die Religionsfreiheit in Anspruch nehmenden Muslime auf, offen die in vielen Ländern praktizierte Intoleranz gegenüber Andersgläubigen anzuprangern. Die Ursachen siedelt sie jedoch in komplexen Zusammenhängen an, so dass das Buch keineswegs den Charakter einer ideologischen Abrechnung trägt. Es ist nicht nur für gläubige Menschen zu empfehlen, sondern auch für Personen, denen die globale Verwirklichung elementarer Menschenrechte am Herzen liegt.

CHRISTOPH ROHDE

Hansel, Mischa: **Internationale Beziehungen im Cyberspace. Macht, Institutionen und Wahrnehmung.** Wiesbaden: Springer VS 2013, 401 Seiten, € 49,95.



Das Internet wurde ursprünglich für eine kleine Wissenschaftlergemeinschaft konzipiert. Es hat sich zu einer allesumspannenden Informations- und Kommunikationsinfrastruktur entwickelt und wir leben heute in einer digitalen Gesellschaft. Der globale Zusammenschluss von Computernetzwerken, der Cyberspace, ist auch für die internationale Politik von Bedeutung. Durch ihn ist „ein neues Interaktionsfeld für die internationalen Beziehungen entstanden“ (S. 11). In diesem sich ständig weiterentwickelnden virtuellen Raum gibt es daher noch viele Unklarheiten und Unsicherheiten. Insbesondere politische Entscheidungsträger stehen vor der Herausforderung, hier verantwortungsvoll zu agieren.

Wer kompetent über die Bedrohungen aus dem Cyberraum schreiben will, muss Abstand nehmen von der häufig überzogenen Rhetorik der Medien, die oft schon einen Cyberkrieg herbeischreiben. Dem Politikwissenschaftler Mischa Hansel gelingt dies in seiner Dissertation vorbildlich. Sie ist einerseits in der Diktion ausgewogen und anspruchsvoll und legt andererseits Wert auf eine explizit akademische Methodik. Zudem ist sie äußerst gut fundiert: Der Autor wertet auf fast 350 Seiten nicht nur die internationale Fachliteratur umfassend aus, sondern greift darüber hinaus auf

Erkenntnisse aus über 20 Experteninterviews zurück.

Das in der Reihe „Globale Gesellschaft und internationale Beziehungen“ bei Springer VS erschienene Fachbuch nimmt die Struktur des Internets in den Blick, die zahlreiche, bei seiner Entwicklung nicht absehbare Sicherheitsprobleme aufwirft. Untersucht wird die äußerst aktuelle Fragestellung, wie die „politische [...] Bewältigung dieser Probleme, insbesondere auf zwischenstaatlicher Ebene“ (S. 340) bewerkstelligt werden kann.

Der Leser erhält hierzu sehr gute Einblicke in die Komplexität des Problemfelds und wird mit allen relevanten Begriffen vertraut gemacht. Mit Blick auf die technischen Eigenschaften „erleichtert [das Internet] Versuche der Datenverarbeitung und erschwert Versuche, die Integrität, Authentizität und Vertraulichkeit von Daten zu gewährleisten.“ (S. 191) Indem Hansel diese Elemente näher beschreibt, werden die wichtigsten Sicherheitsrisiken und Bedrohungsszenarien benannt. Auch wird diskutiert, wie diesen mit Hilfe von technischen und organisatorischen Mitteln begegnet werden kann.

Besonderes Augenmerk liegt auf der Unterscheidung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren. Obwohl immerzu auf die „Demokratie des Internets“ verwiesen wird, sind Staaten im Cyberspace die bedeutenderen und stehen daher im Zentrum der Dissertation. Autoritäre und demokratische Staaten unterliegen, wie deutlich wird, verschiedenen internen und externen Handlungsbedingungen. Sie haben nicht nur andere Cyberverwundbarkeiten, sondern setzen auch unterschiedliche defensive und offensive Cyberfähigkeiten ein.

Welche Variablen beeinflussen nun die Handlungsbedingungen staatlicher Akteure bei der Gestaltung internationaler Beziehungen? Zuerst wird hierbei auf die schwache Kooperationsdynamik verwiesen, die dem Cyberspace strukturell eingeschrieben ist. Anschließend werden die Faktoren Macht, Institution und Wahrnehmung intensiv beleuchtet. Zur theoretischen Fundierung werden der Neorealismus, der Institutionalismus, und verschiedene kognitive Theorien herangezogen. Die Forschungsarbeit macht deutlich, dass machtbezogene und institutionelle Mechanismen im Cyberspace nur unter erschwerten Bedingungen eingesetzt werden können. Auch ist dieser Raum prädestiniert für politische Fehlurwahrnehmungen, die den Sicherheitsdiskurs verzerren. Es wird aufgezeigt, dass die Bedingungen, unter denen im Cyberspace Politik auf internationaler Ebene gestaltet wird, neu, komplex und mitunter äußerst schwierig sind. Die Akteure, sowie deren Ziele und deren Mittel sind vielfältig. Vertraute Denkmuster aus der realen Welt können oft nicht auf die virtuelle übertragen werden.

Besonders hervorzuheben ist, dass Hansel in seinem Werk grundlegende Hintergrundinformationen mit anschaulichen Fallbeispielen gelungen kombiniert. Der Aufbau ist klar, doch manche wichtigen Informationen wie beispielsweise die Definition von Cyberkrieg oder die Frage, wie diese Konfliktart völkerrechtlich abzugrenzen ist, gehen in der Fülle an Informationen unter. In der Gliederung sind sie nicht präsent.

Aufgrund des hohen akademischen Niveaus ist das Buch „Internationale Beziehungen im Cyberspace“ insbesondere für ein interessiertes Fachpublikum geschrieben. Es ist jedoch auch eine gewinnbringende Lektüre für politische

Praktiker, die vor dieser anspruchsvollen Lektüre nicht zurückschrecken sollten. Die Dissertation Hansels ist eines der wenigen deutschen Werke, die sich den Bedrohungen aus dem Cyberspace unaufgeregt, wohlfundiert und differenziert widmen.

CHRISTINE HEGENBART



Vogler-Ludwig, Kurt /
Düll, Nicola: **Arbeitsmarkt
2030. Eine strategische
Vorausschau auf Demografie,
Beschäftigung und Bildung
in Deutschland.** Bielefeld:
Bertelsmann Verlag 2013,
199 Seiten, € 39,00.

Bis 2030 wird der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte zu einer der großen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft. Die entscheidende Frage des Berichtes „Arbeitsmarkt 2030“ ist: Wird Deutschland diese Herausforderung mit einem staatlich finanzierten und zertifizierten Weiterbildungssystem sowie einer familienfreundlichen Arbeitsmarktpolitik meistern können?

Die Autorin und der Autor des Berichtes „Arbeitsmarkt 2030“ sind in führenden Positionen bei „Economic Research & Consulting“ in München tätig. Als namhafte Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter der Volkswirtschaftslehre arbeiten sie mit der Europäischen Kommission zusammen, beraten

die OECD, die Weltbank und politische Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland.

Der neue Bericht „Arbeitsmarkt 2030“ enthält wichtige Eckdaten, geht von prognostischen Modellen aus und weist markante Etappen auf, die deutliche Appelle an Politik, Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer beinhalten. Die Formulierungen sind kurz, prägnant und präzise. Im Anschluss an eine zusammenfassende Agenda mit wichtigen Impulsen für die Entscheidungsträger der Politik und der Wirtschaft wird die mittelfristige Zukunft der Entwicklung des Arbeitsmarktes in fünf Kapiteln dargestellt. Die maßgeblichen Schlüsselbegriffe sind: Demographie und Arbeitsangebot bis 2030, Übergänge von der Dienstleistungs- zur Wissensökonomie (neue Qualifikationen der Arbeitskräfte), Herausforderungen durch eine alternde Bevölkerung, Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Für die Arbeitsmarktpolitik sind die detaillierten quantitativen Ergebnisse der Prognose entscheidend. Sie betreffen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und die Klassifikationen und Aggregationen (88 Berufe, 44 Wirtschaftszweige, 29 Kategorien der formalen Berufsbildung).

Viel Diskussionsstoff und Impulse für Fachgespräche liefern die beiden langfristigen Szenarien als Entwicklungsalternativen. Das erste Szenario trägt die Überschrift „Wachstum und Arbeit“, das zweite hat das Etikett „Wohlstand und Glück“.

Für das erste Szenario ist die Erkenntnis entscheidend, dass die bisherigen Erfolge in hohem Maße auf der Qualifikation der Arbeitskräfte beruhen. Es ist das Zeitalter des „Humankapitals“. An erster Stelle der Wachstumsbranchen

wird die Energie- und Umwelttechnik stehen. Zu den Wachstumsbranchen gehören aber auch der Maschinen- und Anlagenbau, die Chemische Industrie und die Vielzahl technischer, juristischer und wirtschaftlicher Berater. Für den wirtschaftlichen Erfolg ist die Arbeitsorientierung und Leistungsbereitschaft der Menschen entscheidend. Sie beruhen auf „partizipativen Organisationsmustern“. Besondere Risiken des ersten Szenarios sind mit künftigen Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie mit jeder Euro-Krise verbunden.

Das zweite Szenario ist in einer Gesellschaft angesiedelt, die eine wesentlich geringere Arbeitsorientierung aufweist und sich an einem „selbstgefälligen Lebensstil“ orientiert. Die Arbeitsmotivation geht zurück und die Menschen suchen den Lebenssinn „in den eigentlichen Freuden des Lebens“ (Hedonismus). Im zweiten Szenario sinkt die Bildungsbeteiligung und das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer und die Bildungsausgaben gehen zurück. Die Autoren betonen nachdrücklich, dass das Szenario „Wohlstand und Glück“ nicht mehrheitsfähig sein wird.

Wie bereits erwähnt, akzentuiert der Bericht „Arbeitsmarkt 2030“ an mehreren Stellen die Bedeutung des Humankapitals für die Zukunftsentwicklung. Beim Humankapital geht es insbesondere um Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen, beim Sozialkapital spielen die Werte und Normen, Haltungen und Einstellungen, Bindungen und Haltepunkte eine entscheidende Rolle. Human- und Sozialkapital sind für das Wohlergehen einer Nation entscheidend.

GOTTFRIED KLEINSCHMIDT

Krätzer, Ulrich: *Salafisten. Bedrohung für Deutschland?*
München: Gütersloher
Verlagshaus 2014,
288 Seiten, € 19,99.



„Nicht alle Salafisten sind Terroristen, aber alle Terroristen sind Salafisten.“ So lässt sich der Inhalt von Ulrich Krätzers Buch „Salafisten. Bedrohung für Deutschland?“ wohl am prägnantesten zusammenfassen.

Im Mai 2012 hat diese Strömung des Islam die Öffentlichkeit durch ihre Koran-Verteilungen gegen sich aufgebracht. In Deutschland ist ein Zerrbild der Salafisten und des Salafismus entstanden. „Es ist das Bild von mysteriösen und etwas verrückten, vor allem aber zutiefst bösen, bärtigen Männern, die in Hinterhofmoscheen und in fremden Sprachen Pläne für den Untergang des Abendlandes schmieden.“ In den Medien hatte es der Salafismus dadurch auf die ersten Seiten der Tagespresse geschafft. Der Eindruck wuchs, dass Salafisten „durchgeknallt und gefährlich“ sind und viel, aber wohl doch nicht alles mit dem Islam zu tun hat.

Aber der Salafismus ist nicht mit dem Islam gleichzusetzen und umgekehrt. Das versucht Ulrich Krätzer mit seinem 2014 erschienen Buch klar zu machen. Er verdeutlicht, wie man verantwortlich mit dem Salafismus umgehen kann und sich diesem komplexen Thema mit unverstelltem Blick nähern sollte. Um zukünftig dem Salafismus

angemessen zu begegnen, muss man zuerst die Strategien, die Motivation sowie die Ideologie der Akteure verstehen. Der Journalist gibt hierfür nicht nur die Außenansicht von Szene-Beobachtern und Islamwissenschaftlern wieder, vielmehr ermöglicht er dem Leser eine Innenansicht des Milieus, in welchem sich Salafisten bewegen. Viele Einschätzungen der salafistischen Ideologie sind von Missverständnissen geprägt. In seinem Buch nutzt Krätzer die Möglichkeit, mit diesen aufzuräumen. Denn eines steht fest: Nicht jeder Salafist ist automatisch ein Staatsfeind.

Im ersten Kapitel gibt Krätzer eingangs seine persönlichen Eindrücke als Teilnehmer eines Islamseminars wieder. Er berichtet von Marcel, Mustafa, Erdem und Sven, denen man kaum unterstellen kann, bei Pizza und Limo Pläne zur Scharia-konformen Umgestaltung Deutschlands zu schmieden. Aber trotzdem zeigt die Geschichte der Berliner Salafisten-Gruppe, dass der Grad zu radikaleren Interpretationen der salafistischen Ideologie schmal sein kann und in den vergangenen Jahren vielleicht noch schmaler geworden ist.

Nach einem Überblick über die Gefahren des Salafismus im zweiten Kapitel des Buches führt es in die Grundzüge der Ideologie ein. Dabei werden vor allem die historischen Wurzeln und unterschiedlichen Strömungen erläutert. Im Mittelpunkt steht das komplexe Verhältnis zwischen Salafismus und Dschihadismus: „Im Vergleich zu puristischen und politischen Salafisten sind die dschihadistischen Salafisten eine kleine Minderheit. Die meisten salafistischen Gelehrten (wie auch die Mehrheit der deutschen Prediger) lehnen die Konzepte des Dschihadismus eindeutig ab und versuchen, sie mit ‚Beweisen‘ aus

Koran und sunna zu widerlegen. Puristen und politische Salafisten sind zwar keine Pazifisten. Aber den gewaltsamen Dschihad darf es ihrer Ansicht nach nur geben, wenn Muslime in ihren eigenen Ländern von nichtmuslimischen Invasoren angegriffen werden.“ Es stellt sich also die Frage, warum einige Salafisten Gewalt und Terror als schlimmste Sünde überhaupt ablehnen – während andere den bewaffneten „Heiligen Krieg“ verherrlichen.

Noch scheinen viele Aussagen über die salafistische Bewegung in Deutschland zu pauschal oder sogar mehr oder weniger willkürlich zu sein. Dies fängt bereits bei den Schätzungen der Anhängerzahl an. Die bundesweit unterschiedlichen Angaben, zeigen, wie schwierig es ist, eine Bewegung greifbar zu machen, die weder Mitgliederlisten noch eine Vereinssatzung kennt; auch für die Zugehörigkeit gibt es keine klaren Kriterien. Deutlich macht Krätzer, dass die Grenze zwischen einem fundamentalistischen Salafisten, der in der Szene fest verankert ist, und einem Sympathisanten, der nur kurz in das Milieu reinschnuppert, kaum definierbar ist.

Ausführlich analysiert er die Strategien und Inhalte salafistischer Predigergruppen in Deutschland und was die salafistische Bewegung für ihre Anhänger so attraktiv macht. Er verdeutlicht, dass vor allem die Integrationsdebatte der letzten Jahre den Salafisten in die Hände spielt. Insbesondere die gemeinsame muslimische Identität, das Gefühl der Fremdheit in Deutschland lassen die Jugendlichen zusammenrücken. Hier entsteht ein Gefühl von Gemeinschaft, der Heimat und des Zusammenhalts. Durch gemeinsame Aktionen, wie das Verteilen von Flyern und Broschüren wird der Eindruck vermittelt, gebraucht

zu werden. Die Bandbreite zwischen modernen Salafisten, für welche die Religion Privatsache ist und den Scharfmachern, welche vom „Lieben und Hassen für Allah“ predigen, ist groß.

Denn Abschluss seines Buches bilden Empfehlungen, wie man mit dieser am schnellsten wachsenden radikalen Strömung des Islam umgehen sollte. Krätzer sieht hier eine Hilflosigkeit, „nicht nur bei Politikern, sondern auch in weiten Teilen der Bevölkerung und in den Medien [...]. Das beginnt schon bei der banal wirkenden Frage, was uns eigentlich an Salafisten stört.“

Für Krätzer steht fest, dass der Salafismus nicht für alle Probleme mit dem Islam in Deutschland unmittelbar und im gleichen Ausmaß verantwortlich gemacht werden kann. Man sollte sich auch die qualitativen Unterschiede bewusst machen – das gut geschriebene Buch des ausgezeichnet informierten Journalisten Krätzer ist eine Möglichkeit, diese Strömung des Islam besser zu verstehen.

ISABEL KUBENZ

Wichmann, Peter: *Al-Qaida und der globale Dihad. Eine vergleichende Betrachtung des transnationalen Terrorismus.* Wiesbaden: Springer VS 2014, 357 Seiten, € 39,99.



Seit den Terroristenangriffen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington D.C. am 11. September 2001 hat die Terrorismusforschung einen massiven Aufschwung erfahren. Peter Wichmann erörtert in seiner Dissertation die Entwicklung des globalen Terrorismus seit den Anfängen von Al-Qaida im Jahr 1988 über die spektakulären terroristischen Anschläge am 11. September 2001 bis hin zur Gegenwart. Der Titel „Al-Qaida und der globale Dihad“ verweist auf den Schwerpunkt der Dissertation, nämlich den weltweiten islamistischen Terrorismus, der seit 9/11 ein viel diskutiertes Thema ist. Das Buch ist in fünf Abschnitte gegliedert. Der Schwerpunkt liegt auf den mittleren drei Teilen: Zuerst gibt Wichmann Erklärungen und Definitionen einschlägiger Begriffe, anschließend analysiert er zum einen die Entwicklung der Al-Qaida von 1988-2001 und zum anderen die Transformation der Al-Qaida von 2001-2012.

Der erste Themenschwerpunkt, Definition und Problematisierung der Schlüsselbegriffe, stellt die wichtigsten Abgrenzungen zwischen den Begriffen Islamismus, politischer Islam, islamischer Fundamentalismus, Salafismus und Dihadismus vor. Dabei weist Wichmann darauf hin, dass es in der

Terrorismusforschung oft keinen definitorischen Konsens gibt. Insbesondere die Definition des Begriffs „Terrorismus“ ist umstritten. Über wesentliche Aspekte des Terrorismus sind sich Wissenschaftler jedoch einig. Es handelt sich bei Terrorismus um „politisch motivierte Gewalttaten von privaten Akteuren, mittels derer eine Schockwirkung in der Öffentlichkeit gezielt an[ge]strebt [wird], um letztlich politische Ziele durchzusetzen“. Um ihr gewaltsames Handeln zu legitimieren, bezeichnen sich Terroristen oft als Freiheitskämpfer. Durch diese vermeintlich moralische Rechtfertigung können Anhänger erfolgreich mobilisiert werden.

Der zweite Themenschwerpunkt des Buches, Genese und Entwicklung der Al-Qaida vor dem 11. September 2001, beschäftigt sich mit der Entstehung Al-Qaidas und ihrem Aufstieg zu einer der größten Bedrohungen der Sicherheit der westlichen Welt. Nur vor diesem Hintergrund kann die aktuelle Dimension des Terrorismus verstanden werden. Dabei geht der Politikwissenschaftler auf die Geschichte des bewaffneten Dihad ein. Das Konzept „Propaganda der Tat“ – im 19. Jahrhundert von Anarchisten erdacht – umfasst als Kernbestandteil spektakuläre Gewaltakte, die zu politischen Veränderungen führen sollten. Dieses Gedankengut war eine Inspiration für die Gründung Al-Qaidas.

Der Leser erhält nicht nur tiefe Einblicke in die Herkunft und Entwicklung des islamischen Fundamentalismus, sondern auch einen Überblick über die wichtigsten weltweiten Terroranschläge seit dem späten 20. Jahrhundert – beginnend mit dem Olympiaattentat von 1972, das als Geburtsstunde des internationalen Terrorismus gilt, bis zu 9/11, das zur Chiffre jener terroristischen Se-

rie von Anschlägen geworden ist. Wichmann untersucht beispielhaft djihadistische Gruppen, z. B. die HAMAS, die sich durch ideologische Unterschiede differenzieren lassen. Er stellt die Ideologie der Etablierung einer „Weltmacht Islam“ präzise dar und verfolgt die rasanten Formierungs- und Entwicklungsphasen der Dihad-Bewegung. Der chronologische Aufbau der Dissertation zeigt den transnationalen Charakter des Terrorismus auf, der sich über die Jahre entwickelt und zur Internationalisierung des Terrorismus geführt hat.

Im letzten Themenschwerpunkt, Die Dritte Transformation der Al-Qaida nach 9/11 zur globalen Bewegung und ihre drei konzentrische Kreise, beschreibt Wichmann die Geschichte Al-Qaidas nach 2001. Er stellt dabei die wichtige Frage, ob Al-Qaida – organisatorisch und operativ betrachtet – entsprechend der These des Terrorismusforschers Marc Sageman einem „führungslosen Dihad“ folgt oder, ob nicht eher befehlsartige Verbindungslinien zwischen der Al-Qaida-Mutterorganisation und ihren Tochterorganisationen bestehen. Unter Berücksichtigung der Briefwechsel zwischen Osama bin Ladens und regionalen Al-Qaida-Gruppierungen widerlegt Wichmann die These Sagemans. Die Etablierung einer Netzwerkstruktur – trotz der Liquidierung bin Ladens im Mai 2011 – hat es ermöglicht, den globalen Terrorismus weiterzuführen und zu verbreiten. Laut Wichmann besteht für die Terrorismusforschung heute die größte Herausforderung darin, die organisatorische Struktur des bewaffneten Dihad dauerhaft zu bekämpfen, und nicht erst dann, wenn terroristische Anschläge bereits geschehen sind.

Wichmann untersucht in seiner Dissertation die Gründung Al-Qaidas intensiv und wissenschaftlich fundiert und ermöglicht dem Leser dadurch einen detaillierten und spannenden Einblick in das Phänomen des islamistischen Terrorismus. Dabei geht es dem Autor nicht darum, die Geschichte des Terrorismus zu erzählen, sondern er klärt kenntnisreich vor diesem Hintergrund wichtige Fragen der Terrorismusforschung und gibt dem wissenschaftlich arbeitenden Leser entscheidende Denkanstöße für die Forschung.

MARIELLA MCCORMACK



von den Hoff, Ralf / Stroh, Wilfried / Zimmermann, Martin: *Divus Augustus – der erste römische Kaiser und seine Welt.* München: Beck-Verlag 2014, 341 Seiten, € 26,95.

Das Buch ist von drei akademischen Fachleuten der Geschichte, der Archäologie und der Philologie geschrieben. Es pflegt einen anschaulichen und flüssigen, flott-respektlosen Stil, der mit anregenden Werturteilen durchsetzt ist, und kündigt auf Schritt und Tritt von durch lange Jahre erworbener Sachkunde. Die wenigen Lektoratsfehler und umgangssprachlichen Ausdrücke fallen nicht ins Gewicht. So ist auch eine gewisse ironische Distanz zu der Materie unverkennbar, einmal, weil bei dem anzusprechen-

den Publikum postmoderne Leichtigkeit zu vermuten ist, und auch, weil man sehr vieles aus so ferner Vergangenheit nicht genau wissen kann.

Die Zusammenarbeit der drei Disziplinen darf als grundsätzlich begrüßenswert bezeichnet werden, da sie zur kulturgeschichtlichen Vertiefung beiträgt. Nur will es dem Rezensenten erscheinen, dass der politische und auch militärische Teil – schließlich war eindeutig die Armee das materielle Rückgrat der Herrschaft des Augustus – dabei doch größeren Raum verdient hätte. Die Eroberung Rätiens, Noricums und Pannoniens, ein ungeheures imperialistisches Programm, wird gerade mal kurz erwähnt. Daran hätte man Betrachtungen über die Problematik römischer Expansion überhaupt und über die unzureichende Sicherung durch die Flussgrenzen von Rhein und Donau im Speziellen knüpfen müssen. Da haben der Archäologe und der Philologe in der Gesamtkonzeption den Historiker etwas abgedrängt, und mehr Seiten (es sind mit Begleit-Apparat 341) hätte der Verlag vielleicht nicht akzeptiert.

Die epochale Seeschlacht von Actium (31 v. Chr.) ist nicht mehr als zwei Zeilen wert: „Im September versuchte Antonius den Ausbruch zur See. Dieser misslang, woraufhin Kleopatra nach Alexandria floh und ihr Geliebter ihr nacheilte.“ Wie konnte Kleopatra fliehen, wenn der Ausbruch zur See doch misslungen war? Da hätten einige präzisierende Zeilen zusätzlich gut getan. Oder zum Wirken des Antonius im Osten des Reiches, bevor es zur Konfrontation von Actium kam, und zu der gegen diese gerichteten Propaganda des Octavianus (Octavian): „Dass Antonius bei all dem eine kluge Politik der Arrondierung im Osten verfolgte, ließ sich dem gegen-

über (der orientalischen Entartung des Antonius, d. A.) leicht dementieren.“ Worin bestand diese Politik konkret? Das ist eine ernsthafte Auslassung.

Zumal es in archäologischer und philologischer Hinsicht an Präzision ganz und gar nicht fehlt. Die Autoren der augusteischen Zeit werden zur Beantwortung der Frage hin und her gewendet, ob sie denn nun wirklich zu ihrem Princeps standen, etwa Ovid mit seinen Dichtungen, die er aus seiner Verbannung zu den Barbaren am Schwarzen Meer auch nach Rom geschickt hat. Das ist nicht uninteressant, aber unverhältnismäßig umfangreich. Natürlich muss man auch auf die berühmte 4. Ekloge in Vergils „Bucolica“ eingehen. Das dort besungene göttliche Kind als fabelhafter Bringer eines neuen „Goldenen Zeitalters“ wird einem Ausflug des Vergil in das Genre des Prophetischen zugeschrieben. Doch gleich darauf fällt der Kommentator wieder in die im Verhältnis dazu nachrangigen Vermutungen zurück, welches konkrete Kind denn in dieser 4. Ekloge gemeint sein könnte.

Es wird jeweils nicht verschwiegen, dass es in der Wissenschaft auch Gegenmeinungen zu denjenigen der Autoren gibt. Das umfangreiche, stichwortartig kommentierte Verzeichnis der Literatur aus den drei beitragenden Disziplinen lässt für alle, die das Sujet vertiefen wollen, kaum Wünsche offen. Zur Studie von Theodor Haecker „Vergil, Vater des Abendlandes“, wird darin gesagt, dass sie heute „als abgetan gilt“. Angesichts des Gewichtes dieses Themas, das mit der fortwirkenden Bedeutung des Augustus über das römische Reich hinaus zusammenhängt, hätte man eine Diskussion zu dem Verdikt „abgetan“ gerne im Haupttext gesehen.

So steht es auch mit dem Buch von Eduard Norden, „Die Geburt eines Kindes; Geschichte einer religiösen Idee“, Leipzig / Berlin 1924. Dies sei „fast ebenso verwirrend wie gelehrt“. Eine Einbeziehung in den Haupttext hätte die Möglichkeit eröffnet, die augusteische Zeitenwende in ihrer auch religiösen Bedeutsamkeit zu präsentieren. Denn die Römer hielten den andauernden Terror der Bürgerkriegszeit für eine Vorankündigung des Weltunterganges, weshalb ihnen die Friedensgarantie des Augustus geradezu als eine kosmische Rettung der Welt galt. Solche Gedanken werden von den Autoren nicht behandelt. Sie ziehen die weit ausgebreitete kulturelle, in philologische Einzelheiten abschweifende Dimension der religiösen vor, die damals aber doch auch ernst genommen wurde. Der Standpunkt der Autoren ähnelt dem des Livius, der, durchaus säkular denkend, die ehrfurchtgebietende (und natürlich sagenhafte) Stiftung der Religion durch den (wiederum sagenhaften) zweiten König der römischen Frühzeit, Numa Pompilius, explizit darauf zurückführt, dass den Römern nach ihrer Verrohung durch die andauernden Kriege des Gründerkönigs Romulus etwas mehr an Zurückhaltung und Bescheidenheit verordnet werden musste.

Bei der Betrachtung der kulturgeschichtlichen Details kommt es zu Erkenntnissen wie „So sehr Augustus auch mit Gewalt ein relativ stabiles, über mehr als drei Jahrhunderte funktionierendes Herrschaftssystem etabliert hatte, so sehr scheint es für dieses System lebenswichtig gewesen zu sein, dass in der auch visuell geführten Kommunikation die Rolle des Princeps öffentlich versichert und Loyalität öffentlich und privat vielfältig unter Be-

weis gestellt werden konnte, so dass ihre Bildformeln zur Mode wurden“. Das ist doch selbstverständlich, wenn ein Alleinherrscher den Ton angibt. Hier wird nicht mehr gesagt, als dass eine Menge von Bäumen einen Wald ausmacht. Die pompöse Formulierung einfachster Befunde ist bei Geisteswissenschaftlern gar nicht selten. Insgesamt ist das Buch bei all seiner detailfreudigen Gelehrsamkeit im Vergleich zu Ronald Symes Werk über die Römische Revolution fast schon ein „Augustus light“.

BERND RILL



Blank, Bettina:
„Deutschland, einig Antifa?“
– „Antifaschismus“ als
Agitationsfeld von Links-
extremisten. Baden-Baden:
Nomos 2014,
412 Seiten, € 64,00.

Während der „Kampf gegen rechts“ durch die Aufdeckung der rechtsterroristischen Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) und den darauffolgenden Prozess gegen die Mittäterin Beate Zschäpe neue Legimität erhalten hat, geraten Maßnahmen gegen den Linksradikalismus zunehmend in die Defensive, obwohl sich dieser zunehmend gewalttätiger Strategien bedient. Dies ist die Diagnose der Politikwissenschaftlerin Bettina Blank, die in einer beeindruckenden Studie die Legitimi-

onsstrategien von Linksextremisten seit der Wiedervereinigung untersucht hat. In einer detaillierten Analyse der politischen Praktiken linksradikaler Kräfte zeigt Blank, wie es den „Antifaschisten“ gelingt, in immer breitere Kreise von Politik, Medien und Bildungsinstitutionen zu gelangen, um ihr Geschichtsbild zu etablieren und einen breiteren antitotalitären Konsens zu untergraben.

Zu Beginn ihrer Untersuchung definiert die Autorin die geistigen Grundlagen der linksextremistischen Gesellschaftskritik. Der Antifaschismus stelle das Dogma dar, welches jenseits der Bekämpfung der eigentlichen Gefahr eine „Theorie, Tat, Glaube, Denkfigur“ darstelle (Claudia Keller). Blank zeigt, wie der Antifaschismus der DDR auf dem „Schwur von Buchenwald“ basierte, indem der Schwur der befreiten Insassen des Lagers, jede Art der Wiederholung von Faschismus und Vernichtungsrasseismus zu verhindern, zur eigenen Raison des Handelns gemacht wurde. Das Tragische ist, dass dieser legitime und notwendige Wunsch zur Abwehr faschistischer Tendenzen von den Protagonisten eines neuen Totalitarismus missbraucht wurde und wird. Die Autorin zeigt, dass zahlreiche DDR-Funktionäre sich einen „Widerstandslauf“ zurecht logen und sie weist anhand zahlreicher Beispiele nach, in welcher Weise der Antifaschismus zu einem wichtigen Propagandainstrument im Systemwettbewerb mit der BRD gemacht wurde, wobei es DDR-Propagandisten gelang, tatsächliche Fehlentwicklung in der westdeutschen Entnazifizierung für ihre Zwecke auszunutzen.

Die quellenreiche Darstellung zeigt die Wurzeln zahlreicher Gruppierung

gen wie der DKP oder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) auf. Bis weit in staatlich geförderte Bildungsprogramme hinein konnten sich Mitglieder „antifaschistischer“ Gruppen einnisten, die mittel- bis langfristig einen Systemumsturz fordern und anstreben. Dabei habe der von der Schröder-Regierung staatlich geförderte Kampf der „Anständigen“ gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung seine Berechtigung gehabt.

Die einseitige Betonung der Gefahren des Rechtsextremismus durch die von Linksextremisten erfolgreich durchgeführte Beeinflussung des Meinungsklimas hält Blank hingegen für eine bedenkliche Entwicklung. Denn die Ideologie des „Antifaschismus“ resultiere darin, dass linksextremistische („gute“) Gewalt weite Akzeptanz gewinne, während auf der anderen Seite Vertreter klassisch-konservativer Werte leicht in die rechte Ecke gedrängt würden, wo sie zum Freiwild für mediale und sogar gewaltbereite Agitation werden könnten.

Die Antifaschisten instrumentalisieren, so Blank, die NSU-Affäre in gezielter Weise. Diese Affäre beweise, dass der Staat nicht nur kein Interesse an der Bekämpfung des Rechtsradikalismus habe, sondern die rechten Kräfte als „Reserve“ für Krisenzeiten in der Hinterhand behalte. Durch gezielte Allianzen mit bürgerlichen Kräften verschaffen „Antifaschisten“ ihren radikalen Positionen auf geschickte Weise gesellschaftliche Legitimität.

Die anhaltende parteipolitische Schwäche der linksextremistischen Szene darf nicht mit politischer Wirkungslosigkeit verwechselt werden, so die Au-

torin. Durch das dauerhafte Thematisieren neofaschistischer Tendenzen werden eigene gewalttätige Strategien legitimiert – nach dem Motto „Nazis blockieren ist unser Recht!“ Als noch gefährlicher erweise sich die unkritische Übernahme linksextremistischer Begriffe in den allgemeinen Sprachgebrauch. Die Rede vom „Antifaschismus“ münde in ein gefährliches Klima allgemeiner Tabuisierungen und Sprachverbote. Der Autorin ist zuzustimmen, wenn sie glaubt, dass die Wahrung und Verteidigung geistiger und demokratisch-politischer Werte und Traditionen mehr erfordert als den politisch korrekten „Antifaschismus“. Es erfordert vielmehr eine Zivilcourage, die die Kraft aufbringt, die politische Freiheit gegen jede Form politischen Extremismus zu verteidigen. Blanks Arbeit stellt in dieser Hinsicht einen bedeutenden Beitrag dar.

CHRISTOPH ROHDE



Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) / HIS-Institut für Hochschulforschung (Hrsg.): **Wissenschaft weltoffen 2013. Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland. Schwerpunkt: Deutsche Studierende im Ausland.** Bielefeld: Bertelsmann Verlag 2013, 128 Seiten, € 29,90.

Die Veröffentlichungsreihe „Wissenschaft weltoffen“ wird vom Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) und dem Institut für Hochschulforschung (HIS) quantitativ und qualitativ betreut und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie vom Auswärtigen Amt (AA) finanziell gefördert. Die neue Ausgabe von 2013 präsentiert eine detaillierte Zusammenstellung von Daten und Fakten zur Internationalität von Studien und Forschung in Deutschland. Die Attraktivität Deutschlands als Studien- und Forschungsstandort erfolgt im internationalen Vergleich. Die Antworten zu jeder Frage werden durch farbige Graphiken konkretisiert und weisen auf die zentralen Probleme hin. Die Hauptthemen von „Wissenschaft weltoffen 2013“ sind Ausländische Studierende in Deutschland, internationale Mobilität der Studierenden und Mobilität von Wissenschaftlern. Den Schwerpunkt dieser Ausgabe bildet das Thema „Deutsche Studierende im Ausland“. Die Ergebnisse und Graphiken werden mit deutschen und englischen Interpretati-

onstexten vorgestellt. Der Anhang enthält ein ausführliches Glossar, aktuelle Literaturhinweise sowie Informationen zur derzeitigen Datenlage. „Wissenschaft weltoffen 2013“ wird wie die vorangehenden Ausgaben bei den Hochschulen und Universitäten, den Wissenschaftsministerien der Bundesländer und Wissenschaftsorganisationen die erhoffte und verdiente Beachtung finden.

Im Studienjahr 2012 ist die Zahl ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen angestiegen. Insgesamt sind 265.292 ausländische Studierende in Deutschland immatrikuliert. Dies ist eine neue Höchstzahl. Studierende aus Asien wählen besonders die Ingenieurwissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften. Weitere Schwerpunkte bilden Agrar- und Ernährungswissenschaften. Besonders hohe Zuwachsraten sind darüber hinaus bei indischen und iranischen Studierenden festzustellen. Bildungsausländer sind an den Ingenieurwissenschaften stärker interessiert als deutsche Studierende. Die wichtigsten Studienbereiche ausländischer Studierender sind Wirtschaftswissenschaften und Maschinenbau. Die meisten ERASMUS-Studierenden kommen aus Spanien, Frankreich, Italien, Polen und Großbritannien. Besonderes Interesse finden unter den ausländischen ERASMUS-Teilnehmern die Berliner und die Münchner Universitäten. Im Studienjahr 2011 erreichte die Zahl der ausländischen Studienanfänger 88.119 Erstimmatrikulierte. Interessant ist, dass jeder Zehnte Studienanfänger aus China kommt und jeder dritte Studienanfänger in Berlin Ausländer ist. 2011 war jeder zehnte Absolvent eines Universitätsstudiums in Deutschland ein ausländischer Staatsbürger.

International mobile Studierende bevorzugen folgende Gastländer: USA, Großbritannien, Australien, Deutschland und Frankreich. Eine immer wichtigere Rolle spielt auch China. Die Zahl der international mobilen Studierenden hat sich von 2002-2012 verdoppelt. Auffallend ist, dass international mobile Studierende oft in ein Nachbarland zum Studium gehen und Deutschland insbesondere wegen der Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften interessant ist. Spanische Universitäten sind im ERASMUS-Programm besonders aktiv.

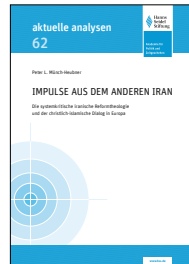
In Deutschland hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) im April 2013 eine Internationalisierungsstrategie für das deutsche Hochschulsystem verabschiedet. Nach diesen Vereinbarungen soll jeder zweite Hochschulabsolvent studienbezogene Auslandserfahrung gesammelt haben und mindestens jeder dritte einen Auslandsaufenthalt von mindestens drei Monaten und / oder 15 ECTS-Punkten vorweisen können. Die beliebtesten Gastländer der deutschen Studierenden sind Österreich, die Niederlande, Großbritannien und die Schweiz. Ebenfalls deutlich angestiegen ist die Zahl deutscher Studierender in den USA, China und Schweden. Auffällig ist der hohe Anteil an deutschen Medizinstudierenden in Ungarn, Norwegen, Österreich und den Niederlanden. Festzustellen ist, dass temporäre studienbezogene Auslandsaufenthalte oftmals besondere Erträge für die Persönlichkeitsbildung und die Berufsentwicklung bringen.

Wichtig ist auch die internationale Mobilität von Wissenschaftlern. Besonders akzentuiert werden die Aktivitäten des DAAD, der Deutschen Forschungs-

gesellschaft (DFG), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), des Fraunhofer-Instituts, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Leibniz-Gemeinschaft. Das Kapitel D von „Wissenschaft weltoffen 2013“ beschäftigt sich somit mit den Schwerpunkten Geförderte ausländische Wissenschaftler in Deutschland und geförderte deutsche Wissenschaftler im Ausland. Besonders akzentuiert werden dabei die Wechselbeziehungen und fachlichen Dialoge.

GOTTFRIED KLEINSCHMIDT

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e. V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:

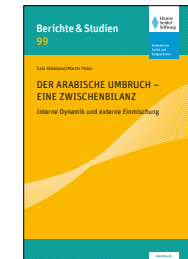


AKTUELLE ANALYSEN
Nr. 62: Impulse aus dem anderen Iran – Die systemkritische iranische Reformtheologie und der christlich-islamische Dialog in Europa

**ARCHIV FÜR
CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK (ACSP)**
Verzeichnis der Bestände



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**
Nr. 93: Frankreichs Grandeur – Einst und Jetzt



BERICHTE & STUDIEN
Nr. 99: Der Arabische Umbruch – eine Zwischenbilanz. Interne Dynamik und externe Einmischung

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 458: „Grundrechte und Demokratie – Brauchen wir die Vorratsdatenspeicherung?“ mit Beiträgen von Joachim Herrmann und Rudolf Streinz

Herausgeber:

© 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)
Graphik: Publishers Factory, München
Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder

unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis:

Einzelhefte € 5,50
Jahresabonnement € 30,00
Schüler/Studenten bei Vorlage einer Bescheinigung kostenfreies Semester-Abonnement
Keine Versandkosten

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind über die Redaktion und den Buchhandel möglich.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel:
Facundo/fotolia.com

